

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 2011
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

**„Fortschritt beschleunigen, Bürgerfreiheit
schützen, Sicherheit ausbauen.“**

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
am 4. April 2011 in Klink)

Quelle/Zitierweise: [http://relaunch.mv.liberal.de/files/418/FDP-
Programm_zur_Landtagswahl_2011_M-V.pdf](http://relaunch.mv.liberal.de/files/418/FDP-Programm_zur_Landtagswahl_2011_M-V.pdf); 03.05.2011
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-350



Fortschritt beschleunigen, Bürgerfreiheit schützen, Sicherheit ausbauen.

Liberales Programm zur Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern

www.fdp-mv.de

INHALTE

INHALTE	2
AUF EIN WORT IN EIGENER SACHE	3
BILDUNG	4
WIRTSCHAFT	11
FREIHEIT, RECHTSSTAAT UND BÜRGERRECHTE	32
HAUSHALT UND FINANZEN	43
EUROPA	47
UMWELT	48
VERBRAUCHERSCHUTZ	49
KULTUR UND MEDIEN	50
SOZIALES	52
GESUNDHEIT	57

Impressum:

Freie Demokratische Partei
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
Goethestraße 87
19053 Schwerin
Telefon: 0385-562954
Telefax: 0385-5574655
E-Mail: m-v@fdp.de

AUF EIN WORT IN EIGENER SACHE

Liebe Mecklenburg-Vorpommernerinnen und Mecklenburg-Vorpommerner,¹

unser Land muss endlich durchstarten! Wenn wir unsere Zukunft im Wettbewerb mit anderen Bundesländern erfolgreich gestalten wollen, müssen wir unsere Chancen nutzen. Noch immer wandern junge Menschen ab, weil sie außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern bessere berufliche Perspektiven finden. Noch immer pendeln tausende Arbeitnehmer über die Grenzen unseres Landes, zum Beispiel nach Berlin und Hamburg, weil sie dort Verdienst- und Arbeitsmöglichkeiten vorfinden, die sie hierzulande nicht finden. Das muss sich ändern. Mecklenburg-Vorpommern ist ein chancenreiches Land. Um diese Chancen in Zeiten der Globalisierung und einer digitalisierten Welt erfolgreich nutzen zu können, setzen wir Liberalen auf Bürger mit Optimismus, Neugier, Ideen, Mut und Schaffenskraft. Unser Land braucht gut ausgebildete Kinder, handlungsfähige Kommunen, starke Unternehmen, leistungsfähige Energie- und Verkehrsnetze, treffsichere soziale Infrastrukturen und ein Höchstmaß an Sicherheit, ohne dadurch die Freiheit der Menschen hierzulande weiter einzuschränken.

Wir Liberalen unterscheiden uns in unseren Grundsätzen und unserem Lebensgefühl von unseren politischen Mitbewerbern im Land. Der einzelne Bürger, seine menschliche Würde, seine Menschenrechte der Freiheit und Gleichheit haben bei uns Vorrang vor der Macht des Staates. Wir wollen mehr Freiheit und Eigenverantwortung für die Bürger. Politik kann und darf nicht alles regeln. Die Folge überzogener staatlicher Eingriffe sind offenbare Ungerechtigkeiten und die Überlastung der Haushalte in Land und Kommunen. Sie muss sich deshalb auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und der individuellen Freiheit und Verantwortung der Bürger einen rechtlichen und moralischen Rahmen geben. Aus diesen Gründen wollen wir Liberalen weg von Bürokratismus und Verteilungs-ideologie und stattdessen unser Land gemeinsam mit den Bürgern – mit Ihnen - aus der Mitte der Gesellschaft heraus gestalten.

Am 4. September entscheiden Sie mit Ihren Stimmen zur Landtagswahl, wie sich unser schönes Bundesland in den kommenden fünf Jahren weiterentwickeln wird. Wir Liberale haben Ihnen in unzähligen persönlichen Gesprächen und Veranstaltungen mit offenen Ohren zugehört und anhand von Berichten, Studien, wichtigen Kennzahlen und persönlichen Erfahrungen die Situation unseres Landes analysiert. Auf Grundlage dessen haben wir das umfangreiche politische Angebot in Ihren Händen entwickelt. Auf den kommenden klar strukturierten Seiten können Sie unsere Vorstellungen wie wir unser Mecklenburg-Vorpommern zukünftig gestalten wollen nachlesen. Wir Liberalen stehen bereit, mit Ihnen gemeinsam den Fortschritt in unserem Land zu beschleunigen, die Bürgerfreiheiten zu stärken und die Sicherheit auszubauen. Damit wir unser Programm auch erfolgreich umsetzen können, sind wir auf starke Partner angewiesen – auf Sie!

Ihr



Christian Ahrendt, MdB
FDP-Landesvorsitzender

Ihr



Gino Leonhard, MdL
FDP-Spitzenkandidat zur Landtagswahl

¹ Ausschließlich aus Gründen der Lesbarkeit, Klarheit und Verständlichkeit verwenden wir im Folgenden die männliche Form. Grundsätzlich sind damit beide Geschlechter gemeint.

BILDUNG

GRUNDSÄTZE EINER LIBERALEN BILDUNGSPOLITIK.....	4
FRÜHKINDLICHE BILDUNG.....	4
SCHULISCHE BILDUNG	6
<i>AUSGESTALTUNG DER SELBSTSTÄNDIGKEIT DER SCHULEN</i>	6
<i>ENTWICKLUNG DER SCHULTRÄGERSCHAFT</i>	7
<i>UNTERSTÜTZUNGSSYSTEME</i>	7
<i>LEHRERBILDUNG</i>	7
BERUFLICHE BILDUNG	8
HOCHSCHULBILDUNG.....	9
VOLKSHOCHSCHULBILDUNG	10

GRUNDSÄTZE EINER LIBERALEN BILDUNGSPOLITIK

Für uns ist Bildung ein Bürgerrecht. Bildung ist der Nährboden der Demokratie. Eine erfolgreiche und liberale Bürgergesellschaft braucht Bildung und Ausbildung als elementare Voraussetzung für Freiheit, Toleranz und Leistungsfähigkeit. Wir Liberale sehen Bildung und Ausbildung als Fundament dafür, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Die Bildungspolitik ist hoheitliche Aufgabe der Bundesländer. An ihren Ergebnissen wird deutlich, ob die jeweilige Bildungspolitik der Landesregierung erfolgreich ist oder nicht. In Mecklenburg-Vorpommern wurden mit jeder neuen Landesregierung neue Schulstrukturen geschaffen, dadurch wurde die viel wichtigere Qualität der Bildung vernachlässigt. Die Folge ist, dass unser Land bundesweit die meisten Schul-, Lehr- und Studienabbrecher produziert, junge Lehrer und Erzieher ihre berufliche Zukunft vor allem in anderen Bundesländern suchen und in Größenordnungen Unterrichtsausfälle entstehen. Die Schulen brauchen Ruhe. Wir wollen die Strukturen nicht wieder verändern, sondern die Rahmenbedingungen auf dem Weg zur selbstständigen Schule verbessern.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Bereits in der frühen Kindheit werden die wesentlichen Voraussetzungen für die Persönlichkeitsentwicklung und den späteren Bildungserfolg geschaffen. Nur wenn am Anfang des Lebens gleichwertige Entwicklungs- und Bildungschancen für alle Kinder bestehen, kann sichergestellt werden, dass sich jeder Mensch gemäß seiner Talente, Begabungen, Interessen und Neigungen weiterentwickelt, unabhängig von seiner sozialen Herkunft. In Kindertagesstätten werden unsere Kinder nicht nur betreut, versorgt und erzogen. Vielmehr werden hier auch die Grundsteine für ihre Bildungskarriere gelegt. Die Bedeutung und die großen Potentiale von Bildung in der frühen Kindheit sind unbestritten. Um frühkindliche Bildungsprozesse noch besser zu fördern und den Kindern damit den bestmöglichen Start in die Schule zu ermöglichen, werden wir Liberale die Zuständigkeit für Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur übertragen.

Frühkindliche Bildung beginnt im Elternhaus. Die Eltern sind im Rahmen der Erziehung dafür verantwortlich, ihre Kinder an ein selbstbestimmtes, lebenslanges Lernen heranzuführen. Kindertageseinrichtungen unterstützen die Familien bei der Förderung ihrer Kinder vor der Einschulung. Sie sollen die Individualität der Kinder fördern, zur Kreativität anregen und die für den Schulbesuch notwendigen Grundkompetenzen vermitteln.

Für den Erfolg der frühkindlichen Bildung ist es für die FDP somit maßgebend, dass Eltern und Erzieher einen ständigen, konstruktiven Dialog miteinander führen, um die Entwicklung der Kinder optimal begleiten zu können.

Jede Familie soll einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag haben. Das setzt eine Infrastruktur voraus, die dies leisten kann. Dafür will die FDP sorgen. Grundvoraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für die Möglichkeit eines frühzeitigen Wiedereinstiegs in das Berufsleben sind bezahlbare Betreuungsplätze. So müssen sich auch Eltern, die in Teilzeit tätig sind, den Platz für ihr Kind leisten können. Wer arbeiten geht, muss sich sicher sein können, dass er es sich leisten kann, sein Kind in eine Kindertagesstätte geben zu können.

Wir wollen, dass Betreuungsplätze in Kindertagesstätten unterschiedlicher Träger oder auch durch Tagesmütter eingerichtet werden. Sofern diese Tagesmutter-Betreuungsplätze die notwendigen Qualitätsstandards aufweisen, wollen wir sie bei der kindbezogenen Förderung mit den Kitas gleichstellen. Unter diesen Qualitätsstandards verstehen wir:

- ▶ Die Arbeit mit individuellen Förderplänen zur Entwicklung besonderer Begabungen und zur Behebung von Lern- und Entwicklungsschwächen.
- ▶ Die Dokumentation der Lern- und Entwicklungsprozesse als Grundlage für die gemeinsame Erziehungsarbeit mit den Eltern. Die Art der Dokumentation darf dabei nicht vorgeschrieben werden, sondern muss der Individualität der jeweiligen Einrichtung nachkommen. Eine Weitergabe der Dokumentation darf nicht ohne die Einwilligung der Eltern erfolgen.
- ▶ Das Angebot flexibler Betreuungszeiten, damit die Eltern Familie und Beruf sinnvoll vereinbaren können.
- ▶ Die Gewährleistung der Durchführung von systematischen Sprachstandfeststellungen, mindestens zwei Tests je Kind, gegebenenfalls von Sprachförderung, unter anderem in Zusammenarbeit mit anderen Betreuungseinrichtungen.

Zur Sicherung der Umsetzung dieser Qualitätsstandards ist es erforderlich, dass Erzieher möglichst kleine Gruppen betreuen. Wir Liberale setzen uns deshalb dafür ein, den für Mecklenburg-Vorpommern festgelegten Betreuungsschlüssel von 1:17 schrittweise, mit dem Ziel der Qualitätssteigerung in der Betreuung, abzusenken.

Kindertagesstätten haben im Rahmen der gesamten frühkindlichen Bildung eine Leitfunktion. Sie verfügen über fachlich qualifiziertes Personal, das stetig fort- und weitergebildet werden muss. Wir wollen, dass insbesondere die Leiter von Kindertagesstätten möglichst über einen Fachhochschulabschluss verfügen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass sich jede Kindertagesstätte ein eigenes Profil erarbeiten kann, das den Rahmen für die individuellen Förderpläne für die Kinder absteckt und die Formen der Zusammenarbeit mit anderen Kinderbetreuungseinrichtungen und weiterführenden Bildungseinrichtungen der Region regelt. Die FDP MV setzt sich für die betriebliche Ausbildung der Erzieher mit Lehrlingsentgelt ein.

Eine wichtige Aufgabe der Kindertagesstätten ist für uns die Zusammenarbeit mit den Grundschulen der Region. Der gegenseitige Austausch über die jeweiligen Bildungskonzepte ist Grundlage für die Individualisierung und Flexibilisierung des Übergangs von der Kita in die Grundschule. In Abstimmung mit den Eltern können konkrete Fördermaßnahmen so besser den Möglichkeiten der Kinder entsprechend durchgeführt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle mit den Eltern abgestimmten Fördermaßnahmen am ersten Schultag in der Grundschule vorliegen.

Kindertagesstätten sind für uns Liberale in erster Linie Bildungseinrichtungen. Langfristiges Ziel muss deshalb die für Eltern kostenfreie Betreuung und Förderung von Kindern im Alter vom 1. Lebensjahr bis zum Schuleintritt sein. Die derzeitigen Elternbeiträge müssten dazu unter dem Gesichtspunkt möglicher Spielräume im Landeshaushalt schrittweise abgesenkt werden. Die FDP setzt sich für einen Stufenplan zur Abschaffung der Kita-Gebühren ein.

SCHULISCHE BILDUNG

Das Bildungssystem in Mecklenburg-Vorpommern muss den Schulen des Landes ermöglichen, sich zu wirklich selbstständigen Bildungseinrichtungen zu entwickeln, in denen der gesellschaftliche Auftrag zur Bildung und Erziehung junger Menschen erfüllt werden kann. Die FDP bekennt sich zur Gleichberechtigung von staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft.

AUSGESTALTUNG DER SELBSTSTÄNDIGKEIT DER SCHULEN

Wir Liberale setzen uns dafür ein, dass die Schulen auf der Grundlage von selbst entwickelten Schulprogrammen und Schulprofilen Lern- und Entwicklungsprozesse selbst gestalten können. In deren Kern muss aber eine angemessene individuelle Förderung jedes Schülers stehen. Wichtige Orientierung dafür sind die bestehenden bundesweit gültigen Bildungsstandards, die Ergebnisse von zentralen Abschlussprüfungen und von Schulleistungstests. Die FDP fordert, dass die Schulen auf eben dieser Grundlage ihre schulinternen Rahmenpläne für die Entwicklung von Sach-, Methoden- und Sozialkompetenzen erarbeiten.

Die Ganztagsbetreuung an Schulen ist ein wichtiges Angebot für die Entwicklung junger Menschen. Schulen sollen selbst entscheiden, ob sie den Ganztagsschulbetrieb in offener oder gebundener Form organisieren und gestalten wollen. Die FDP ist der festen Überzeugung, dass die Schule nicht den kompletten Alltag eines Kindes einnehmen darf, denn ein bedeutender Teil des Lern- und Entwicklungsprozesses findet außerhalb der Schulen statt. Darum müssen aus unserer Sicht außerschulische individuelle Angebote, zum Beispiel Aktivitäten, wie die aktive Betätigung in einem Sportverein oder in einer Musikschule, gefördert werden.

Wir wollen, dass sich die Schulen noch stärker der Zusammenarbeit mit Eltern, gesellschaftlichen Institutionen und Vereinen öffnen. Eben dadurch soll den Schülern die Möglichkeit gegeben werden, in ihrer Freizeit „außerschulische Lernorte“ kennen zu lernen und sich dort durch Eigeninitiative weiterzuentwickeln.

Durch den Landeshaushalt und die Schulträger, sind den Schulen für den Personal- und Sachbereich Budgets in individuell ausreichender Höhe zur Verfügung zu stellen. Insbesondere darf in einer Schule die durchschnittliche Schülerzahl in der Primarstufe je Klasse 12 und in der Sekundarstufe je Klasse 23 nicht übersteigen. Bei der Personalplanung sind Unterrichtsausfälle zu berücksichtigen.

Wir setzen uns dafür ein, dass für den schulspezifischen Förderbedarf aller Schulen zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen bereitgestellt werden können. Das betrifft die Förderung leistungsschwächerer wie auch leistungsstärkerer Schüler sowie von Schülern mit besonderem Förderbedarf in der emotionalen und sozialen Entwicklung.

Die Umsetzung der inklusiven Bildung in den Schulen des Landes erfordert eine deutliche Verbesserung der Unterstützungsmaßnahmen für die zu fördernden Schüler, einschließlich einer grundlegenden und Prozess begleitenden Fortbildung der Lehrer an den Grund- und weiterführenden Schulen.

Wir wollen, dass im Zusammenhang mit dem öffentlichen Dienstrecht leistungsabhängige Zulagen, die angemessene Eingruppierung, Aufstiegsmöglichkeiten und andere Anreize für Lehrer umgesetzt werden. Die FDP lehnt eine Lehrerverbeamtung ab. Junge Lehrer sollen durch eine höhere Einstiegsgruppierung besser gestellt werden und damit eine lukrative Chance im Wettbewerb mit anderen Bundesländern zum Verweilen im Land bekommen.

Die selbstständige Schule ist aus unserer Sicht durch Multiprofessionalität geprägt. Die FDP setzt sich für eine allumfassende und übergreifende Zusammenarbeit aller Fachleute, die am kindlichen Bildungsprozess beteiligt sind, ein. Dies umfasst, neben anderen bei Bedarf, insbesondere die Schulsozialarbeit, Gesundheitspflege und psychologische Betreuung, die entsprechend den regionalen Notwendigkeiten im Landeshaushalt berücksichtigt werden müssen.

Spendeneinnahmen, Sponsoring und Mäzenatentum wollen wir Liberale für selbstständige Schulen erleichtern.

ENTWICKLUNG DER SCHULTRÄGERSCHAFT

Das in Mecklenburg-Vorpommern bestehende Schulsystem mit Grundschulen, Regionalen Schulen, Gesamtschulen, Gymnasien und zusätzlichen Förderschulen, so z. B. für Sprachförderung, wollen wir Liberale in dieser Vielfalt erhalten. Die Sicherung und Weiterentwicklung von Schulstandorten ist und bleibt Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Damit ist gewährleistet, dass auch kleine Schulen auf dem Lande erhalten werden können. Für uns Liberale ist aber besonders wichtig, dass für die jüngsten Schulkinder die täglichen Schulwege kurz bleiben.

Das einzig auf die staatlichen Schulen begrenzte System der örtlich zuständigen Schule lehnt die FDP ab. Wir wollen das bestehende System um die Schulen in freier Trägerschaft erweitern.

Die Chancengleichheit für alle Schulen und Schüler ist zu gewährleisten. Die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen will die FDP durch geeignete individuelle Fördermaßnahmen verbessern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Schülerverkehr so organisiert wird, dass den Schülern die freie Schulwahl im Rahmen der individuell zumutbaren Schulwege ermöglicht wird. Kein Schulweg sollte länger als 45 Minuten sein.

Schulen in öffentlicher und in freier Trägerschaft haben vergleichbare Pflichten und Rechte. Sie müssen deshalb auch nach vergleichbaren Grundsätzen und schülerzahlbezogen finanziert werden. Schulen in freier Trägerschaft dürfen nicht länger schlechter behandelt werden, als Schulen in öffentlicher Trägerschaft. Im Sinne eines fairen Wettbewerbs wollen wir es den Kommunen ermöglichen, in Eigeninitiative Schulen in freier Trägerschaft (weiter) zu betreiben. Ziel der FDP ist es, auf dem Weg zur selbstständigen Schule die doppelte Trägerschaft an öffentlichen Schulen abzuschaffen.

UNTERSTÜTZUNGSSYSTEME

Die FDP setzt sich dafür ein, dass das interne Qualitätsmanagement der Schulen durch externe Qualitätskontrollen ergänzt wird. Diese Aufgabe soll eine unabhängige Einrichtung übernehmen, die nicht dem Bildungsministerium zugeordnet ist. Eltern und Schüler sollen dadurch mehr Transparenz im Wettbewerb der Schulen erhalten. Kompetente, stabile und verlässliche Beratungssysteme, die unter anderem die schulinternen Fortbildungen unterstützen, sind unerlässlich.

LEHRERBILDUNG

In den nächsten Jahren kommt der Personalentwicklung an Schulen sowie der Lehrerbildung eine besondere Bedeutung zu. Das Auslaufen des bisherigen Lehrpersonalkonzepts, die Altersstruktur der Lehrerschaft und künftig relativ konstante Schülerzahlen führen zu einem größer werdenden Lehrbedarf. Wenn diesbezüglich nicht gehandelt wird, wird mit Blick auf den aktuellen Altersdurchschnitt und die geringen Bewerberzahlen in einigen Fachbereichen künftig kaum noch eine bedarfsgerechte Unterrichtsversorgung möglich sein.

Für die FDP ist es deshalb Priorität Nr.1, Lehrer im Land zu halten sowie neue Lehrer hinzuzugewinnen. Dafür müssen vergleichbare Bedingungen wie in anderen Bundesländern geschaffen werden, so z. B. gleiche Eingruppierungen oder bei Berufsschullehrern die Möglichkeit zur Berufsausbildung im eigenen Land. Für Quer- und Seiteneinsteiger sind entsprechende Qualifizierungsformen zu organisieren und auch Weiterbildungsmaßnahmen zur Erweiterung der Lehramtsabschlüsse durch zusätzliche Fächer zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen der Personalführung an den Schulen, sind mit allen Lehrern Fort- bzw. Weiterbildungsvereinbarungen abzuschließen.

Wir wollen, dass sowohl in der universitären Ausbildung, als auch während des Referendariats und in Fortbildungen für Lehrer verstärkt pädagogisch-psychologische Inhalte mit deutlicher Praxisorientierung einen höheren Stellenwert bekommen, um den veränderten Aufgabenfeldern in den Schulen besser gerecht zu werden. Die Ausbildung der zukünftigen Lehrer muss sich an den bundesweit üblichen Standards mit klar definierten Lehrämtern und Fächern orientieren. Abstriche in der Qualität der Lehrerausbildung dürfen mit Blick auf die wachsenden Aufgaben in den Schulen und die Wettbewerbsfähigkeit der Absolventen nicht gemacht werden.

BERUFLICHE BILDUNG

Die berufliche Bildung in Mecklenburg-Vorpommern muss völlig neu ausgerichtet werden. Sie beginnt bereits in der Schule beim Praxis-Lerntag und bei der Weiterentwicklung des „Arbeitskreises Schule - Wirtschaft“.

Die Anforderungen an berufliche Bildung unterliegen, aufgrund der enormen Dynamik in der Wirtschaft, besonderen Rahmenbedingungen. Die FDP sieht die berufliche Bildung als Motor für die wirtschaftliche Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern. Wir werden dauerhaft dafür sorgen, dass unser Land sowohl bei der Neu-, als auch bei der Weiterentwicklung von Berufsbildern eine führende Rolle in der Bundesrepublik Deutschland einnimmt. Ziel ist es, möglichst viele unterschiedliche Berufsbilder anzubieten, wahlweise im Ausbau von Landesfachklassen bzw. durch gemeinsame Beschulung von Berufsbildern ohne Qualitätsverlust. Der steten Weiterbildung der Berufsschullehrer kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu.

Die Auflösung der Abteilung Berufsbildung im Bildungsministerium gehört zu den bildungspolitischen Sünden der rot-schwarzen Landesregierung. Die FDP will deshalb die Berufsbildungspolitik zukünftig in einer eigenen Abteilung im Wirtschaftsministerium ansiedeln. Berufliche Bildung darf nicht länger das fünfte Rad am Wagen der Bildungspolitik sein. Mit Blick auf die im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern teilweise sehr weit entfernten Berufsschulstandorte werden wir prüfen, ob die Einrichtung eines Mobilitäts- und Internatsbudgets für die berufliche Bildung möglich ist und dieses ggf. im Landeshaushalt verankern.

Im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte müssen auch Lehrer an beruflichen Schulen Perspektiven auf attraktive Gehälter, Karriere und Arbeitsbedingungen haben. Das Qualitätsmanagementsystem in der beruflichen Bildung muss deshalb auch die Personalentwicklung erfassen.

Die berufliche Bildung und Weiterbildung müssen zusammengeführt werden – die Angebots- und Nachfrageseite sind zu verbreitern und zu verbessern.

Die Ausbildungsprozesse an den Beruflichen Schulen haben sich, ausgehend von den realen Eingangskompetenzen der Auszubildenden, sowohl am aktuellen Bedarf zu orientieren, als auch überzeugende Zukunftschancen für alle Jugendlichen zu erschließen. Die berufspraktische Verzahnung von außerbetrieblichen Ausbildungszentren mit der Wirtschaft muss weiterentwickelt werden. Ausbildungswilligen Jugendlichen müssen rechtzeitig attraktive Angebote präsentiert werden. Für schwierige Lerngruppen ist eine Erweiterung der Unterstützungsmaßnahmen als sonderpädagogische Förderung in eigenständigen Förderzentren notwendig.

Eine bessere Kooperation zwischen Schulen, beruflichen Schulen, Unternehmen, Berufsakademien und Hochschulen bei Ausbildungsgängen ist sinnvoll und deshalb auszubauen. Dazu gehört auch der Ausbau des Angebots von Betriebspraktika.

HOCHSCHULBILDUNG

Die Hochschulen sind elementare Bereiche der Landesentwicklung und eine der wenigen Möglichkeiten, junge Menschen in unser Land zu holen – sie sind eine unschätzbare Eigenwerbung für Mecklenburg-Vorpommern.

Wir setzen auf eine hervorragende Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, auf exzellente Forschung und auf eine intensive Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft. Studierbarkeit und Arbeitsfähigkeit sollen mit Interdisziplinarität und Mobilität verbunden werden. Stoffüberfrachtung, Verschulung und Tunnelblick müssen abgebaut werden.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass mehr jungen Menschen aus Elternhäusern ohne akademische Tradition, die Aufnahme eines Studiums in Mecklenburg-Vorpommern ermöglicht werden kann. Die Zahl der Hochschulberechtigten und Absolventen muss deutlich erhöht, die Zahl der Studienabbrecher deutlich gesenkt werden. Das Bildungssystem muss durchlässiger und Bildung als Wert besser verinnerlicht werden. Dies kann nur in Form einer autonomen Hochschullandschaft geschehen. Dazu gehört, dass die Hochschulen selbst über die Aufnahme von Studenten entscheiden dürfen. Studierende können dann anhand von Aufnahmetests aufgenommen werden.

Durch eine leistungsorientierte Mittelvergabe, verbunden mit einer Globalbudgetierung, wollen wir Liberale den Hochschulen Finanzierungssicherheit geben. Diese Mittelvergabe soll an die Studenten- bzw. Absolventenanzahl gebunden werden. Eine Absicherung sehr spezieller Fachbereiche kann über Ziel- und Leistungsvereinbarungen sowie länderübergreifende Zentren sichergestellt werden.

Wir wollen, dass Hochschulen selbst darüber entscheiden können, welcher Rechtsform sie angehören. Eine Änderung der Rechtsform in eine Stiftung kann bedeuten, dass sie vom Land ausschließlich Globalzuschüsse erhält, über deren Verwendung sie selbstständig entscheidet. Auch können erwirtschaftete Überschüsse ins nächste Jahr genommen werden und müssen nicht mehr am Jahresende abgeführt werden. Die Selbstständigkeit beinhaltet auch die Personal- und Projekthoheit (Bauherreneigenschaften). Durch Partnerschaften, Zustiftungen etc. können durch die Stiftung weitere zusätzliche Eigenmittel eingeworben werden.

Die Ziele des Bologna-Prozesses, die Förderung von Mobilität, von internationaler Wettbewerbsfähigkeit und von Beschäftigungsfähigkeit sind richtig und wichtig. Bei der Umsetzung des Prozesses gibt es noch Verbesserungsbedarf. Gemeinsam mit den Hochschulen und Studierenden muss der Verbesserungsbedarf regelmäßig analysiert und notwendige Kurskorrekturen vorgenommen werden. Die FDP wird an der Möglichkeit zur Verleihung von Diplomabschlüssen in Mecklenburg-Vorpommern festhalten.

Wir Liberale setzen uns für eine gute Hochschulpolitik und rechtsverbindliche Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen ein. Dies bedeutet auch, dass die Ausfinanzierung des Hochschulpaktes II im Landeshaushalt verankert bleibt. Im Rahmen des Hochschulpaktes sollen auch die privaten Hochschulen angemessen berücksichtigt werden.

Studiengebühren können ein sinnvoller Beitrag zur Finanzierung und Verbesserung der akademischen Bildung sein. Die Entscheidung über die Erhebung von Studiengebühren wollen wir den autonomen Hochschulen überlassen. Die erhobenen Studiengebühren dürfen dabei nur zur Verbesserung der Lehre eingesetzt werden. Die Höhe der Landeszuweisungen an die Hochschulen muss von der Erhebung von Studiengebühren unabhängig sein. Im Zuge der Einführung von Studiengebühren muss die rechtliche Stellung der Studenten verbessert werden. Sie müssen gleichberechtigte „Kunden“ der Hochschulen werden und Versäumnisse vonseiten der Hochschule einklagen können. Die Finanzierung dieser Gebühren sollte durch öffentlich-rechtliche Darlehen zu Selbstkostenkonditionen vorgenommen werden, die erst nach dem Studienabschluss in Raten zurückgezahlt werden. Damit verbunden ist eine frühzeitige Finanzierungsberatung für Studierwillige und Studierende, die möglichst noch vor Aufnahme des Studiums maßgeschneiderte Finanzierungspläne unter Einbeziehung des gesamten Spektrums öffentlicher und privater Unterstützungsleistungen anbietet und zur Inanspruchnahme ermutigt werden. Die FDP setzt sich für die Sicherstellung einer sozialverträglichen Finanzierung der Studiengebühren ein.

Die neben dem BAföG-Anspruch bestehende dritte Säule der Studienfinanzierung, Stipendien, muss aus Sicht der FDP stärker ins Auge gefasst werden. Wir wollen dafür sorgen, dass das bundesweite Stipendienprogramm in Kooperation von Land, Hochschule und Wirtschaft auch in Mecklenburg-Vorpommern voll zur Anwendung kommen kann.

Wir Liberale wollen die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) im gesamten Bildungsspektrum stärken, um damit den strukturellen Fachkräftemangel in diesem Bereich zu schließen.

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, wollen wir den Zugang zum Studium ohne Abitur erleichtern. Wir wollen, dass Fachkräfte mit beruflicher Erfahrung, wie beispielsweise Handwerks- oder Industriemeister, künftig auch ohne Abitur an den Hochschulen studieren können. Duale Studiengänge in Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Verbänden und Berufsschulen sollten ausgebaut werden.

Der Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist zu erleichtern. Dadurch wollen wir den Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen sowie die systematische wirtschaftliche Verwertung der Forschungsergebnisse verstärken. Dazu könnten neben den neuen Transferbeauftragten z. B. auch Patent-Scouts dienen. In Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen durch diese für einen begrenzten Zeitraum Möglichkeiten zur Information, Aufklärung und Beratung von Wissenschaftlern sowie zur Identifizierung und Bewertung patentrelevanter Forschungsergebnisse zur Verfügung stehen.

Dazu gehört auch, dass den Hochschulen bei Unternehmens (aus) gründungen und -beteiligungen größere Handlungsfreiheiten eingeräumt werden.

VOLKSHOCHSCHULBILDUNG

Den Volkshochschulen in M-V kommt bei der Weiterentwicklung des lebenslangen Lernens eine besondere Bedeutung zu. Sie geben Menschen, unabhängig von ihrem Alter die Chance, sich beruflich wie schulisch zu qualifizieren. Es ist wichtig, dass die Rolle der Volkshochschulen gerade in der Weiterbildungsberatung weiter gestärkt wird. Durch ihre flächendeckende Präsenz, die kommu-

nale Anbindung, die räumlichen Bedingungen, ihren niederschweligen Zugang und durch die Kompetenzen der hauptamtlich pädagogischen Mitarbeiter, besitzen sie wichtige Voraussetzungen für eine kompetente individuelle Weiterbildungsberatung.

WIRTSCHAFT

GRUNDSÄTZE EINER LIBERALEN WIRTSCHAFTSPOLITIK	11
ZUKUNFTSSTANDORT MECKLENBURG-VORPOMMERN	12
WIRTSCHAFTS- UND BESCHÄFTIGUNGSMOTOR MITTELSTAND	13
WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG AUS EINER HAND	15
MEHR WACHSTUM DURCH FLEXIBLE ORDNUNGSRAHMEN UND WENIGER BÜROKRATIE	16
ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN - ARBEITSLOSIGKEIT ABBAUEN	18
GEGEN STAATSWIRTSCHAFT UND SCHATTENWIRTSCHAFT	20
LEBENSÄRÄUME UND MOBILITÄT IM FLÄCHENLAND WEITERENTWICKELN	20
BREITBANDAUSBAU IN DER FLÄCHE WEITER VORANTREIBEN	23
ENERGIE UND RESSOURCEN	23
BAU	25
INNOVATION	26
TOURISMUS	27
LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND FISCHEREI	27
ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT	30
MARITIME WIRTSCHAFT	30
GESUNDHEITSWIRTSCHAFT	31

GRUNDSÄTZE EINER LIBERALEN WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Wirtschaftspolitik der FDP Mecklenburg-Vorpommern muss auch zukünftig auf den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft – Privateigentum, Gewerbe- und Vertragsfreiheit, freie Preisbildung und Berechenbarkeit der wirtschaftspolitischen Rahmensetzung beruhen.

Alle Formen der Staats- und Planwirtschaft haben im Ergebnis zu Ineffizienz, Unfreiheit und Mangelverwaltung geführt. Wir Liberale achten, schützen und verteidigen deshalb unsere erfolgreiche Wirtschaftsordnung. Wir setzen dabei auf die Menschen. Ihre Motivation für faire, nachvollziehbare, ökologische und leistungsgerechte Verhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern ist der wichtigste Faktor in der sozialen Marktwirtschaft. Sie ist das Fundament einer jeden guten Wirtschaftspolitik. Eine gute Wirtschaftspolitik bildet den Kern einer guten Sozial- und einer guten Umweltpolitik.

Die Politik bestimmt die Spielregeln für die Soziale Marktwirtschaft. Das oberste Ziel dieser Regeln muss sein, dass Bürger und Unternehmen im Wettbewerb ihre produktiven Kräfte entfalten können und Missbrauch von Marktmacht verhindert wird. Auch dabei gilt für uns Liberale der Grundsatz „Privat vor Staat“. Wir erachten es als Herausforderung und unsere dauerhafte politische Aufgabe, den dafür notwendigen Rahmen den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen unseres Landes anzupassen und zu verbessern.

Acht Jahre rot-rote und fünf Jahre rot-schwarze Politik in Mecklenburg-Vorpommern haben tiefe Spuren hinterlassen. Die Bilanz: Mecklenburg-Vorpommern hat trotz einiger positiver Entwicklungen einen enormen wirtschaftlichen Aufholbedarf gegenüber vergleichbaren Bundesländern. Die dafür notwendigen Voraussetzungen sind verschlechtert worden. Immer mehr ausbildungsunreife

Schüler verlassen ohne Abschluss unsere Schulen. Manche industrielle Großprojekte mit starker Umlandwirkung wurden von den Landesregierungen „verschlafen“ oder bewusst torpediert. Viele politisch motivierte Projekte erwiesen sich ohne teure staatliche Subventionen als unwirtschaftliche Fördermittelruinen. Die Fördermittelpolitik des Landes ist chaotisch und lädt zu Fehlplanungen und Missbrauch ein. Auch der demografische Wandel und die anhaltende Abwanderung junger Leistungsträger, vor allem junger Frauen, stellen die Wirtschaft unseres Bundeslandes zukünftig vor besondere Herausforderungen. Um diese Herausforderungen schrittweise zu meistern, müssen sich endlich die politischen Rahmenbedingungen hin zu mehr Familien- und Wirtschaftsfreundlichkeit verbessern. Wir Liberale werden dies tun.

ZUKUNFTSSTANDORT MECKLENBURG-VORPOMMERN

Wir wollen den europäisch zentral gelegenen Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern durch eine „Politik der offenen Arme“ im Wettbewerb der Bundes- und Nachbarländer attraktiver machen. Gerade hier wurden in der Vergangenheit durch die Landesregierungen nur schwer wieder gutzumachende Fehler gemacht. Die FDP hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, eine Standortoffensive voranzutreiben, die nicht zuerst auf die Ansiedlung neuer Industrie- und Dienstleistungsunternehmen abzielt, sondern vor allem auf die Unterstützung der bereits ansässigen Unternehmen ausgerichtet ist.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass nicht ausschließlich die Höhe der staatlichen Subventionen die Qualität des Standortes M-V bestimmt. Wir brauchen Möglichkeiten zur freien unternehmerischen Entfaltung, unterstützt durch zukunftsfähige Infrastrukturen, motivierte und gut ausgebildete Fachkräfte, eine nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung und ein Netzwerk innovativer Forschungseinrichtungen. Doch keine Standortoffensive hat Erfolg, wenn die Politik weiterhin die so genannten „weichen“ Standortfaktoren schwächt. Weder kommen neue Investoren ins Land, noch können bestehende Ansiedlungen dauerhaft erhalten werden, wenn ihre Mitarbeiter Sorge haben müssen, dass die Bildung ihrer Kinder im Vergleich mit anderen Bundesländern als zweitklassig angesehen wird. Eine erfolgreiche Standort- und Wirtschaftspolitik ist deshalb eng mit anderen Politikfeldern verzahnt.

Die FDP setzt sich für die Unterstützung von wirtschaftlichen Kooperationsnetzwerken, z. B. für Biotechnologie, Medizintechnik oder maritime Wirtschaft, durch eine ressortunabhängige Landesförderungseinrichtung ein. In dieser sollten insbesondere auch die europäischen Förderprogramme integriert werden, um eine Betreuung aus einer Hand zu ermöglichen. Staatlich geförderte Netzwerke dürfen aber nicht zum Selbstzweck betrieben werden. Sie müssen erfolgsorientiert und nach einer geförderten Anlaufphase selbsttragend sein. Wir wollen die Vielzahl der heute in M-V mit öffentlichen Mitteln geförderten Netzwerke daraufhin überprüfen.

Unser Land bietet bereits gute infrastrukturelle Voraussetzungen für Investitionen. Diese gilt es, zu erhalten und weiter zu verbessern. Wir unterstützen deshalb unter anderem den Ausbau der Seehäfen, der Autobahn-, Straßen- und Schienennetze, der Energieversorgung, der Fach- und Hochschullandschaft sowie der modernen Kommunikationstechnologien. Diese müssen verstärkt in die europäischen Verkehrs- und Energienetze einbezogen werden. Zuletzt hatte die Osterweiterung der Europäischen Union zur Folge, dass Mecklenburg-Vorpommern aus einer Randlage in die Position einer wichtigen europäischen Verbindungsregion rückte. Damit sich Mecklenburg-Vorpommern zum Tor nach Skandinavien und zum Baltikum weiterentwickeln kann, arbeiten die Liberalen in Berlin und Brüssel an einer Aufnahme unseres Landes in die transeuropäischen Netze auf Schiene und Straße.

Um Arbeitsplätze in innovativen Technologien und Industriebetrieben in unserem dünn besiedelten Flächenland zu erhalten und Neue zu schaffen, brauchen wir mehr Akzeptanz der Bevölkerung für

wirtschaftliche Tätigkeiten. Dazu wollen wir einen sachbezogenen Diskurs zwischen Bürgern, Verwaltung und Wirtschaft etablieren, um durch gezielte Informationsangebote den oft positiven Wirkungszusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie zu vermitteln. Das gilt insbesondere für die Zukunftsbereiche Biotechnologie und Energieerzeugung. Die Unternehmen sind hier in besonderem Maße gefordert, durch frühzeitige und verbesserte Information ihren Beitrag zur Akzeptanzerhöhung zu leisten.

Wir sagen ja zum Industriestandort Mecklenburg-Vorpommern. Eine Industrieverlagerung in Länder mit niedrigeren Umweltstandards als in M-V schädigt nicht nur den regionalen Arbeitsmarkt, sondern auch Klima und Umwelt weltweit. Umwelanforderungen müssen zwar ambitioniert, aber verhältnismäßig, insbesondere angemessen und langfristig rechtssicher kalkulierbar sein. Für industrielle Großvorhaben und Infrastrukturprojekte wollen wir Investitionssicherheit durch verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit schaffen. Weitere politisch motivierte Investorenrückzüge können wir uns aus industriepolitischer Sicht nicht leisten. Dabei wird die FDP die Gewährleistung der berechtigten Sicherheitsinteressen der Bürger und der Umwelt besonders berücksichtigen.

Das Einzelhandels-, Gastronomie- und Dienstleistungsangebot der Innenstädte ist für die Einwohner und Gäste das sichtbare Markenzeichen einer erfolgreichen Stadtentwicklung. Sie bestimmen die subjektive Einschätzung der Lebensqualität in den Wohnorten und bieten vielen Menschen Arbeitsplätze in ihrer Region. Zudem sind Städte mit einem attraktiven kulturellen Angebot starke Anziehungspunkte für die Menschen und laden zu längerer Verweildauer ein. Oftmals aber sind Stadtbilder unseres Landes noch durch Leerstand, sanierungsbedürftige Gebäude, mangelnde Verkehrskonzepte und starke Konkurrenz durch große Einkaufszentren auf der "grünen Wiese" geprägt. Die FDP setzt sich deshalb für die Förderung eines öffentlich-privat basierten Ideenwettbewerbs zur Belebung der Innenstädte im ländlichen Raum ein.

Um die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns zu sichern, werden wir bundes- und europarechtliche Vorgaben nicht einseitig verschärfen, sondern 1:1 umsetzen. Wir sehen große Potentiale in der Zusammenarbeit der westlichen Landkreise mit der Metropol-Region Hamburg sowie der östlichen Landkreise mit der polnischen Woiwodschaft Westpommern und der Euroregion Pomerania.

WIRTSCHAFTS- UND BESCHÄFTIGUNGSMOTOR MITTELSTAND

Das wirtschaftliche Bild Mecklenburg-Vorpommerns ist vor allem geprägt von Kleinst- und Kleinbetrieben, die den Mittelstand unseres Landes bilden. Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Der Mittelstand ist der größte Arbeitgeber, der größte Steuerzahler und der größte Ausbilder in unserem Land. Deswegen muss die Politik den vielen Handwerkern, Landwirten, Freiberuflern und Unternehmern den Rücken stärken. In den vergangenen Jahren tat sich hier zu wenig. Die FDP will die Probleme anpacken, mit denen die Unternehmen in unserem Land zu kämpfen haben.

Die FDP begrüßt ausdrücklich, wenn sich Unternehmer zum Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern bekennen und auf eigenes Risiko ohne staatliche Subventionen in die Schaffung neuer Arbeitsplätze investieren wollen. Aus diesem Grunde fordert die FDP die Bündelung aller für mittelständische Betriebe relevanten Maßnahmen und Vorschriften in einem Mittelstandsgesetz, einem „Grundgesetz der Wirtschaft“ für Mecklenburg-Vorpommern. Investitionshemmnisse wollen wir deshalb konsequent beseitigen. Jedes Gesetz soll auf seine Auswirkungen auf die klein- und mittelständischen Unternehmen und seine Ent- oder Belastungswirkung geprüft werden. Gesetze, Verordnungen und Vorschriften wollen wir grundsätzlich mit einem Verfallsdatum versehen, Genehmigungsverfahren, wo sinnvoll, möglich durch Anzeigeverfahren ersetzen. Statistische Berichtspflichten durch Unternehmen werden wir, so weit wie möglich, reduzieren. Zudem wollen wir die

Landesregierung zu einem, alle zwei Jahre vorzulegenden strukturierten Rechenschaftsbericht verpflichten.

Das Handwerk hat überragende Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern. 100.000 Mitarbeiter und mehr als 10.000 Auszubildende, was einem Anteil von mehr als einem Viertel aller Ausbildungsplätze entspricht, erwirtschaften einen Jahresumsatz von rund 9 Milliarden €. Damit ist das Handwerk einer der umsatzstärksten, beschäftigungs- und ausbildungsintensivsten Wirtschaftszweige in Mecklenburg-Vorpommern. Ziel der FDP ist es, die spezifischen Rahmenbedingungen des Handwerks weiter zu verbessern und Betriebsübernahmen sowie Aus- und Neugründungen zu erleichtern. Die erfolgreiche „Meisteroffensive M-V“ wollen wir fortsetzen.

Auch die Leistung der Freiberufler wird bisher nicht hinreichend gewürdigt. Für uns Liberale sind sie ein wichtiger Bestandteil unserer Mittelstandspolitik. Die FDP wird die Freien Berufe weiterhin nach Kräften unterstützen, damit sie ihre enorme Bedeutung für die Gesellschaft und als Wirtschaftsfaktor in Mecklenburg-Vorpommern weiter ausbauen können.

Um eine leistungsstarke und qualifizierte Anwaltschaft erhalten zu können, müssen sich die anwaltlichen Gebühren der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen. Die FDP setzt sich deshalb für die dringend notwendige Gebührenanpassung sowie für die strukturelle Nachbesserung des RVG auf Bundesebene ein. Die FDP unterstützt die Initiative der Bundesrechtsanwaltskammer und des Deutschen Anwaltsvereins, mit der diese auf Bundesebene die lineare Anpassung der gesetzlichen Vergütungstabellen sowie strukturelle Änderungen bei der Rechtsanwaltsvergütung fordern. Für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Forderungen setzt sich die FDP deshalb auf Landesebene dafür ein, dass diese Initiative durch das Land Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat nicht blockiert wird.

Die Kreativwirtschaft, z. B. in den Bereichen Kultur, Medien, Design, Werbung und Kommunikation sowie Software, wird in einer modernen Gesellschaft immer wichtiger für die ökonomische Entwicklung. Leider halten wir auch hier bundesweit noch die rote Laterne. Es werden hierzulande immer noch zu wenige kreative und innovative Unternehmen gegründet. Obwohl rund um die Hochschulstandorte bereits Unternehmen und Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern tätig sind, behindern mangelnde Vernetzung, bürokratische Hürden oder fehlende Infrastrukturen ihre Entwicklung. Hier ist ein klares, in die Zukunft gerichtetes Handeln einer neuen Landesregierung erforderlich.

Die Landesregierung steht in besonderer Verantwortung für die ortsgebundenen mittelständischen Unternehmen. Die Reduzierung, der historisch bedingten, im Vergleich mit anderen deutschen Standorten hohen Ver- und Entsorgungskosten ist dringend notwendig. Deshalb fordern wir Liberale eine Vergleichserhebung der mit dem Standort Mecklenburg-Vorpommern konkurrierenden Bundesländer und Wettbewerbsregionen im Bereich der Wasser-, Abwasser-, Abfallentsorgungs- und Energiekosten. Wir setzen uns dafür ein, das Kommunalabgabengesetz zu ändern, um neue Freiräume für eine differenziertere Gebührenpolitik der Kommunen und kommunalen Zweckverbände zu schaffen.

Die FDP setzt sich für den Ausbau des einheitlichen Ansprechpartners bei den Kammern des Landes ein. Hier soll es zukünftig nicht nur ausländischen Unternehmen, sondern vor allem auch dem Mittelstand in Mecklenburg-Vorpommern ermöglicht werden, auf die Koordinierungsleistungen zuzugreifen.

Die FDP setzt sich für ein Klima der gesellschaftlichen Verantwortung und des „Unternehmungsgeistes“ ein. Unternehmer, vor allem die Inhaber der zahllosen kleinen und mittleren Firmen, schaffen unter persönlichem Risiko Arbeitsplätze und Existenzsicherung für viele Familien im Lande, sie sind Fundament und Motor der sozialen Marktwirtschaft. Daher verdienen sie die Anerkennung der

gesamten Gesellschaft. Wir Liberale wollen praxisnahe schulische und außerschulische Bildungsprojekte zur Verbesserung des Wissens und des Verständnisses für die Funktion der Unternehmen in Wirtschaft und Gesellschaft anregen. Zudem sollen Schulen als Reaktion auf die steigenden Verschuldungs- und Insolvenzraten privater Haushalte bessere Möglichkeiten erhalten, den Kindern in Projekten und im Unterricht mehr praxisnahes ökonomisches Grundwissen zu vermitteln.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG AUS EINER HAND

Die Wirtschaftsförderung ist grundsätzlich Hilfe zur Selbsthilfe. Sie findet statt, wenn Selbsthilfe und Eigeninitiative nicht ausreichen. Durch Fördermaßnahmen dürfen weder das unternehmerische Risiko noch Eigenverantwortung ersetzt werden. Jegliche Fördermaßnahmen sind zu befristen und stets an eine angemessene Eigenleistung zu binden. Ein besonderes Augenmerk bei der Förderung ist auf eigentümer- und inhabergeführte konzernunabhängige Kleinunternehmen, kleine Unternehmen und mittlere Unternehmen sowie auf Freie Berufe und Existenzgründer zu legen.

Die OECD hat für die neuen Bundesländer über 400 unterschiedliche Förderprogramme errechnet. Ein Überblick ist nahezu unmöglich. Die FDP setzt sich dafür ein, diese Subventionsprogramme hinsichtlich ihrer Wirksamkeit zu überprüfen und in einer ressortunabhängigen Wirtschaftsfördereinrichtung zu konzentrieren. Mittelstandsförderung ist kein Selbstzweck, sondern schafft und sichert Arbeits- und Ausbildungsplätze. Die Wirtschaftsförderung soll deshalb unter dem Motto „Vereinfachen – Vereinheitlichen – Vernetzen“ neu geordnet werden.

Die FDP will die bestehenden ressortbegrenzten Förderinstitutionen enger verknüpfen, damit sich für Antragsteller die Wege und Bearbeitungszeiten verkürzen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land eine Einrichtung für Wirtschaftsförderung errichtet. Wir fordern eine schlanke, unbürokratische Wirtschafts- und Investitionsförderung "aus einer Hand". Hierin sehen wir wesentliche Effizienzsteigerungs- und Einsparpotentiale. Ein kompetenter Wirtschaftsbeirat, z. B. durch Einbindung der heute schon in zahlreichen Programmen freiwillig engagierten Unternehmer, soll dieser Fördereinrichtung zur Seite stehen.

Mit Blick auf die auslaufenden Förderprogramme des Bundes und der EU für die neuen Bundesländer ist es unser langfristiges Ziel, statt einmaliger Subventionen ein revolvinges Darlehenssystem als Mittel der Wirtschaftspolitik, unter Einbeziehung von KfW-Mitteln einzuführen. Dadurch werden knapper werdende finanzielle Mittel zur Unterstützung des Klein- und Mittelstandes effizienter und nachhaltiger eingesetzt. Auch der Fördermittelmissbrauch wird dadurch begrenzt.

Wir stehen für eine Wende in der Förderpolitik Mecklenburg-Vorpommerns. Statt wie in der Vergangenheit selten erfolgreiche, aber politisch gewollte Großprojekte zu subventionieren, wollen wir die Stärken unseres Landes stärken, indem wir „Bewährtes und Erfolgreiches“ unterstützen und Innovationen fördern. Gerade der Ausbau des Gewerbes, begleitet durch Förderung neuer Technologien und Innovationen, kann durch wirksame Unterstützung vorangetrieben werden. Hierin liegen für die Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes in Mecklenburg-Vorpommern große Zukunftschancen. Darunter fallen in Zeiten der Globalisierung auch der Ausbau und die Verbesserung leistungsfähiger Kommunikationsnetze.

Wir wollen weg von der bisher vor allem quantitativ orientierten Förderpolitik, wie z. B. in der Tourismusbranche, hin zu Investitionen in die Verbesserung der Qualität der bestehenden Angebote. Subventionen und Förderungen sollen und dürfen nicht nach dem immer noch beliebten „Gießkannenprinzip“ eingesetzt werden. Unser Ziel ist eine gezielte (Anschub-)Förderung mit einer absehbaren Begrenzung. Jede Maßnahme ist entschiedener an ihrem Erfolg zu messen und ggf. zu beenden. Andernfalls würde der Wettbewerb durch den Staat ausgehebelt.

Junge Unternehmen müssen durch zielorientierte Beratung und Förderung an den Wettbewerb herangeführt werden, um sich behaupten zu können. Die große Bereitschaft von erfahrenen Unternehmern zum freiwilligen Engagement in Mentoren- und Wirtschaftsbotschafter-Programmen wird in diesem Bereich zwar oft gewürdigt, aber nicht effizient genug für das Land genutzt. Die FDP fordert deshalb eine bessere Koordinierung dieser teilweise parallelen Initiativen.

Wir setzen uns dafür ein, die Selbstständigenquote zu erhöhen und dadurch die privatwirtschaftliche Substanz in unserem Bundesland zu stärken. Jede erfolgreiche Existenzgründung schafft im Durchschnitt vier bis fünf Arbeitsplätze. Im internationalen Wettbewerb liegen die Chancen eines Standortes wie Mecklenburg-Vorpommern besonders in wissensbasierten, innovativen Produkten und Dienstleistungen. Dies erfordert eine optimale Wirkungskette von Forschung, Innovation, Produktion und Vermarktung im Land, aber auch im internationalen Verbund. Die FDP setzt sich daher für die Einrichtung einer gemeinsamen Koordinierungsstelle für den Wissenstransfer zwischen Hochschulen und regionaler Wirtschaft ein.

Zudem wollen wir Möglichkeiten zur Schaffung eines vorfinanzierten Darlehensfonds für kleinteilige F&E-Projekte ausloten sowie Mechanismen zur Unterstützung von Ausgründungen und von wissensbasierten Betriebsübernahmen optimieren. Um auch die Übernahme und Weiterführung bereits bestehender Unternehmen ohne sichere Nachfolgeregelung zu fördern, ist es unser Ziel, durch verbesserte Darlehensprogramme Betriebsübernahmen - z. B. aus der Belegschaft heraus - zu erleichtern.

Wir Liberale wollen den Ausbau von Forschung und Entwicklung, Technologie und Innovation vorantreiben. Deshalb setzen wir uns für eine Erweiterung des Patent- und Lizenzfonds (PLF) für Unternehmer und Erfinder in Mecklenburg-Vorpommern ein. Der Fonds soll Unternehmen und Erfinder weitergehend von finanziellem Risiko entlasten, kompetent betreuen und begleiten. Dazu wird der Fonds anschließend an den möglichen wirtschaftlichen Erfolgen des geförderten Projekts beteiligt. Dadurch wird der Fonds durch die erfolgreiche Markteinführung von Innovationen ohne zusätzliche Mittel des Steuerzahlers nachhaltig refinanziert.

Im Jahr 2013 verliert Mecklenburg-Vorpommern nach 23 Jahren seinen Status als Ziel-1-Fördergebiet der Europäischen Union. Wir Liberale setzen uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass es eine abmildernde Auslaufregelung der EU-Förderprogramme für Mecklenburg-Vorpommern nach 2013 gibt, um Wachstumspotentiale nicht zu gefährden.

Die Krise der internationalen Finanzmärkte hatte erhebliche Auswirkungen auf unsere Realwirtschaft. Aber statt Aktionismus braucht unser Land einen ordnungspolitischen Kompass, der auch der Notwendigkeit einer effektiven Versorgung unserer mittelständischen Wirtschaft mit Krediten Rechnung trägt. Ziel jeder Regulierung am Finanzmarkt muss ein funktionsfähiger Wettbewerb sein. Die Marktteilnehmer müssen wieder Vertrauen in das System haben können. Sparkassen sind, genauso wie die privat und genossenschaftlich geführten Banken, unverzichtbar für Mecklenburg-Vorpommern. Die FDP steht zur Dreisäulenstruktur im deutschen Bankensystem.

MEHR WACHSTUM DURCH FLEXIBLE ORDNUNGSRAHMEN UND WENIGER BÜROKRATIE

Bürokratie und Verwaltungsmehraufwand sind häufig durch die Vorgehensweise politischer Verantwortungsträger geprägt. So wird zu selten auf die selbstregulierende Kraft des Marktes gesetzt und viel zu häufig in vermeintliche Missstände eingegriffen. Oftmals erweisen sich diese staatlichen Eingriffe rückblickend als zu teuer und verfehlt. Der Bürokratieabbau ist in Mecklenburg-Vorpommern noch nicht wesentlich vorangekommen. Allein in der ablaufenden Wahlperiode wurden mehr als 100 neue Gesetze verkündet. Überflüssige Regelungen wurden - wenn überhaupt - in

vielen Fällen nur teilweise außer Kraft gesetzt, Genehmigungserfordernisse nicht auf ein Minimum beschränkt. Für Mecklenburg-Vorpommern typische Betriebe (mit weniger als 10 Beschäftigten) haben jährliche Bürokratiekosten von teilweise mehr als 10.000 Euro. Die Unmenge an kommunalen sowie Landes- und Bundesvorschriften wollen wir deshalb ausdünnen, z. B. bei Verkehrs-, Entsorgungs- und Gebührensatzungen. Wir wollen dazu die Machbarkeit eines Systems zum Abbau unnötiger Bürokratie in den Verwaltungen, ähnlich dem betrieblichen Vorschlagwesen, prüfen und ggf. umsetzen.

Der Mut der ehemaligen Modellregion für den Bürokratieabbau Westmecklenburg, Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen sowie unnötige Gesetze und Regelungen abzuschaffen, scheiterte in vielen Bereichen an der damaligen rot-grünen Bundesregierung. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Mecklenburg-Vorpommern erneut eine Testregion für den Bürokratieabbau erhält. Zudem fordern wir Liberale transparente öffentliche Kosten/Nutzen-Vergleiche zwischen vergleichbaren Verwaltungseinheiten.

Statt wie die Landesregierungen in der Vergangenheit immer neue Gesetze und Vorschriften zu erlassen, setzt sich die FDP dafür ein, dass Land und Kommunen erreichbare Ziele zunächst mit den Unternehmen vereinbaren. Durch eine zeitliche Befristung von Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften können veraltete, unnötige und ineffiziente Regelungen wieder abgeschafft werden. Durch das automatische Verfalldatum muss erneut begründet werden, warum eine Verlängerung ggf. notwendig ist.

Bei Ausschreibungen öffentlicher Aufträge muss ein fairer Wettbewerb garantiert sein. Künftig sollen verstärkt Interessenbekundungsverfahren und Wirtschaftlichkeitsvergleiche zur Erbringung öffentlicher Leistungen durch private Unternehmen durchgeführt werden. Unter der Voraussetzung der Wirtschaftlichkeit, einschließlich des Koordinierungsaufwandes des Auftraggebers, müssen Ausschreibungen so gestaltet werden, dass klein- und mittelständische Unternehmen der Region eine faire Beteiligungs- und Erfolgchance haben. Unternehmen mit mehr als 50% öffentlicher Beteiligung sind grundsätzlich von Ausschreibungs- und Bieterverfahren auszuschließen.

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden viele stets aktuell zu haltende Bescheinigungen abgefordert. Wir wollen den Aufwand durch überflüssige Aktualitätsanforderungen begrenzen. Das Einfordern von Bescheinigungen ist auf das absolut notwendige Maß zu reduzieren. Der Erhalt der Bescheinigungen ist auf elektronischem Weg (E-Gouvernement) zu ermöglichen. Wir wollen den Verzicht auf vergabefremde Kriterien bei öffentlichen Aufträgen, wie z. B. Tarif-Zwangsregelungen.

Die Laufzeit von öffentlich ausgeschriebenen Aufträgen ist oft zu undifferenziert. Das verursacht in vielen Fällen durch kurze Laufzeiten Mehrkosten durch wiederkehrende Ausschreibungsprozesse und motiviert Land und Kommunen dazu, wettbewerblich geschützte Eigenbetriebe mit Eigenleistungen, die nicht der Daseinsvorsorge dienen, zu beauftragen. Um den Wettbewerb für alle Seiten fair zu gestalten, wollen wir die Zeiträume der Leistungserbringung gemeinsam mit den Fachbranchen optimieren. Zudem fordern wir eine entsprechende Weiterbildung aller mit öffentlicher Vergabe und Ausschreibung befassten Personen.

Wir setzen uns für eine Verbesserung der Zahlungsmoral ein. Gerade die öffentliche Hand hat hierin eine Vorbildwirkung. Das Land und die Kommunen müssen sich dessen stets bewusst sein. Die FDP spricht sich für die Einhaltung der Zahlungsziele der öffentlichen Hand aus, die dann auch verbindlich einzuhalten sind. Dadurch fließen Millionenbeträge früher in die Wirtschaft, um die Liquiditätslage der mittelständischen Unternehmen zu verbessern und damit Arbeitsplätze zu sichern.

Grundsätzlich wollen wir dem Anzeigeverfahren den Vorzug vor dem Genehmigungsverfahren geben. Meldet sich die zuständige Behörde innerhalb eines bestimmten Zeitraumes nicht, so gilt ein Antrag als genehmigt. Antragstellern von Verwaltungsakten ist oft nicht klar, warum und auf welcher Rechtsgrundlage eine Ablehnung beruht. Wir wollen, dass Verwaltungshandeln transparenter und nachvollziehbarer durchgeführt wird. Ablehnungsbescheide sollten dabei so hinreichend formuliert sein, dass auch alternative Lösungsvarianten aufgezeigt werden. Ein bloßes „Nein“ ist unzureichend. Im Idealfall werden Ablehnungsgründe eines Bescheides benannt und gemeinsam mit dem Antragsteller nach alternativen Lösungen gesucht. Dabei sollten, insbesondere Ermessensspielräume transparent und fair genutzt werden.

Langwierige Verwaltungsakte müssen Vergangenheit bleiben. Deshalb setzt sich die FDP dafür ein, dass die Zertifizierungsinitiative „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“, die durch die Einführung von Qualitätsstandards in vielen Kommunen die Kundenorientierung des Verwaltungshandelns verbessert hat, auch die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern erreicht. Wenn eine Kommune festgelegte Kriterien erfüllt, erhält sie dafür die RAL-Zertifizierung als mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung. Der Landeswettbewerb „Wirtschaftsfreundlichste Kommune“ wird dadurch objektiv untermauert.

Unser Ziel ist es, eine verbraucherfreundliche, liberale und grundgesetzkonforme Regelung der Ladenöffnungszeiten im Tourismusland, aber auch im Wohnland Mecklenburg-Vorpommern umzusetzen. Nachteile für den Einzelhandel und die Bevölkerung im touristischen „Hinterland“ müssen abgebaut werden. Auch Öffnungszeiten- und Sortimentsbeschränkungen an verkaufsoffenen Sonn- und Feiertagen müssen abgeschafft werden.

ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN - ARBEITSLOSIGKEIT ABBAUEN

Arbeit ist mehr als Einkommenssicherung. Sie ist für viele Menschen die Quelle von Selbstbewusstsein und persönlicher Identität. Sie fördert die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Liberale Arbeitsmarktpolitik ist primär darauf ausgerichtet, Arbeitslosigkeit zu verhindern und Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Der technologische Fortschritt und die Wettbewerbsbedingungen in der globalisierten Welt erfordern ein hohes Maß an Kompetenzen, Fachwissen, Flexibilität und Offenheit für neue Aufgaben. Aber auch die Arbeitswelt wird sich an die Bedürfnisse der modernen Gesellschaft zum Beispiel in den Bereichen Weiterbildung, Familienplanung, Betreuung von Familienmitgliedern etc. zukünftig weiter anpassen müssen. Die durch die demographische Entwicklung verstärkte Fachkräftenachfrage wird diese Entwicklungen deutlich beschleunigen.

Bildung und Weiterbildung sind die zentralen Voraussetzungen, um in der heutigen Arbeitswelt mit neuen und auslaufenden Berufsbildern, immer kürzeren Produktlebenszyklen und internationaler Ausrichtung bestehen zu können. Die FDP setzt sich dafür ein, dass alle jungen Menschen einen Platz im Arbeitsleben finden, der ihren Interessen und Talenten entspricht. Wir fordern aber auch von den Jugendlichen die Bereitschaft und Eigeninitiative, sich in Schule und Ausbildung für ihre Berufschancen anzustrengen. Darüber hinaus sehen wir es als Gebot der Stunde, über die Erstausbildung hinaus lebenslanges Lernen konsequent zu unterstützen. Wir wollen, dass Arbeitnehmer auf diesem Weg mit dem schnellen Wandel in Wirtschaft und Technik Schritt halten und ihre persönlichen Potentiale erkennen und weiterentwickeln können.

Die FDP unterstützt die Betriebe dabei, Ausbildungsplätze zu schaffen und zu erhalten. Denn eine gute Berufsausbildung ist nach wie vor die beste Möglichkeit, spätere Arbeitslosigkeit zu verhindern. Davon profitieren nicht nur die Auszubildenden, sondern auch die Unternehmen selbst. Die Verbundausbildung ist ebenso wie die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung ein Erfolg. Auf diese Weise werden vor allem kleine Betriebe in ihrem Ausbildungsengagement wirksam unterstützt.

Die FDP setzt sich für eine Modernisierung im Bereich der dualen Ausbildung, d. h. unter anderem für eine bedarfsgerechte Modularisierung, ein. Das Prinzip der Dualität ist beizubehalten. Vollzeit-schulische Ausbildungsgänge sollten gerade mit Blick auf die demographische Entwicklung die Ausnahme sein und nur dann genehmigt werden, wenn diese Form der Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt wird – prinzipiell ist die Ausbildung im Betrieb vorzuziehen.

Die FDP setzt sich für einen 3. Weg in der Berufsausbildung ein: das Praxisjahr für Schulabbrecher. Wir wollen damit auch Jugendlichen, die vor allem über praktische Fähigkeiten verfügen, eine Chance zur Berufsausbildung geben. Die FDP will erreichen, dass gerade Jugendliche aus bildungsfernen Schichten in den Ausbildungsmarkt integriert werden können.

Die FDP setzt sich dafür ein, das Jugendarbeitsschutzgesetz so anzupassen, dass es sich stärker an der betrieblichen Praxis orientiert, ohne dabei die Jugendlichen zu überfordern.

Es ist erkennbar, dass sich flexible Erwerbsformen, wie die Zeitarbeit, in Zukunft etablieren werden. Für Arbeitnehmer und Unternehmer bietet die Zeitarbeit den Vorteil, dass flexibel auf Marktentwicklungen reagiert werden kann und damit auch schneller Arbeitsplätze geschaffen werden können. Zeitarbeit ist aber auch eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt. Eine beträchtliche Zahl von Arbeitnehmern mit geringer Qualifizierung wäre ohne Zeitarbeit dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Gleichzeitig darf Zeitarbeit keine Sackgasse sein. Für die Beschäftigten der Zeitarbeitsbranche wollen wir bessere Weiterbildungsangebote schaffen und die Beratung und Information zur beruflichen Weiterentwicklung verbessern. Der Missbrauch von Zeitarbeit muss verhindert werden. Entsprechende Pläne der Bundesregierung, gegen solche Fälle vorzugehen, unterstützen wir. Darüber hinaus wollen wir, dass Arbeitnehmer besser über ihre Rechte informiert werden. Beispielgebend ist das Projekt "Hotline Zeitarbeit" in NRW.

Alle Menschen sollen ihren Fähigkeiten entsprechend Zugang zu Bildung und beruflichen Karrierechancen erhalten. Eine Diskriminierung von Arbeitnehmern aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, Religion, politischen Überzeugung oder sexuellen Identität muss von der Landesregierung aktiv bekämpft werden. Die FDP setzt sich dafür ein, dass mehr Frauen als bisher in Führungspositionen der Wirtschaft gelangen. Wir unterstützen spezielle Netzwerke sowie Fortbildungsmöglichkeiten für Frauen, wie z. B. Mentorenprogramme. Gesetzliche Frauen-Quoten lehnen wir ab. Eine Besetzung von Führungspositionen muss sich in erster Linie immer nach der fachlichen und persönlichen Eignung der Kandidaten richten. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, mehr Mädchen für betriebswirtschaftliche und technisch-/naturwissenschaftliche Karrieren zu interessieren, für Führungspositionen zu qualifizieren und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu organisieren.

Die beruflichen Chancen von jungen Eltern wollen wir durch gezielte Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, z. B. durch den Ausbau von Telearbeitsplätzen und die Schaffung besserer Betreuungsmöglichkeiten für Kinder auch innerhalb von Betrieben. Gerade kleine Betriebe benötigen ihrerseits Beratung und Informationen, wie sie eine familienfreundliche Unternehmenspolitik organisieren können.

Die FDP setzt sich für einen verbesserten Arbeitnehmerdatenschutz ein, insbesondere wenn es um sensible Gesundheitsdaten oder um Fragen der persönlichen Lebensgestaltung geht. Wir unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung, eine praxisorientierte Rechtsgrundlage zu schaffen, um das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Mitarbeiter, mit dem Interesse der Arbeitgeber an einem, am Maßstab der Erforderlichkeit orientierten Bewerberprofil in Einklang zu bringen.

GEGEN STAATSWIRTSCHAFT UND SCHATTENWIRTSCHAFT

Die FDP setzt sich dafür ein, privater Leistungserbringung Vorrang vor der Leistungserbringung durch die öffentliche Hand einzuräumen. Dadurch wird der Mittelstand vor unfairer Konkurrenz durch kommunale Unternehmen geschützt, die Verluste durch Steuergelder ausgleichen könnten.

Die FDP ist gegen die Ausweitung der Kommunal- und Staatswirtschaft. Wir wollen sicherstellen, dass sich Land und Kommunen nur dann wirtschaftlich betätigen, wenn ein dringender öffentlicher Zweck dies erfordert, und wenn der dringende öffentliche Zweck durch private Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann. Wo der Staat oder öffentlich-rechtliche Institutionen in, von Privaten genauso gut zu bearbeitende Bereiche eindringen, wollen wir eingreifen. Die FDP sieht beispielsweise Potential bei den Eichämtern, den Tourismuseinrichtungen der öffentlichen Hand, den Landesbeteiligungen im Bereich Wirtschaftsförderung und im Bereich der Arbeitsmarktförderung. Die FDP unterstützt in diesem Sinne nachdrücklich das „Bündnis gegen Staatswirtschaft“ in Mecklenburg-Vorpommern.

Schwarzarbeit und die damit zusammenhängende "Schattenwirtschaft" sind ein klares Indiz dafür, dass die Steuer- und Abgabenlast zu hoch ist und zudem oft ein Kostenhemmnis für reguläre Arbeitsaufträge darstellt. Daher setzt sich die FDP erstens für ein einfaches, transparentes, faires und gerechtes Steuersystem mit möglichst niedrigen Tarifen ein. Die Schwarzarbeit ist jedoch, insbesondere im Handwerk, kein Kavaliersdelikt sondern illegaler Wettbewerb. Durch sie werden die ehrlichen Steuerzahler zusätzlich belastet. Deshalb wollen wir zweitens die zuständigen Behörden des Landes im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Schattenwirtschaft besser ausstatten.

LEBENSÄÄUME UND MOBILITÄT IM FLÄCHENLAND WEITERENTWICKELN

In den letzten Jahren ist es zu einer dramatischen Veränderung bei den Wohn- und Lebensbedingungen im Lande gekommen. In vielen Orten gibt es weder Kitas, Schulen, Gesundheitsversorgung noch Raum für ehrenamtliches Engagement. Die FDP sieht in der Revitalisierung dieser Strukturen den entscheidenden Ansatz zur Entwicklung des ländlichen Raums. Wir werden angelehnt an das Erfolgsmodell des Markttreffs in Schleswig-Holstein den Markt- und Gesundheitstreff in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln. Wie ein Baukastensystem werden wir, unter Würdigung regionaler Besonderheiten und unter Beachtung bereits vorliegender Strukturen den Markt- und Gesundheitstreff etablieren.

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist ein Standortfaktor von hohem Rang und muss ökonomisch effizient, nachhaltig und sozial ausgewogen gestaltet werden. Liberale Verkehrspolitik orientiert sich deshalb am zukünftigen Bedarf. Wir wollen die Lebensqualität für die Einwohner und zahlreichen Gäste verbessern, die Urlauber-Zentren schnell und bequem erreichbar machen und optimale Voraussetzungen für die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern gewährleisten. Dabei gilt es eine ausgewogene Balance zwischen den Bedürfnissen der Menschen, des Naturschutzes und der Wirtschaft, unter Berücksichtigung von qualitativen und quantitativen Anforderungen an die Wirtschaftlichkeit, Leistungsfähigkeit und Sicherheit von Verkehrsprozessen für jetzige und kommende Generationen zu schaffen.

Die Verkehrsinfrastruktur bedarf anhand einer Prioritätenliste dringend weiterer Ausbau- und Sanierungsschritte bis zum endgültigen Auslaufen der Solidarpaktmittel. Ziel der FDP ist deshalb, die Investitionen in den Erhalt, den Um- und Ausbau des Straßennetzes sowie des Bahnnetzes dauerhaft zu sichern. Wir Liberale setzen uns deshalb dafür ein, dass die Genehmigungsverfahren für Bauvorhaben unter Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung schneller als bisher erfolgen. Das Verkehrsnetz muss an die Herausforderungen steigender Zahlen im Personen- und Güterverkehr ange-

passt werden. Wir Liberale arbeiten für den Anschluss Mecklenburg-Vorpommerns als Logistik-Drehscheibe im Ostseeraum an die transeuropäischen Netze von Norden nach Süden.

Der Transport über das Wasser ist bei weitem der umweltfreundlichste Verkehrsmodus, er wird in den kommenden Jahrzehnten weiter zunehmen. Daher setzen wir Liberale uns dafür ein, die Hinterlandbindungen der Ostseehäfen auf Straße und Schiene zeitnah auszubauen. Die FDP möchte Mecklenburg-Vorpommern als Übersee- und Logistikstandort im Ostseeraum aufwerten und als Standortalternative zum benachbarten Verkehrsnadelöhr der Metropol-Region Hamburg etablieren. Deshalb setzen wir Liberale uns für die schnelle Umsetzung der A14-Pläne zwischen Schwerin und Magdeburg sowie die Fertigstellung der 160-km/h-Bahnverbindung zwischen Berlin und Rostock ein.

Der Ausbau des Straßen- und Schienennetzes hat für die Lebensqualität der Einwohner sowie für die Tourismusbranche einen hohen Stellenwert. Wir wollen deshalb die Verkehrsverbindungen der Urlaubsregionen weiterentwickeln und die Anwohner entlasten. Dafür notwendig sind unter anderem die Fertigstellung der B96n auf Rügen, der bereits geplanten Umgehungsstraßen z. B. Anklam, Wolgast, Bergen und Mirow sowie der Ausbau der Meiningen- und der Karniner-Brücke für den Schienenverkehr. Beim zukunftsicheren Ausbau der Bahnstrecken auf 160 km/h muss der Lärmschutz für die betroffenen Anwohner gewährleistet werden.

Der zunehmende LKW-Transitverkehr gehört auf die Autobahnen. Maut-Ausweichverkehre müssen durch verbesserte Anreize zur Autobahnnutzung, alternative Transportkonzepte wie dem Euro-Kombi sowie schärfere Kontrollen verhindert werden.

Aufgrund der Belastungen durch die Ökosteuer und die nach der Krise wieder steigenden Öl- und Gaspreise setzt die FDP sich dafür ein, dass der öffentliche Personenverkehr nicht eingeschränkt, sondern mithilfe eines flexiblen Verkehrsverbundes zielstrebig ausgebaut und dabei auf die Bedürfnisse verschiedenster Personengruppen zugeschnitten wird. Wir halten eine von den Verkehrsträgern unabhängige Netzoptimierung sowie die Neugliederung der Verbundstrukturen für unabdingbar. Eine landesweite Planung und Organisation des ÖPNV mit der Schaffung von überregionalen Netzen würde dem Bedarf gerechter, als die bisherige Struktur. Unser Ziel ist die Einführung eines übergreifenden MV-Tickets für sämtliche öffentliche Verkehrsmittel im Land.

Die Förderung regionaler Verkehrsgesellschaften zur Sicherstellung des öffentlichen Personennahverkehrs auf Schiene und Straße ist eine der notwendigen Maßnahmen, um für die Menschen in unserem Land ein attraktives Angebot im ÖPNV zu erhalten und schaffen zu können. Der ÖPNV muss bezahlbar bleiben und gleichfalls flexibler auf die Erfordernisse einer immer älter und gleichfalls mobiler werdenden Landbevölkerung zugeschnitten werden.

Wir beabsichtigen zudem, dass zukünftig mehr Personen- und Güterverkehr, da wo es wirtschaftlich möglich ist, auf dem nachhaltigen Weg über die Schiene erfolgen kann. Dazu setzen wir uns für schnellere und zuverlässige Bahnverbindungen für die Bürger und Gäste unseres Landes ein. Das gilt insbesondere für die Reiseoptionen in den Tourismusregionen. Außerdem werden wir uns im Bund dafür einsetzen, dass eine Trennung von Netz und Betrieb im Schienenverkehr umgesetzt wird. Damit werden der Markteintritt und die Marktdurchdringung privater Wettbewerber erleichtert und die Kundenbedürfnisse besser befriedigt. In diesem Zusammenhang will die FDP die Reaktivierung still gelegter Streckenabschnitte durch öffentlich private Investitionen prüfen lassen.

Mecklenburg-Vorpommern verfügt im Bundesvergleich pro Kopf über die höchste Anzahl von Flugplätzen. Insgesamt wurden seit 1990 über 100 Mio. Euro in den Ausbau aller regionalen Flughäfen in Mecklenburg-Vorpommern investiert. Die FDP setzt sich daher für die Erstellung und Umsetzung eines ganzheitlichen norddeutschen Luftverkehrskonzeptes unter Berücksichtigung der eu-

ropäischen Nachbarregionen ein. In diesem Zusammenhang sehen wir einen zentral gelegenen Regionalflughafen mit internationaler Anbindung in Mecklenburg-Vorpommern für einen notwendigen Teil der Verkehrsinfrastruktur. Die FDP setzt sich für eine Konzentration weiterer staatlicher Investitionsmittel auf dem Flughafen Rostock-Laage ein. Aufgrund der übergeordneten Bedeutung für das Land befürwortet die FDP eine maßgebliche temporär befristete Beteiligung des Landes an der Flughafen-Betreibergesellschaft, wie sie auch in anderen Bundesländern praktiziert wird. Private Investoren sollten vom Land geworben und beteiligt werden.

Für die FDP gilt es, die weitere Sicherung sowie den Ausbau der Schifffahrts- und Fährfähigkeit im Ostseeraum voranzubringen. Im Hinblick auf die geplante Fehmarn-Belt-Querung setzen wir uns dafür ein, die derzeitigen Fährstandorte in unserem Land attraktiver zu machen. Die wirtschaftliche Leistungskraft unserer Häfen hängt auch von ihrer Erreichbarkeit ab. Wir fordern deshalb den Ausbau des Seekanals zum Seehafen Rostock, die Vertiefung der Fahrrinne des Wismarer Seehafens, die die Nordansteuerung des Stralsunder Hafens und die Fahrrinnenanpassung des Peenestroms.

Für den Wassertourismus ist die Schließung der Lücken in der seeseitigen Hafenkette auf dem Darß sowie im Südosten Rügens und an der Außenküste Usedom zwingend notwendig. Der Ausbau, der Erhalt und die Sicherheit der Wasserstraßen, insbesondere der Bundeswasserstraßen als Binnenschifffahrtswege, ist angesichts der steigenden Warenströme und Tourismusangebote auf dem Wasser sehr wichtig. Um die großen Potenziale unseres Landes zu nutzen, muss die Anpassung der Binnenschifffahrtswege daran, von der zukünftigen Landesregierung vorangetrieben werden. Die FDP setzt sich zudem für ein umfassendes Sicherheitskonzept für Ostsee, Wasserstraßen und Binnenseen ein.

Das Radwegenetz in Mecklenburg-Vorpommern gilt es weiter zu erschließen. Wir Liberalen fordern die Verknüpfung von Radwanderwegen, Radfahrstreifen und Straßen begleitenden Radwegen zu einem ganzheitlichen Radwegenetz, welches die Lebens- und Erholungsqualität der Einwohner und Gäste unseres Landes erhöht.

Wir setzen uns für eine Ausweitung des Testversuches mit den ökonomisch sowie ökologisch sinnvollen EuroKombis mit einem Maximalgewicht bis zu 40 Tonnen zwischen den großen Industrie- und Gewerbestandorten sowie den Häfen, auch auf den Autobahnen unseres Landes ein.

Wir unterstützen die Initiative für die Gründung eines Netzwerkes und einer Modellregion für Elektromobilität in Mecklenburg-Vorpommern. In einem dünn besiedelten Land wie Mecklenburg-Vorpommern ist es eine besondere finanzielle und logistische Herausforderung, Elektromobilität flächendeckend sicherzustellen, die erst auf lange Sicht sinnvoll erreichbar sein wird. Dennoch wollen wir die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern in geeigneten Projekten vorantreiben, um frühzeitig Erfahrungen zu sammeln. Wird die Elektromobilität mit dem Einsatz erneuerbarer Energien verbunden, könnten daraus erhebliche Einsparpotentiale im Bereich der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen resultieren. Eine Infrastruktur für Elektroautos und Busse könnte mit den entstehenden Speicherkapazitäten und einem intelligenten Stromnetz zudem ein effizienter Puffer für regionale Wind- oder Solarenergie werden.

In unserem Flächenland ist die von uns geforderte Einführung des Führerscheins und des begleitenden Fahrens ab dem 17. Lebensjahr bereits ein Erfolg. Die FDP setzt sich deshalb dafür ein, das begleitete Fahren ab dem 16. Lebensjahr in einem Modellversuch zu testen, um das Unfallrisiko in der jungen Altersgruppe, die über wenig Erfahrung aber viel Risikobereitschaft verfügen, weiter zu senken.

Die FDP wird sich für eine Landesverordnung zur Fahrzeugzulassungsverordnung einsetzen, die den bisher zwingend vorgeschriebenen und mit zusätzlichen Kosten verbundenen Kfz-

Kennzeichen-Wechsel bei Umzügen innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns liberalisiert. Freiwillige Kennzeichen-Wechsel bei Umzügen sollen weiterhin möglich bleiben.

BREITBANDAUSBAU IN DER FLÄCHE WEITER VORANTREIBEN

Ein entscheidender Standortfaktor für Einwohner, Unternehmen und die Zukunftsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns ist die flächendeckende Verfügbarkeit von Breitband-Internetanschlüssen. Vor allem die ländlichen Gebiete dürfen nicht länger vom technologischen Fortschritt abgeschnitten sein. Eine flächendeckende Breitbandversorgung stellt die wichtigste Voraussetzung dafür dar. Hier gibt es nach wie vor einen immensen Handlungsbedarf. Vor allem Unternehmen, Landwirtschaftsbetriebe, Ärzte und weitere Berufsgruppen sowie Schulen sind heute schon von einem schnellen Internetzugang abhängig. Das Fehlen dieser technischen Möglichkeiten führt in der Konsequenz zur Abwanderung von Leistungsträgern und Unternehmen aus der Fläche. Das ist ein gravierender Wettbewerbsnachteil des ländlichen Raumes gegenüber städtischen Zentren in den Bereichen der Lebensqualität, des Standortmarketing und nicht zuletzt der Bildungschancen.

Deshalb wollen wir Liberale die bereits vorhandenen Rahmenbedingungen kurzfristig verbessern, um die existierenden Förderprogramme optimal auszunutzen. Bei der Bereitstellung von Fördermitteln für den Breitbandausbau darf es keine Bevorzugung bzw. Benachteiligung für bestimmte Technologien geben. Dem Zweckverband elektronische Verwaltung M-V wollen wir projektbezogen für den Breitbandausbau (z. B. Erschließung und Nutzung der Glasfasernetze entlang neuer Pipelines) weitere Mitarbeiter zur Verfügung stellen. Nach der Bereitstellung der so genannten Grundversorgung mit einer Datenübertragungsgeschwindigkeit von 2 MBit/s darf nämlich nicht Schluss sein. Wir wollen uns für weitere technologische Aufrüstungen einsetzen, sodass zukünftig auch in der Fläche Mecklenburg-Vorpommerns Datenübertragungsraten bis zu 50 MBit/s zur Verfügung stehen.

ENERGIE UND RESSOURCEN

Eine preiswerte, umweltfreundliche und sichere Versorgung mit Energie ist lebensnotwendig für die privaten Haushalte und die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern. Sie ist zudem entscheidend im internationalen Standortwettbewerb und trägt bei günstiger Verfügbarkeit zur Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung bei. Die letzten Jahrzehnte waren geprägt von einer beispiellosen Sicherheit bei der Energieversorgung. Wir sind es gewohnt, dass Strom immer dann zur Verfügung steht, wenn wir den Schalter umlegen. Die Versorgungssicherheit ist für die meisten Menschen selbstverständlich geworden. Die erfolgten oder angedrohten Lieferblockaden bei Öl und Gas haben in jüngster Zeit aber deutlich gemacht, dass auch unsere Versorgungssicherheit, insbesondere mit russischem Erdgas gefährdet sein könnte. Deutschland ist als rohstoffarmes Land dringend darauf angewiesen, seine Energieversorgung durch möglichst viele Energieträger, Quellen und Lieferanten zu sichern. Deshalb setzt die FDP auf einen möglichst breiten Energiemix auf dem Weg in das regenerative Zeitalter.

Angesichts der schwindenden fossilen Reserven gewinnen erneuerbare Energien weiter an Bedeutung. Auch die FDP will bis zum Jahr 2050 80% des bundesweiten Energiebedarfs aus erneuerbaren Energiequellen decken. Der Weg dahin muss jedoch möglichst wirtschaftlich gestaltet werden. Gerade deshalb setzen wir uns für eine tabufreie, unideologische und an Fakten orientierte Diskussion über die Organisation der Jahrzehnte dauernden Übergangsphase zum „Nach-Öl“-Zeitalter ein. Wir unterstützen deshalb auch Investitionen in die Erneuerung bestehender Kraftwerkanlagen, um deren Wirkungsgrade zu erhöhen und die CO₂-Bilanz von Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern.

Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit müssen die Leitlinien für einen zukunftsweisenden Energiemix sein. Als Küsten- und Agrarland kann Mecklenburg-Vorpommern einen hohen Anteil der hier verbrauchten Energiemengen aus erneuerbaren Quellen selbst erzeugen. Potentiale liegen zukünftig im Export des hier erzeugten Stroms.

Das Energiekonzept der bisherigen Landesregierung geht an den naturwissenschaftlichen und technischen Realitäten der Stromerzeugung vorbei. Es führt zu teuren Fehlentscheidungen in der Energiepolitik und zu Mehrbelastungen der Bürger. Regenerative Energieerzeugung in Mecklenburg-Vorpommern wird auch künftig im Wesentlichen durch Nutzung der Windkraft erfolgen müssen. Um das zu erreichen, setzt die FDP auf die Offshore-Potentiale in der Ostsee und das Repowering der bestehenden Onshore-Windkraftwerke an Land. Eine Ausweitung der Windkräfteeignungsgebiete und damit einhergehende „Verspargelung“ der Landschaft gegen die Interessen der Bürger lehnen wir ab.

Der Gewinnung von Energie aus Biomasse stehen wir Liberale aufgeschlossen gegenüber. Der weitere Ausbau der Bioenergie muss vor allem über Effizienz- und Ertragssteigerungen erfolgen. Der Anlagenzubau muss sich auch daran orientieren, inwieweit die Verfügbarkeit von landwirtschaftlichen Rohstoffen tatsächlich gegeben ist. Um die Flächenkonkurrenzen zur Nahrungsmittelproduktion und der Tierhaltung zu entschärfen, sollen gezielte Anreize zur Nutzung von Gülle, Mist und Reststoffen gegeben werden.

Unser Land bietet vielerorts beste geologische Voraussetzungen für die Nutzung der Geothermie. Diese ressourcenunabhängige Technologie muss deshalb in diesen Regionen stärker nutzbar werden.

In dünn besiedelten Gebieten wollen wir zukünftig die Nutzung von individuellen Kleinst-Energieerzeugungsanlagen ermöglichen. Die Solarenergie trägt trotz höchster Förderquoten nach wie vor nur einen minimalen Beitrag zur Energieversorgung unseres Landes bei. Die Chancen der Solarenergie liegen im Bereich der privaten Haushalte. Deshalb sollte sich die staatliche Subventionierung statt auf Einspeisevergütungen zukünftig ausschließlich auf Investitionsanreize für die private Nutzung von Solarthermie und Photovoltaik fokussieren.

Die FDP setzt sich für den dringend notwendigen Ausbau der Energienetze ein. In M-V müssen nicht zuletzt aufgrund der stark gestiegenen Einspeisung erneuerbarer Energien, große Teile des Höchst- und des Hochspannungsnetzes erweitert und erneuert werden. Immer größere Strommengen, insbesondere von den leistungsfähigen Offshore-Windparks in der Ostsee, müssen in die deutschen und europäischen Energieverbrauchszentren durchgeleitet werden. Wir Liberale wollen Mecklenburg-Vorpommern aufgrund der zentralen Lage in Europa als Energieerzeugungs- und Energietransitland weiterentwickeln.

Dezentrale Erzeugung regenerativer Energie erfordert eine nachhaltige Steuerung der Energienetze. Intelligente Netze (Smart Grids) sind dafür ein wichtiges Element effizienter Energieversorgung und -einsparung. Dabei ist allerdings bei der Erfassung des Verbrauches der Datenschutz für die Bürger zu gewährleisten. Smart Grids ermöglichen einen regionalen Ausgleich von Strombedarf und -überschuss und könnten auf dem heutigen Stand der Technik bis zu 15% der installierten Leistung einsparen. Die FDP setzt sich deshalb für die Einrichtung und weiterer Erforschung von Smart Grids in M-V ein. Ihre Errichtung und Wartung bilden einen neuen Markt für örtliche Handwerker und Dienstleister.

Die FDP setzt sich zur Stärkung des Wettbewerbs grundsätzlich für eine Entflechtung von Energieerzeugung und Netzbetrieb ein. Dabei schließen wir kommunale Beteiligungen an Stromversorgern und/oder Netzbetreibern nicht aus, wenn sie zu einer Vergrößerung des Wettbewerbs führen. Diese

müssen aber der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune angemessen sein und ausschließlich nach den Kriterien Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit erfolgen.

Die FDP setzt neben verbesserten Wettbewerbsbedingungen zur Erzeugung von Energie vor allem auf die Nutzung von Einsparpotentialen. Hier haben wir bereits in vielen Kommunen entsprechende Vorschläge unterbreitet. Wir unterstützen daher die Fortführung und Intensivierung aller Initiativen und Maßnahmen, die privaten Eigentümer, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen bei der Verbesserung der Energieeffizienz behilflich sind. Jede nicht verbrauchte Kilowattstunde hilft, den Geldbeutel und das Klima zu schonen.

Wir Liberale unterstützen das internationale Spitzenforschungsprojekt „Wendelstein 7-X“ des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik zur zukünftigen Energiegewinnung durch Kernfusion. Wir sehen auch wichtige wirtschaftliche Entwicklungspotentiale in und um die Kompetenzzentren Greifswald und Lubmin, denn die Energiewerke Nord sind international gefragte Experten bei Verfahren für Rückbau, Entsorgung und sicherer Zwischenlagerung von Kernanlagen und Abfällen.

Auch die Technologie zur Abscheidung, Verwertung und Speicherung von CO₂ (CCS-Technologie) wollen wir durch Forschung, Entwicklung und Anwendung nachhaltig fördern und auf die dafür notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen hinwirken.

Im Hinblick auf die weltweit immer knapper werdenden Energieträger Erdöl und Erdgas und den damit einhergehenden Preisanstieg, unterstützen wir die Erschließung landeseigener Vorkommen. Den Abbau minderwertiger Vorkommen auf Kosten großflächiger Landschafts- und Umweltzerstörung, wie z. B. bei der Diatomeenkohle in der „Griesen Gegend“ im Landkreis Ludwigslust, lehnen wir allerdings ab.

BAU

Die FDP setzt sich dafür ein, die Gebäudeinfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern zu modernisieren und den technischen Standards entsprechend weiterzuentwickeln. Die Bausubstanz muss den Erfordernissen des demographischen Wandels, des technischen Fortschritts sowie des Klimawandels angepasst werden. Im Gegensatz zur Landesbauordnung M-V setzen wir uns für ein barrierefreies Bauen auf allen Etagen eines Gebäudes ein. Generationengerechtes, energiesparendes und das Klima schonendes Wohnen bei höchstem technischem Komfort und Beachtung der regionalen Baukultur, sind die architektonischen Herausforderungen der Zukunft. Vor allem der Fortschritt in den Kommunikationstechnologien ermöglicht eine Vielfalt neuer Nutzungsmöglichkeiten für dezentral gelegene Liegenschaften in Mecklenburg-Vorpommern.

Priorität sollte dabei vor allem das Bauen im Bestand haben. In den unterschiedlichsten Regionen Mecklenburgs und Vorpommerns haben sich im Laufe der Zeit individuelle Baukulturen entwickelt, die zu wichtigen Standortfaktoren, z. B. im Tourismus geworden sind. Schöne Beispiele sind die niedrigen Reethäuser auf Fischland-Darß, die Backsteingotik in den Hansestädten, die Bäderarchitektur entlang der Ostsee oder die mittelalterlichen Fachwerkstädte Westmecklenburgs. Diese identitätsstiftende Baukultur sollte auch bei Sanierungs- und Neubauprojekten sowie bei der Installation von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien und Isolationstechnologien weitestgehend berücksichtigt werden. Tradition und Moderne müssen im Einklang stehen. Wir Liberale unterstützen deshalb die Landesinitiative „Baukultur Mecklenburg-Vorpommern“. Strikte Bauvorgaben lehnt die FDP aber ab.

Die FDP wird eine Erweiterung des Landesprogramms zur Beseitigung devastierter Flächen in Landeseigentum auf die Unterstützung privater Grundstückseigentümer zur Beseitigung von „Schandflecken“ von öffentlichem Interesse im ländlichen Raum prüfen.

Die FDP setzt sich dafür ein, die regionale Wirtschaft bei Bauprojekten des Landes vorrangig einzubeziehen.

INNOVATION

Im Jahr 2009 wurden in Mecklenburg-Vorpommern nur 191 Erfindungen zum Patent angemeldet. Das sind nur 0,4 Prozent aller Patentanmeldungen in der Bundesrepublik. Wir wollen eine Belebung des Patentgeschehens und werden dazu alle an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen zur Verfügung stehenden Ressourcen bündeln und für Erfinder und Wirtschaft nutzerfreundlich verfügbar machen. Dazu könnten z. B. Patent-Scouts dienen. In Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollten für einen begrenzten Zeitraum Möglichkeiten zur Information, Aufklärung und Beratung von Wissenschaftlern sowie zur Identifizierung und Bewertung patentrelevanter Forschungsergebnisse zur Verfügung stehen.

Wir brauchen eine Innovationsstrategie des Landes, um die Voraussetzungen für Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern. Auch für den Schutz von Umwelt und Natur wollen wir Innovationen stärker vorantreiben und nutzbar machen.

Für die FDP stützt sich eine erfolgreiche Innovationspolitik für Mecklenburg-Vorpommern, vor allem auf drei Säulen: eine freiheitliche Hochschulpolitik mit mehr Gestaltungskraft und mehr Gestaltungsfreiheit für exzellente Forschung und Lehre; eine gezielte und vor allem wettbewerbsorientierte Förderung von Forschungs- und Technologieschwerpunkten; eine engagierte Förderung von Wissens- und Technologietransfer.

Notwendig ist auch die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft. Wir wollen, dass neue Forschungsergebnisse schnellstmöglich auch zu marktreifen Innovationen werden und neue Arbeitsplätze ermöglichen. Mecklenburg-Vorpommern verfügt trotz der geringen Bevölkerungsdichte über eine beträchtliche Anzahl an Spitzenforschungseinrichtungen. Dazu gehören unter anderem die fünf Leibnitz-Institute im Land: das Friedrich-Löffler Institut auf der Insel Riems, das Fraunhoferanwendungszentrum für Großstrukturen in Rostock und die Max-Planck-Institute für Plasmaforschung in Greifswald und für demographische Forschung in Rostock. Auch viele Unternehmen investieren bereits heute beträchtliche Mittel in Forschung und Entwicklung. Die FDP will die Forschungsanstrengungen von Instituten und Unternehmen auch in Zukunft unterstützen.

Die FDP ist die einzige Partei, die für Forschungsfreiheit und gegen Forschungsangst steht. Wir unterstützen die Bundesregierung ausdrücklich in ihrem Ziel, in dieser Legislaturperiode ein Wissenschaftsfreiheitsgesetz auf den Weg zu bringen.

Wir setzen uns dafür ein, die Förderinstrumentarien des Bundes und des Landes so zu harmonisieren, dass gemeinsame Förderungen erleichtert werden und den Zuwendungsempfängern nicht abverlangt wird, für jeden Zuwendungsgeber getrennte Buchführungen und Abrechnungssysteme nutzen zu müssen. Zudem müssen einheitliche und unbürokratische Regelungen getroffen werden, die die Zuwanderung hoch qualifizierter Wissenschaftler erleichtern.

Um Innovationen in Unternehmen voranzutreiben, setzen wir uns nach dem Vorbild anderer Länder für die Einführung einer breitenwirksamen, technologieunspezifischen und damit bürokratiearmen steuerlichen FuE-Förderung ein. Durch die thematische Offenheit können, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen erreicht werden, die in der gängigen Programmförderung nur selten zum Zuge kommen.

TOURISMUS

Die Tourismuswirtschaft in M-V ist eine Erfolgsbranche. Jährlich gibt es etwa 11 Millionen Reisen mit geschätzten 55 Millionen Übernachtungen in Mecklenburg-Vorpommern. Jedes dritte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis im Nordosten hängt direkt oder indirekt vom Tourismus ab. Mecklenburg-Vorpommern ist eines der beliebtesten Urlaubsländer Deutschlands und beherbergt mittlerweile rund 20% aller Übernachtungen am gesamten Südufer der Ostsee. Auch im Saison verlängernden Wellness-Sektor ist M-V Spitzenreiter.

Darauf aufbauend wollen wir Liberale die Tourismuswerbung des Landes künftig noch besser mit dem Landesmarketing verzahnen. Das Land muss sich auf allen Gebieten als einprägsame, allen Wirtschaftszweigen gerecht werdende Spitzenmarke präsentieren. Die FDP setzt sich bei der Tourismusentwicklung daher klar für Qualität vor Quantität ein.

Das von der FDP unterstützte Ende der bettenbezogenen Förderung wird diesen Trend zu mehr Qualität verstärken. Der Fokus der Förderung muss zukünftig auf der Schaffung von touristischen Zusatzangeboten zur Saisonverlängerung liegen. Die FDP unterstützt deshalb die stärkere Vernetzung der Tourismusregionen mit den Angeboten des sanften Tourismus im ländlichen Raum. Hierdurch könnten Arbeitsplätze im strukturschwachen Raum erhalten und Zusätzliche geschaffen werden.

Der Durchschnittsverdienst im Tourismusgewerbe in M-V liegt zwar deutlich unter dem in der industriellen Produktion, ist aufgrund der steuerlichen Entlastungen, aber auch durch neue Qualitätsangebote im letzten Jahr deutlich gestiegen. Die Branche ist damit auf einem guten Weg, ihren Nachwuchs und Fachkräfte im Land zu finden und langfristig zu guten Konditionen zu beschäftigen. Weitere Schritte müssen folgen, um Arbeitsbedingungen, Aufstiegsperspektiven und Verdienste weiter zu verbessern, denn ein hochwertiges touristisches Angebot setzt gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte voraus.

Eine hochwertige Ausbildung steigert die Attraktivität einer Beschäftigungsaufnahme im Tourismus und ist Voraussetzung für qualitativ anspruchsvolle Angebote. Die FDP setzt sich deshalb für eine Verbesserung der fachlichen Ausbildungsangebote in den Berufsschulen des Landes und eine Stärkung des bewährten dualen Systems in der Tourismusausbildung ein. Wir unterstützen die Weiterbildung von Fachkräften, um z. B. bestehende Sprach- und Mentalitätsbarrieren weiter abzubauen.

Wir wollen die weitere Überprüfung von Gesetzen, Standards und Regelungen im deutschen und europäischen Vergleich, um unsere heimische Tourismuswirtschaft konkurrenzfähiger zu machen. Die aufgrund der Vergleiche der europäischen Rahmenbedingungen von der Bundesregierung bereits umgesetzte Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für Übernachtungsdienstleistungen hat klein- und mittelständische Pensionen, Hotels und Campingplatzbetreiber finanziell entlastet und enorme Investitionen in Personal und Sanierungen ausgelöst.

Wichtig ist uns Liberale die Verbesserung des barrierefreien touristischen Angebotes. Menschen mit Behinderungen sollten nicht aufgrund eines eingeschränkten Angebotes auf ihren Urlaub in Mecklenburg-Vorpommern verzichten müssen.

LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND FISCHEREI

Die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei ist eine erfolgreiche, innovative und leistungsorientierte Branche der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, die gesunde und hochwertige Pro-

dukte herstellt. Dieser Bereich hat für die FDP einen sehr hohen Stellenwert. Die FDP setzt sich für eine Agrarpolitik ein, die die Landwirte nicht bevormundet, sondern Freiraum für unternehmerisches Handeln lässt. Der unternehmerisch denkende und handelnde Landwirt steht im Mittelpunkt liberaler Agrarpolitik.

Der ländliche Raum ist für uns ein eigenständiger Wirtschafts-, Lebens- und Entwicklungsraum. Er ist keine „Restfläche“ für Schutzzonen und ökologische Ausgleichsräume der Ballungszentren. Wir bekennen uns zu einer flächendeckenden Landwirtschaft. Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie Anglervereine und Jagdverbände haben für die Erhaltung und Pflege unserer Kulturlandschaft mehr geleistet als jede Öko-Steuer. Für Naturschutz und Fremdenverkehr ist eine nachhaltig betriebene Landwirtschaft ein wichtiger Partner.

Die FDP will die Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe weiter verbessern. Ein wichtiges Ziel ist die Optimierung der Veredlungsquote im Land, insbesondere in der Tierhaltung, um die Wertschöpfung zu erhöhen.

Ökologischer Landbau und eine großflächige Landwirtschaft schließen einander nicht aus. Die Umstellung konventionell wirtschaftender Betriebe auf alternativen Landbau ist eine Möglichkeit der Verbreiterung des Angebots landwirtschaftlicher Produkte, da ein Markt für diese Produkte besteht. Wir Liberale lehnen allerdings eine ideologisch motivierte Bevorzugung und finanzielle Unterstützung ökologischer Produktion ab, da sie allein die Nahrungsmittelversorgung nicht sicherstellen kann und auch in moderner, intensiver Landwirtschaft gesunde und hochwertige Erzeugnisse produziert werden.

Landwirtschaft unter "Bio-Label" und so genannte konventionelle Landwirtschaft haben beide ihre Existenzberechtigung. Vorrangiges Ziel ist dabei die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen und gesunden Nahrungsmitteln aus allen Produktionsrichtungen. Der Verbraucher ist objektiv über die Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu informieren. Zukünftig sollten auch Exportchancen vor dem Hintergrund der stark wachsenden Weltbevölkerung weiter erschlossen werden.

Die FDP steht der Forschung und Anwendung der grünen Gentechnik aufgeschlossen gegenüber – auch in globaler Verantwortung für Umwelt und Welternährung. Die Grüne Gentechnik ist im Kern eine beschleunigte Züchtung, ein wichtiges Instrument, um Armut, Hunger und Mangelernährung zu bekämpfen. Auch wenn bis heute keine großen Risiken erkannt worden sind, nehmen wir die Besorgnisse vieler Bürger ernst und setzen uns für Transparenz und sachliche Aufklärung ein. Wir sehen aber vor allem die Chancen, die sich für die Verbraucher und die Landwirtschaft durch eine Verminderung von Umweltbelastungen durch weniger Chemie, eine Verbesserung von Nahrungsmitteln und die Optimierung nachwachsender Rohstoffe ergeben. Sicherheitsaspekte werden durch die strengen europäischen Regelungen hinreichend gewährleistet. Vor dem Anbau durchlaufen genetisch veränderte Kulturpflanzen ein umfangreiches Zulassungsverfahren, um die Unbedenklichkeit der aus ihnen hergestellten Nahrungs- und Futtermittel zu sichern. Die Rahmenbedingungen für die Grüne Gentechnik müssen die Interessen der Verbraucher angemessen berücksichtigen, den Produzenten in der Land- und Ernährungswirtschaft Planungssicherheit gewährleisten und Innovationen in Deutschland ermöglichen.

Die Landwirtschaft befindet sich in einem ständigen Entwicklungs- und Anpassungsprozess, der den landwirtschaftlichen Unternehmen große Kreativität und Flexibilität abverlangt. Unser Ziel ist es deshalb, künftig eine wettbewerbsfähige, flächendeckende, innovative und verbraucherorientierte Landwirtschaft zu erhalten. Rahmenbedingungen müssen deshalb so gesetzt werden, dass die Landwirte den wesentlichen Teil ihres Einkommens am Markt erwirtschaften können und Planungssicherheit und Verlässlichkeit gewährleistet sind. Deshalb setzen wir uns bei der Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik nach 2014 für eine weitere Stärkung der unternehmerischen Landwirt-

schaft ein. Der Weg der Entkoppelung der Direktzahlungen von der Produktion und die damit verbundene stärkere Orientierung an den Prinzipien der Nachhaltigkeit und der Sozialen Marktwirtschaft ist konsequent weiter zu beschreiten. Die FDP wird sich für ein System einsetzen, das die Antrags- und Verwaltungsverfahren vereinfacht und flächengebundene Ausgleichszahlungen in den Mittelpunkt stellt.

Eine gute Agrarpolitik darf langfristig existenzfähige Betriebe, gleich welcher Rechtsform, nicht in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung benachteiligen. Wir sprechen uns weiterhin gegen Förderobergrenzen aus. Die Agrarpolitik der EU darf nicht gegen die Landwirtschaft ganzer Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern und die neuen Bundesländer insgesamt gerichtet sein.

Mit der Entwicklung auf den Rohstoffmärkten gewinnen Land- und Forstwirte auch als Produzenten von nachwachsenden Rohstoffen immer mehr an Bedeutung. Landwirte haben sich mit der Bio-Energieerzeugung ein weiteres Produktionsfeld erschlossen. Wir Liberale setzen uns für weitere Anstrengungen in der Forschung, Entwicklung und der Markteinführung von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen ein.

Landwirte brauchen bei der Vermarktung ihrer Produkte faire Chancen. Die FDP setzt sich für faire Chancen für Landwirte bei der Vermarktung ihrer regionalen Produkte ein (z. B. durch Gemeinschaftsvermarktung von Milchprodukten), um bessere Verhandlungspositionen gegenüber den Lebensmittelkonzernen und Discountern zu erreichen. Nur so kann die schwierige Situation der Milchbauern verbessert werden.

Die landwirtschaftliche Produktion muss auf eine nachhaltige Bewirtschaftung und umweltgerechtes Handeln abzielen. Naturschutz kann nur mit den Landwirten – und nicht gegen sie – sinnvoll umgesetzt werden. Bewirtschaftungseinschränkungen, die über die allgemein geltenden gesetzlichen Grundlagen hinausgehen, müssen daher angemessen ausgeglichen werden. Pflegemaßnahmen in Schutzgebieten sind an Landwirte zu vergeben, statt sie von kostenträchtigen Verwaltungen durchführen zu lassen. Eine extensive Bewirtschaftung im Rahmen des Vertragsnaturschutzes muss Vorrang vor der Ausweisung von Schutzgebieten, z. B. FFH-Gebieten, haben.

Wer Wettbewerb will, muss für vergleichbare Rahmenbedingungen sorgen. Nationale Sonderwege passen nicht in eine europäische Agrarpolitik und benachteiligen unsere Landwirte gegenüber ihren europäischen Wettbewerbern. Unterschiedliche Produktionsauflagen und steuerliche Belastungen führen zu internationalen Wettbewerbsverzerrungen. Auf dem EU-Binnenmarkt führen nationale Sonderwege dazu, die eigene landwirtschaftliche Produktion in die Nachbarländer zu vertreiben. Deswegen gilt auch hier: EU-Regelungen sind 1:1 in nationales Recht umzusetzen und nicht zulasten der eigenen Landwirtschaft zu verschärfen.

Holz ist ein wichtiger nachwachsender Rohstoff in Mecklenburg-Vorpommern. Seine Nutzung als Bauholz und für die Herstellung von Möbeln und Zellstoff, die Erzeugung von Strom und Wärme aus Rest- und Durchforstungsholz ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und stärkt gleichzeitig die regionale Wirtschaft. Wir setzen uns deshalb für eine nachhaltige und effiziente Waldbewirtschaftung ein. Wo kein Widerspruch zu einer anderweitigen Landnutzung vorliegt, unterstützen wir Initiativen zur Waldvermehrung. Die Wälder haben zudem eine große Bedeutung für die Naherholung und den Tourismus. Eine Förderung der Waldwirtschaft ist daher für die FDP unerlässlich. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Wettbewerbsnachteile für privatwirtschaftliche Betriebe gegenüber der Landesforstanstalt abgebaut und Investitionen, z. B. in Erntemaschinen, nicht weiter durch Verwaltungshandeln bestraft werden.

Dank eines funktionierenden Jagdsystems, bei dem die Hauptverantwortung für die Wildbewirtschaftung bei den Jägern und Grundeigentümern liegt, ist Deutschland im Vergleich zu anderen

Industrienationen ein wildreiches Land. Das Jagdrecht hat sich bewährt und soll nicht dem Naturschutzrecht untergeordnet werden. Die Wiedereinführung der bürokratischen Jagdsteuer lehnen wir ab.

Die Fischereiquotenverteilung zwischen den Nordländern muss zugunsten unseres Landes verbessert werden. Fanggebiete sind zu sichern. Der Fischereiwirtschaft wollen wir alternative Geschäftsfelder, z. B. im Tourismus oder bei hoheitlichen Aufgaben, eröffnen. Einseitige aktionistische Aktionen, wie das Aalfangverbot ausschließlich im mecklenburgischen Teil der Elbe, lehnen wir ab. Fisch- und fischereiverträgliche Bestandsmanagement-Pläne müssen vorwiegend bei quotierten Fischarten aufgestellt werden.

Die FDP setzt sich für die Weiterführung der Flächen- und Gewässerprivatisierung mit Augenmaß ein. Dabei muss die BVVG die in der Bund-Länder-Vereinbarung zur Privatisierung auferlegten Anforderungen zur Berücksichtigung der Interessen aller Betroffenen strikt einhalten. Die FDP in Mecklenburg-Vorpommern respektiert die Ergebnisse der Bodenreform. Den Kauf oder die Übertragung der bundeseigenen Flächen in Landeseigentum lehnen wir ab.

ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

Wir wollen die Ernährungswirtschaft als umsatzstärksten Bereich des produzierenden Gewerbes in Mecklenburg-Vorpommern weiterentwickeln und ausbauen. Wir Liberale setzen uns für eine bessere Wahrnehmung der Ernährungswirtschaft als Thema der Wirtschaftspolitik ein, statt sie als nachgelagerten Bereich der Landwirtschaftspolitik zu behandeln. Das bisherige latente Spannungsverhältnis zwischen Landesministerien bezüglich der Ernährungswirtschaft ist wenig hilfreich und muss beendet werden.

Derzeit steht M-V in der bundesweiten Wahrnehmung noch zu oft für "Rückständigkeit, Krise und Armut". Wir setzen uns deshalb für eine prägnante und positive Markenbotschaft für alle Produkte aus Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere Lebensmittel, ein. Die Markenbotschaft soll sein, dass in M-V produzierte Nahrungsmittel aufgrund höchster Produktionsstandards und flächendeckender Kontrollen alle gesund und schmackhaft sind. Eine bessere Koordination des Landesmarketing innerhalb der Landesregierung ist dringend notwendig. Die Begriffe "Urlaubsland", "Hightech Land", "gesunde Umwelt und Lebensmittel" sollten in der Darstellung Mecklenburg-Vorpommerns eine Einheit bilden.

Mittelfristig müssen der in M-V eher mittelständisch strukturierten Ernährungsbranche bessere Forschungs- und Produktentwicklungskapazitäten zur Verfügung stehen, diese müssen schon heute weiter ausgebaut und gefördert werden. Im Rahmen einer Innovationsstrategie ist eine bessere Vernetzung zwischen den Hochschulen und den Herstellern anzustreben.

MARITIME WIRTSCHAFT

Die maritime Wirtschaft ist ein wichtiges Kompetenzfeld für die zukünftige Entwicklung unseres Küstenlandes. Maritime Industrie hat längst eine größere Vielfalt, als mit klassischen Kategorien wie „Schiffbau“ oder "Schifffahrt" zu beschreiben ist, die Unternehmungen rund um die Offshore-Windstromerzeugung demonstrieren das eindrücklich. Die Wissensbasis der maritimen Industrie, getragen von den Ingenieuren, Wissenschaftlern und Mitarbeitern der maritimen Disziplinen, Nautikern und Seeleuten, kommt dabei in Segmenten wie Schiffbau, Schifffahrt, Meerestechnik, Energietechnik, Wasserbau, Ozeanographie usw. zur Anwendung und ist der Zugang zu zahlreichen Märkten wie Handel, Transport, Tourismus, Energie- und Rohstoffgewinnung und Nahrungsmittel-

erzeugung. Entsprechend muss die maritime Wirtschaft heute nach Vorstellung der FDP ganzheitlich (als "Cluster") gesehen und entwickelt werden.

Sie ist eine Zukunftsbranche, aber auch in hohem Maße abhängig von globalen Entwicklungen, z. B. in Handel, Finanz- und Energiewirtschaft. Sie wird daher immer starken konjunkturellen Schwankungen, aber als strategische Industrie auch internationalen Wettbewerbsverzerrungen durch staatliche Eingriffe ausgesetzt sein.

Dabei stehen die Unternehmer und Akteure des maritimen Clusters zuerst selbst in der Pflicht, sich gegen Schwankungen abzusichern und auftretende Probleme zu lösen. Die FDP will weder einen Rückfall in einen Subventionswettbewerb noch ein untätiges Hinnehmen extremer Wettbewerbsverzerrungen im Ausland. Wir wollen eine passgenaue und effiziente Anwendung der in europäischem Rahmen zulässigen Unterstützungsmaßnahmen. Dabei sind markt- und privatwirtschaftliche Lösungsansätze fortzuentwickeln.

Investitionen in „Köpfe und Hände“ durch Aus- und Fortbildung, Forschung und Entwicklung sind Schlüsselfaktoren für die Stärke des Branchenstandortes M-V. Dabei muss künftig ein wesentlich besser fokussierter, internationaler und Konjunktur unabhängigerer Ansatz verfolgt werden. Die FDP möchte, dass die im Bereich der maritimen Entwicklung tätigen Hochschulen und Forschungszentren in M-V als international relevante Ausbildungs- und Kompetenzzentren ausgebaut werden. Dabei sind klare Positionierung, Anwerbung von Spitzenwissenschaftlern, Kooperation mit internationalen Zentren und langfristig verlässliche Budgets die wesentlichen Erfolgsfaktoren. Die Hochschulen und Forschungszentren werden damit auch zum Katalysator für neue und zukunftsfeste industrielle maritime Aktivitäten im Land werden.

GESUNDHEITSWIRTSCHAFT

Die FDP möchte die Lebensqualität der Bevölkerung und der Gäste in Mecklenburg-Vorpommern weiter verbessern. Dazu gehört vor allem eine qualitativ hochwertige und flächendeckende medizinische sowie pflegerische Versorgung. Aber auch die private Pflege zu Hause oder in der Nachbarschaft verdient volle Anerkennung und Unterstützung. Der Nutzung und Weiterentwicklung von Assistenztechnologien, z. B. in der Gesundheitsüberwachung, zur Unterstützung im Wohnumfeld sowie innovativer Sicherheits- und Notfallsysteme, sind wir Liberale aufgeschlossen.

Zur Gesundheitswirtschaft zählen aber nicht nur die medizinischen Dienstleister im ambulanten, stationären oder pflegerischen Bereich, sondern auch die medizintechnische Industrie und Pharmaindustrie, Telemedizin sowie Ernährungswirtschaft, Gesundheitstourismus und deren Zulieferer. Die Gesundheitswirtschaft in M-V besteht überwiegend aus kleinen und mittleren Unternehmen. In der globalen und konzerngeprägten Wirtschaft dieses Sektors benötigen diese daher besondere Aufmerksamkeit und Begleitung durch die Landesregierung, wenn dieser viel versprechende Sektor in M-V auch künftig eine wichtige Rolle spielen soll. Die FDP will deshalb diesen Bereich entbürokratisieren, um die Kreativität der klein- und mittelständischen Akteure in dieser Branche für mehr Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

Die FDP möchte die Fachkräfteausbildung und Gesundheitsforschung im Land ausbauen, um den Fach- und Hilfskräftebedarf in medizinischen Einrichtungen und Pflegeeinrichtungen zu gewährleisten und neue Behandlungskonzepte und Technologien zu entwickeln. Steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen erfordert mehr und sehr gut ausgebildetes Personal.

Besonders in den Bereichen Pflege, wohnungsnaher Dienstleistungen und Gesundheitstourismus müssen neue Berufsbilder mit klaren Aus- und Weiterbildungsstrategien entwickelt werden. Außerdem ist ein Ausbau der Qualifizierungsangebote und –infrastruktur unter Einbeziehung der öffentlichen und privaten Bildungsträger notwendig.

Die Erweiterung der alters- und geschlechtsspezifischen Gesundheitsforschung für individuelle Vorsorge, Behandlung und Rehabilitation ist dringend erforderlich. Medizinische Forschungsergebnisse müssen dabei schneller in die Praxis transferiert werden.

Das von der Landesregierung eingesetzte „Kuratorium Gesundheitswirtschaft“ bietet aus Sicht der FDP noch ungenutzte Potentiale, die durch höhere Arbeitseffizienz gehoben werden müssen.

Um Mecklenburg-Vorpommern für ausländische Patienten attraktiver zu gestalten und eine einfache Wahrnehmung medizinischer Dienstleistungen für Bürger aus Mecklenburg-Vorpommern im Ausland zu ermöglichen, sind entsprechende Vereinbarungen mit den Nachbarstaaten zu treffen. Dabei sollte das Interesse der Patienten auf eine einfache Abwicklung und eine umfassende rechtliche Absicherung im Vordergrund stehen.

FREIHEIT, RECHTSSTAAT UND BÜRGERRECHTE

GRUNDSÄTZE EINER LIBERALEN RECHTSPOLITIK	32
UNABHÄNGIGE JUSTIZ.....	33
OPFERSCHUTZ.....	34
POLIZEI.....	34
EXTREMISMUS UND VERFASSUNGSSCHUTZ.....	35
BUNDESWEHR.....	35
FEUERWEHREN, KATASTROPHENSCHUTZ, THW UND RETTUNGSDIENSTE.....	36
DATENSCHUTZ UND RECHT AUF INFORMELLE SELBSTBESTIMMUNG	37
INFORMATIONSFREIHEIT ALS MITTEL DER MITGESTALTUNG STÄRKEN	37
KOMMUNEN ALS FUNDAMENT UND RÜCKGRAT DES LANDES	38
NEUORGANISATION DER KOMMUNALEN VERWALTUNGEN.....	38
REFORM DER FINANZAUSSTATTUNG DER KOMMUNEN.....	39
WIRTSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG DER KOMMUNEN.....	40
MODERNE UND BÜRGERNAHE VERWALTUNG.....	41
BÜRGERNAHE POLITIK UND MEHR BÜRGERBETEILIGUNG.....	41
SPORT HÄLT JUNG UND MACHT FIT FÜR DIE ZUKUNFT	42

GRUNDSÄTZE EINER LIBERALEN RECHTSPOLITIK

Die FDP ist die Partei der Freiheit, des Rechtsstaates und der Bürgerrechte. Wir wollen die Bürgerrechte verteidigen und setzen uns auf allen staatlichen Ebenen dafür ein, dass die Freiheit der Bürger nicht weiter durch neue Sicherheits- und Überwachungsgesetze eingeschränkt wird. Wir wollen die Bürger vor überzogenen oder unnötigen Eingriffen des Staates schützen. Einen Überwachungsstaat, der unter dem Deckmantel von Bedrohungsszenarien alles und jeden kontrolliert, lehnen wir entschieden ab. Jedes Sicherheitsgesetz muss verhältnismäßig sein und einen Gewinn an objektiver Sicherheit bringen.

Eingriffe in die verfassungsrechtlich festgeschriebenen Freiheitsrechte können in einem liberalen Rechtsstaat nur in engen rechtsstaatlichen Grenzen erlaubt werden. Hier gilt für Liberale der Grundsatz: „Im Zweifel für die Freiheit.“

Der Schutz der Menschenwürde verpflichtet die staatliche Gewalt, alle Menschen gegen Angriffe auf die Menschenwürde zu schützen. Solche Angriffe können in Erniedrigung, Brandmarkung, Ver-

folgung, Ächtung und anderen Verhaltensweisen bestehen, die den Betroffenen ihren Achtungsanspruch als Mensch absprechen. Das Grundrecht des Schutzes der Menschenwürde ist nach Auffassung der FDP gerade in der aktuellen Zeit gegen jede Form der Angriffe, sowohl von Rechtsextremisten und Linksextremisten zu schützen.

Der Gleichheitsgrundsatz bedeutet nach Auffassung der FDP, nicht dass alles und jeder gleich sein muss. Gleichheit darf nicht mit Gleichmacherei verwechselt werden. Grundsätzlich gilt, was wesentlich gleich ist, darf nicht ungleich behandelt werden und was wesentlich ungleich ist, darf nicht gleich behandelt werden. Die FDP wird sich daher auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass alle Versuche von diesem Grundsatz abzuweichen verhindert werden.

Die Versammlungsfreiheit und damit das Recht sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln zu können, darf nicht weiter durch hohe bürokratische Anforderungen eingeschränkt werden. Im so genannten Brokdorf-Urteil hat das Bundesverfassungsgericht eine grundlegende Entscheidung zur Versammlungsfreiheit getroffen.

Darin heißt es: „Das Recht, sich ungehindert und ohne besondere Erlaubnis mit anderen zu versammeln, galt seit jeher als Zeichen der Freiheit, Unabhängigkeit und Mündigkeit des selbstbewussten Bürgers.“ Eine Einschränkung des Versammlungsrechts lässt sich auch nicht durch Aufmärsche extremistischer Parteien rechtfertigen. Vielmehr werden damit Gruppen oder demokratische Bündnisse, die gegen extremistische Parteien friedlich und couragiert protestieren wollen, behindert. Die FDP steht ausdrücklich für eine starke Demokratie, die jede Form des Rassismus, Antisemitismus und der Fremdenfeindlichkeit ablehnt. Die Einschränkung des Versammlungsrechtes ist jedoch kein geeignetes Mittel, um extremistisches Gedankengut von öffentlichen Plätzen fernhalten.

UNABHÄNGIGE JUSTIZ

Wir Liberale setzen uns für eine bürgerfreundliche, leistungsfähige und unabhängige Justiz ein. Diese muss in der Lage sein, Konflikte gesetzestreu, zeitnah und effektiv zu lösen. Das ist ein wichtiger Standortfaktor für Mecklenburg-Vorpommern. Dazu gehört darauf zu achten, dass den Gerichten und Strafvollzugsbehörden ausreichend qualifiziertes Personal und Sachmittel zur Verfügung stehen und diese Fachkräfte durch permanente Aus- und Weiterbildung und eine faire Beförderungspraxis motiviert werden. Mit Blick auf eine wirkungsvolle Resozialisierung von Gefangenen gilt dieses auch für notwendiges Fachpersonal wie Sozial- oder Drogentherapeuten.

Die Bürger haben einen Anspruch auf schnellen und effektiven Rechtsschutz. Dieser Rechtsschutz wird durch die Gerichte in Mecklenburg-Vorpommern bereits heute in vorbildlicher Weise gewährt. Angesichts der demographisch sehr unterschiedlichen Entwicklungen in Mecklenburg-Vorpommern stehen die einzelnen Gerichtsstandorte vor der Aufgabe, eine zügige und qualitativ hochwertige Rechtsprechung auch unter Effizienzgesichtspunkten aufrecht zu erhalten. Dieser Prozess sollte durch die Bildung von gerichtsbezirksübergreifenden Zuständigkeiten in einzelnen Verfahrensarten in der Amtsgerichtsbarkeit begleitet werden.

Jugendkriminalität ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Die wachsende Zahl an Gewaltdelikten zeigt die zunehmende Brisanz dieses Problems. Bessere Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungschancen und eine effektivere Jugend- und Sozialarbeit können ihren Teil zur Bewältigung dieses Phänomens beitragen. Eltern wollen wir bei der Erziehung ihrer straffälligen Kinder durch begleitende soziale Maßnahmen und engere Zusammenarbeit zwischen Gerichten, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe unterstützen. Effektive Strafverfolgung bedeutet auch schnelle Strafverfolgung. Insbesondere Strafverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende sollten deshalb so zügig wie möglich durchgeführt werden. Nur dann bleibt der Bezug zur Tat erhalten.

Die Verhinderung von Rückfalltaten entlassener Strafgefangener ist vordringliche Aufgabe einer verantwortungsbewussten Rechtspolitik. Die Reform der Sicherungsverwahrung unter Federführung des FDP-geführten Bundesministeriums der Justiz berücksichtigt sowohl den Schutz der Bürger als auch die Einhaltung rechtsstaatlicher Kriterien. Für die Landespolitik ist der Fokus auf die Erhöhung der Kontrolldichte bei entlassenen Strafgefangenen mit besonders hohem Gefährdungspotenzial zu richten. Damit kann dem Sicherheits- und Schutzbedürfnis der Bevölkerung in besonderem Maße Rechnung getragen werden.

Staatsanwaltschaften müssen auch zukünftig ohne jede politische Einflussnahme unabhängig und ohne Ansehen der Person ermitteln. Bei Maßnahmen der Staatsanwaltschaft setzen wir im Zweifel auf den Richtervorbehalt.

OPFERSCHUTZ

Ein Schwerpunkt liberaler Rechtspolitik bleibt nach wie vor der Opferschutz. Der Schutz und die Rechte der Opfer von Gewaltverbrechen gehören in den Mittelpunkt jedes Strafverfahrens. Opfer einer Straftat zu werden gehört zu den schlimmsten Erfahrungen eines Menschen, deshalb müssen die Opfer als eigenständige Rechtspersönlichkeit mit eigenen subjektiven Rechten ausgestattet werden. In Strafverfahren muss daher ein möglichst schonender Umgang mit Gewaltopfern im Vordergrund stehen. Das erfolgreiche Modellprojekt der psychosozialen Prozessbegleitung für Missbrauchsoffer wollen wir Liberale fortsetzen.

Der Soziale Dienst in Mecklenburg-Vorpommern leistet einen wichtigen Beitrag unter anderem in den Bereichen Bewährungshilfe und Führungsaufsicht. Er ist ein unverzichtbarer Teil der Strafrechtspflege. Auch das bewährte Instrument des Täter-Opfer-Ausgleichs wollen wir fortsetzen.

POLIZEI

Die FDP steht für eine leistungsstarke Polizei, die als kompetenter Ansprechpartner und bürgerfreundlicher Dienstleister auch zukünftig überall in unserem Flächenland präsent ist. Wir wollen dabei nicht Augenwischerei betreiben und nur Strukturen ändern, sondern endlich die Mangelverwaltung bei der Polizei beenden. Wir Liberale sind gegen weitere Auflösungen von Dienststellen. Die Beamten sollen nicht länger permanent an der Grenze der Belastbarkeit und darüber hinaus ihren Dienst leisten müssen. Der anhaltende Stellenabbau hat diese Situation stetig verschärft. Die Polizei muss auch zukünftig in der Lage sein, alle Einsätze bewältigen zu können, ohne die Menschen unter der Uniform zu verschleifen. Die FDP setzt sich deshalb dafür ein, den Einstellungskorridor entsprechend zu überarbeiten sowie 500 neue Stellen im Polizeivollzugsdienst zu schaffen.

Die FDP will die Polizei von sachfremden Verwaltungstätigkeiten entlasten, damit sie ihren eigentlichen Aufgaben im operativen Dienst besser nachkommen kann. Dazu gehört vor allem der Abbau von polizeiinterner Bürokratie. Wir Liberale sehen auch Investitionsbedarf bei der Sachausstattung der Polizisten, um den neuen Anforderungen aufgrund des technischen Wandels sowie den Herausforderungen extremistischer oder terroristischer Bedrohungen im Land gerecht werden zu können. Dazu gehören unter anderen gut ausgestattete und sichere Funkstreifenwagen sowie Informationstechnologie auf aktuellstem Stand. Der Gesundheitsschutz der Beamten muss bei allen Investitionen in die technische Ausstattung aber im Vordergrund stehen.

Die FDP möchte die Aus- und Weiterbildungsstandards der Polizei weiterhin auf höchstem Niveau halten, damit die Beamten in allen Einsatzsituationen für sich und andere sicher entscheiden und

handeln können. Das gilt insbesondere beim Einsatz gegen bewaffnete Straftäter, bei Großlagen oder bei der Aufklärung von Straftaten im Internet. Um die Motivation der Beamten zu erhöhen, muss der Beförderungsstau beendet werden.

Die FDP setzt sich für verhältnismäßige Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen der Polizei ein. Online-Durchsuchungen, Großer Lauschangriff oder Schleierfahndungen durch die Polizei sind im Grundsatz verzichtbar. Plänen für eine flächendeckende Videoüberwachung werden wir nicht zustimmen. Wir wollen die Polizei auf der Straße und nicht hinter Bildschirmen. Im Bereich der Kriminalitätsvorbeugung, Verkehrsüberwachung und -erziehung wollen wir Liberale bestehende Präventionsmaßnahmen insbesondere in den Schulen fortführen. Bei Großeinsätzen werden wir die Transparenz erhöhen und eine Nummernkennzeichnung der Beamten einführen.

Da Straftäter, vor allem die organisierte Kriminalität, vor Landesgrenzen nicht Halt machen, wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den Informationsfluss der Polizei mit der Justiz und mit den Polizeibehörden in unseren Nachbarländern, insbesondere mit Polen, und auf höheren Ebenen intensivieren.

Um die Sicherheit auf den Straßen Mecklenburg-Vorpommerns zu erhöhen, setzt sich die FDP für mehr Aufklärung der Öffentlichkeit ein. Neben den wichtigen Präventionsangeboten in Schulen, wünschen wir uns die Einrichtung einer wöchentlichen Verkehrssendung beim NDR Fernsehen, ähnlich der viele Jahre erfolgreich in der ARD gelaufenen Verkehrssicherheitssendung "Der 7. Sinn". Mit einer regionalen Verkehrssicherheitssendung können den Zuschauern hilfreiche Tipps und Informationen über die Gegebenheiten in Mecklenburg-Vorpommern und das Wissen vermittelt werden, wie sie sich sicherer im Straßenverkehr bewegen und Unfälle vermeiden können.

EXTREMISMUS UND VERFASSUNGSSCHUTZ

Intoleranz, die Bevormundung anderer und die gewaltsame Durchsetzung extremistischer Ziele sind mit liberalen Grundsätzen unvereinbar. Jegliche Form des Extremismus – ob Links- oder Rechtsextremismus oder religiöser Fundamentalismus – müssen wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe entschlossen bekämpfen. Dabei gilt es, bereits vor Ort demokratisches Gemeinleben zu fördern und zu stärken. Nur gemeinsam mit den Familien, Schulen, Vereinen und Betrieben kann dem Extremismus das Fundament entzogen werden. Auch der Landeszentrale für politische Bildung kommt hierbei eine wichtige unterstützende Rolle zu. Die FDP und ihre Vorfeldorganisationen werden ihren Beitrag zum Aufbau und Erhalt des freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens leisten. Die FDP steht gegen jede Art der Unfreiheit, egal, aus welcher Richtung sie droht.

Um dem politischen und religiösen Extremismus in Mecklenburg-Vorpommern mit rechtsstaatlichen Mitteln begegnen zu können und die freiheitlich demokratische Grundordnung gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen zu schützen, brauchen wir eine personell und infrastrukturell sehr gut ausgestattete Landesbehörde für Verfassungsschutz. Diese Aufgabe muss aber weiterhin strikt von den Aufgaben der Polizei getrennt bleiben. Die Aufklärung der Bevölkerung über Ursachen, Gefahren sowie aktuelle Entwicklungen extremistischer Bestrebungen wollen wir unter anderem durch den Verfassungsschutz weiterhin gewährleisten. Einen Handlungsbedarf zur Ausweitung der gesetzlichen Kompetenzen der Landesbehörde sehen wir Liberale derzeit nicht.

BUNDESWEHR

Die Bundeswehr ist ein wichtiger Standortfaktor für unser Land. Wir Liberale anerkennen das entbehrungsreiche und friedenssichernde Engagement unserer Soldaten in den UN-Auslandseinsätzen. Wir setzen uns daher für den Erhalt der Bundeswehr-Familienbetreuungszentren und im Rahmen

der anstehenden Bundeswehrreform für den Erhalt der Truppenstärke in Mecklenburg-Vorpommern ein. Wir setzen uns für ein noch besseres Miteinander zwischen den Soldaten und den Bürgern des Landes ein. Schon heute werden wir gemeinsame Angebote entwickeln, um die Soldaten auch nach ihrer aktiven Zeit durch Seiteneinsteigerprogramme in unserem Land zu halten.

Mecklenburg-Vorpommern ist ein sehr sicheres Land. Wir Liberale setzen uns deshalb dafür ein, den Bürgern unseres Landes auch weiterhin ihre Freiheit in Sicherheit zu gewährleisten. Die Innere Sicherheit ist und bleibt dabei staatliche Aufgabe. Einsätze der Bundeswehr im Bereich der Inneren Sicherheit lehnen wir ab.

FEUERWEHREN, KATASTROPHENSCHUTZ, THW UND RETTUNGSDIENSTE

Retten, Löschen, Bergen, Schützen – unter diesem Leitspruch leisten mehr als 27.800 Kameraden unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens ehrenamtliche Arbeit in 1.043 Freiwilligen Feuerwehren. Zudem leisten auch die 690 hauptamtlichen Kräfte in den sechs Berufsfeuerwehren sowie 100 Kameraden in den drei Werksfeuerwehren einen unschätzbaren Beitrag zur Gefahrenabwehr in unserem Bundesland. In 637 Jugendfeuerwehren werden ca. 6.900 Kinder und Jugendliche ausgebildet, die einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung nachgehen und dabei auch Grundwerte wie Kameradschaft, Demokratie und Toleranz erlernen. Der Bevölkerungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern, zu dem die Feuerwehren sowie die 2.500 Helfer des Katastrophenschutzes und die 800 Aktiven des THW gehören, ist ohne das Ehrenamt undenkbar. Die FDP möchte das ehrenamtliche Engagement der Bürger unterstützen und fördern und setzt sich daher für die Verbesserung der Rahmenbedingungen ein.

Zur Verbesserung der technischen und personellen Situation der Freiwilligen Feuerwehren in ländlich dünn besiedelten Regionen hinsichtlich einer (24-Stunden-) Sicherstellung der Einsatzbereitschaft sollte aus unserer Sicht die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden verstärkt werden. Die Gemeinden als Träger des Brandschutzes und der technischen Hilfeleistung könnten ihre personellen und technischen Ressourcen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung gemeinsam organisieren oder unter Berücksichtigung einer ausgewogenen demokratischen Mitbestimmung konzentrieren und Synergieeffekte nutzen. Mit Blick auf die personelle Situation in der „normalen Arbeitszeit“ sollte das Motto lauten: Besser eine gemeinsam organisierte und einsatzbereite Feuerwehr aus zwei Gemeinden als zwei Gemeinden mit nichteinsatzbereiten Feuerwehren. Dies könnte zum Beispiel durch eine freiwillige Übertragung der Brandschutzaufgaben auf die Ämter zentraler koordiniert werden.

Eine ehrliche und umfassende Situationsanalyse über Einsatzbereitschaft und Wirksamkeit der Freiwilligen Feuerwehren (vor allem während der üblichen Arbeitszeiten) in den Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns gibt es bisher leider nicht. Mithilfe einer sachlichen Auswertung der derzeitigen personellen und technischen Situation sowie der mittel- und langfristigen Einsatzverfügbarkeit der Freiwilligen Feuerwehren und Berufsfeuerwehren wollen wir gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband nach Möglichkeiten zur Entlastung des Ehrenamtes suchen und die Voraussetzungen für zukunftsfähige Strukturen schaffen. Kommunen sollen bei der Realisierung der gesetzlich vorgesehenen Ausrücknormen und Hilfsfristen für Feuerwehren und Rettungsdienste entlastet werden. Die gesetzlichen Vorschriften für Feuerwehren wollen wir regelmäßig auf ihre Notwendigkeit und finanziellen Auswirkungen hin überprüfen.

Um ein Höchstmaß an Professionalität und Sicherheit in den Einsätzen zu gewährleisten, wollen wir die notwendige Aus- und Weiterbildung der Führungskräfte und Mannschaften unterstützen. Die hochwertigen Bildungsangebote der Landesfeuerwehrschule in Malchow wollen wir deshalb besser

den familiären Bedürfnissen sowie der heutigen Arbeitswelt der ehrenamtlichen Kräfte, z. B. durch berufsbegleitende oder komprimierte Lehrgänge anpassen. Zudem werden wir uns für die Gleichstellung der Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten im Zivil- und Katastrophenschutz mit denen aus dem gesellschaftlichen oder gewerkschaftlichen Bereich einsetzen.

Gerade nach Einsätzen bei schweren Verkehrsunfällen leiden Kameraden unter starken psychischen Belastungen. Die FDP möchte deshalb die Einsatznachsorge (Seelsorge) nach belastenden Einsätzen ausbauen.

Wir Liberale setzen uns dafür ein, das Bewusstsein der Bürger für den Brandschutz zu stärken und geeignete Vorbeugungsmaßnahmen in den eigenen vier Wänden zu treffen. Vermeidungsstrategien gegen Fehlalarme und Einsätze, die nicht im Aufgabenbereich der Feuerwehren liegen, wollen wir verstärkt in den Fokus rücken, um Familien und Arbeitgeber der ehrenamtlichen Kräfte zu entlasten.

DATENSCHUTZ UND RECHT AUF INFORMELLE SELBSTBESTIMMUNG

Die Gewährleistung des Datenschutzes ist in der Informationsgesellschaft wesentliches Element eines liberalen Rechtsstaates. Wir wollen deshalb die Position des Landesdatenschutzbeauftragten als unabhängige Kontrollinstanz stärken. Datenschutz ist aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir Liberale wollen die Privatsphäre der Menschen schützen und setzen uns für den Schutz des Bürgerrechts auf informelle Selbstbestimmung ein. Die Bürger sollen es selbst in der Hand haben, welche Informationen sie über sich der Öffentlichkeit preisgeben wollen. In Zeiten der sozialen Netzwerke im Internet kommt der Aufklärung der Nutzer eine besondere Bedeutung zu.

Die FDP möchte, dass in den Landesbehörden und Kommunen die Grundsätze der Datensparsamkeit und Datenvermeidung streng beachtet werden. Nur noch diejenigen personenbezogenen Daten sollen verarbeitet werden dürfen, die für die Erfüllung der jeweiligen Aufgabe erforderlich sind. Darüber hinaus dürfen ohne Einwilligung der Betroffenen keine weiteren Datenerfassungen stattfinden. Datensammelnde Unternehmen, Banken und Behörden sind verpflichtet, die bestehenden datenschutzrechtlichen Regelungen zu beachten und für ihre Einhaltung Sorge zu tragen.

Im Rahmen einer effektiven Verbrechensbekämpfung, insbesondere in der Terrorabwehr, ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit einzuhalten. Die steigende Anzahl von Telefonüberwachungen und heimlichen Kontodatenüberprüfungen sowie die anlasslosen Video-Verkehrüberwachungen durch Kommunale oder Landesbehörden sehen wir Liberale sehr kritisch. Diese wollen wir deshalb durch strengere Regelungen auf das notwendige Minimum beschränken. Online-Durchsuchungen sollen nur unter strengsten Auflagen und mit richterlichem Beschluss angewendet werden. Den Einsatz von Nacktscannern in Mecklenburg-Vorpommern und die allgemeine Vorratsdatenspeicherung lehnt die FDP ab.

INFORMATIONSFREIHEIT ALS MITTEL DER MITGESTALTUNG STÄRKEN

Informationsfreiheit bedeutet für die FDP, dass alle Interessierten grundsätzlich ohne Begründung Zugang zu allen Informationen haben, die bei öffentlichen Stellen vorhanden sind. Durch diese Transparenz werden die Möglichkeiten einer politischen und gesellschaftlichen Mitgestaltung sowie der bürgerschaftlichen Kontrolle öffentlichen Handelns erheblich gestärkt. Es muss nach Ansicht der FDP zu einer Selbstverständlichkeit werden, dass Informationen für die Bürger zugänglich sind. Die Bürger dürfen bei berechtigtem Interesse an Informationen nicht zum Bittsteller bei Verwaltungen degradiert werden. Ausnahmen können nur bei der Einsicht in Unterlagen bestehen, die schutz-

bedürftige personenbezogene Daten oder geheimhaltungsbedürftige öffentliche Informationen beinhalten.

Die Informationsfreiheit muss sich natürlich auch auf aussagekräftige Informationen über öffentliche Gelder erstrecken, die für bestimmte Leistungen gezahlt wurden, ob die Leistungen mit den zuvor ausgeschriebenen Anforderungen übereinstimmen und in welcher Höhe Steuermittel dafür aufgewendet werden. Diese Angaben dienen der Haushaltstransparenz und der Verhinderung von Korruption. Wie der Datenschutzbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern bereits festgestellt hat, ist die Transparenz bei derartigen Verträgen auch deshalb besonders wichtig, weil hier nicht selten langfristige Weichenstellungen getroffen werden, die auch Parlamente bzw. kommunale Vertretungen späterer Legislaturperioden nicht mehr ändern können. Angaben hierüber dürfen der politischen Diskussion somit nicht vorenthalten werden.

Die FDP fordert ebenso, wie die Informationsfreiheitsbeauftragten der Länder, die Verträge zwischen Staat und Unternehmen grundsätzlich offen zu legen. Die pauschale Zurückweisung von auf solche Verträge gerichteten Auskunftsbegehren unter Hinweis auf Vertraulichkeitsabreden und Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse ist nicht länger hinnehmbar. Es ist deshalb zwingend geboten, den Zugang zu entsprechenden Verträgen in den Informationsfreiheitsgesetzen sicherzustellen, wie dies jüngst im Berliner Informationsfreiheitsgesetz bereits geschehen ist.

KOMMUNEN ALS FUNDAMENT UND RÜCKGRAT DES LANDES

Ein starkes zukunftsorientiertes Land Mecklenburg-Vorpommern braucht starke Kommunen. Für unsere Kommunen muss auch tatsächlich das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Bereits das Landesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zur ersten gescheiterten Kreisgebietsreform ein klares Leitbild für die kommunale Selbstverwaltung formuliert: „Die kommunale Selbstverwaltung bedeutet Aktivierung der Bürger für ihre eigenen Angelegenheiten. Die in der örtlichen Gemeinschaft lebendigen Kräfte schließen sich zur eigenverantwortlichen Erfüllung öffentlicher Aufgaben der engeren Heimat zusammen mit dem Ziel, das Wohl der Einwohner zu fördern und die geschichtliche und heimatliche Eigenart zu wahren. Leitbild der kommunalen Selbstverwaltung ist eine bürgerschaftliche Mitwirkung, die sich auch in einem politischen Gestaltungswillen niederschlägt.“ Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung heißt also Stärkung der Selbstverantwortung und Selbstorganisation der Bürger vor Ort.

Für dieses „Stark vor Ort“ bedarf es auch Verwaltung, aber Verwaltung darf nicht zum Selbstzweck werden. Verwaltung ist im Ergebnis Dienstleistung für die eigenverantwortlich handelnden, sich selbst organisierenden Bürger. Für die FDP ist der Erhalt und Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung von zentraler Bedeutung für das Fortbestehen einer demokratischen Gesellschaft.

NEUORGANISATION DER KOMMUNALEN VERWALTUNGEN

Die FDP hält eine kommunale Verwaltungsreform in Mecklenburg Vorpommern für dringend erforderlich. Die kommunalen Verwaltungen müssen insgesamt für die Zukunft fit gemacht werden. Das eigentliche Ziel einer Verwaltungsreform muss es sein, kommunale Dienstleistungen möglichst aus einer Hand anzubieten. Es ist daher zwingend erforderlich, eine klare Aufarbeitung der Aufgaben jeder Verwaltungsebene vorzunehmen und daran anschließend die Verwaltungsstrukturen anzupassen. Reformen, die ausschließlich darauf abzielen, Gebietskörperschaften zusammenzuführen, schaden neben dem Ehrenamt auch der Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Der Zusammenschluss kommunaler Gebietskörperschaften ist nach Auffassung der FDP immer dann geboten, wenn erkennbar ist, dass die Selbstverwaltung der betroffenen Gemeinde aufgrund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und demographischen Entwicklung nachweislich nicht mehr möglich ist. Für die FDP steht hierbei zunächst der freiwillige Zusammenschluss an erster Stelle. Zur Beseitigung von Fusionshemmnissen ist die Schaffung von Anreizsystemen notwendig; dies kann je nach Einzelfall sowohl eine anteilige Entschuldung von Gemeinden als auch die Gewährung von so genannten Hochzeitsprämien sein, wobei die Finanzierung zum überwiegenden Teil vom Land und zum verbleibenden Teil von den Kommunen übernommen werden sollte.

Die FDP hatte als erste Partei in Mecklenburg-Vorpommern bereits im Frühjahr 2010 die Einführung eines alternativen Gemeindemodells gefordert und damit eine ideologisch geprägte Diskussion aufgebrochen. Das Modell der Verbandsgemeinde ist aus Sicht der FDP am besten geeignet, um das Ziel einer konsequenten Aufgabenübertragung zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung auf die gemeindliche Ebene überhaupt zu ermöglichen. Die Entscheidung der Enquete-Kommission, das neue Modell der Verbandsgemeinde in die neue Kommunalverfassung aufzunehmen, wird daher ausdrücklich begrüßt.

Zu überdenken ist auch die Einstellungspolitik in den Jobcentern. Viele der Mitarbeiter haben nur befristete Verträge für 6 Monate oder ein Jahr und kommen meist aus fernen Berufen, die mit Verwaltung und Recht nichts zu tun haben. Mit der Bearbeitung der Fälle sind diese Mitarbeiter regelmäßig überfordert und nicht in der Lage, formell und materiell rechtmäßig zu bescheiden. Aufgrund notwendiger Neueinstellungen - unabhängig, ob als Quereinsteiger oder nicht - wird sich die FDP dafür einsetzen, dass die Qualifizierung der Mitarbeiter in den Jobcentern verbessert wird, um zumindest die Klageflut in diesem Bereich einzudämmen.

REFORM DER FINANZAUSTATTUNG DER KOMMUNEN

Für die kommunale Selbstverwaltung ist die finanzielle Leistungsfähigkeit das Fundament. Die FDP fordert für die Kommunen eine stabile und berechenbare finanzielle Grundausstattung. Dabei muss die Finanzierung der Oberzentren - als auf die Fläche ausstrahlende Wachstumskerne - eine stärkere Berücksichtigung finden. Zu allererst muss aber eine Aufgabenkritik unter dem Motto vorgenommen werden: Was muss und kann eine Kommune leisten? Erst dann wird die reale Leistungsfähigkeit einer Kommune sichtbar.

Das Ziel aller Bemühungen muss sein, die finanzielle Handlungsfähigkeit aller Ebenen im Wege der Konsolidierung wiederherzustellen. Weiterhin haben die Bürger und die Unternehmen einen Anspruch auf eine moderne, effiziente und kundenorientierte Kommunalverwaltung. Kreise, Städte und Gemeinden tragen Verantwortung dafür, dass Verwaltungsaufgaben und öffentliche Dienstleistungen kostengünstig und bürgerfreundlich wahrgenommen und erbracht werden. Die Aufgaben müssen auf der Ebene erledigt werden, auf der das staatliche Handeln die größte Effizienz und Akzeptanz für die Bürger entfalten kann. Unter Beachtung dieses Grundsatzes müssen Kompetenzen und Aufgaben „nach unten“ auf die Ebene der Kommunen verlagert werden.

Die Verteilung der finanziellen Mittel an die kommunale Familie im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs muss durch eine Anpassung an veränderte Sachverhalte weiterentwickelt werden. Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, langfristige Finanzplanungen aufzustellen. Dazu gehört auch, dass Grenzen für die Höhe und Grenzen für den Zeitpunkt der Feststellung der Kreisumlagen festgelegt werden. Für die FDP ist es zwingend geboten, die Finanzierung der Kommunen vom derzeitigen Gleichmäßigkeitsgrundsatz hin zum alternativen Zwei-Quellenmodell weiterzuentwickeln. Das Konnexitätsprinzip („wer bestellt, bezahlt!“) muss auch im Verhältnis zwischen Land und Kommunen weiterentwickelt werden.

Seit Jahren erreichen die Kassenkredite zur Liquiditätssteigerung immer neue negative Höchststände. In Mecklenburg-Vorpommern zeichnet sich eine wachsende Kluft zwischen armen und reichen Kommunen ab. Erste Städte und Gemeinden sind bereits überschuldet. Die FDP will diesen negativen Entwicklungstrend durch schlüssige Konzepte zum Schuldenabbau in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen beenden (Schuldenzweckverband). Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn ein Umdenken im Einnahme- und Ausgabeverhalten in den Gremien vor Ort eingeläutet wird. Unser Ziel ist es, Systeme und Beratungen zu entwickeln, wie unsere Kommunen zukunftsfähig aufgestellt werden können, ohne dass Kommunen, die gut gewirtschaftet und sparsam gelebt haben, belastet werden. Ein "Anreizsystem" soll dafür die nötigen Kräfte freisetzen und die Kommunalaufsicht soll gleichzeitig gestärkt werden.

Wir wollen den Mentalitätswechsel: Weg von der Verschuldungspolitik, hin zu im Diskurs mit den Einwohnern erarbeiteten ausgeglichenen Haushalten. Die FDP will die Schaffung eines Bürgerhaushaltes.

Der Weg aus den Schulden ist zu schaffen und muss gegangen werden. Er ist ohne Alternative. Am Ende muss die „Schwarze Null“ stehen. Was für das Haushaltsbudget eines jeden Bürgers gilt, muss auch für die Kommunen gelten. Diese Konsolidierung ist wichtig, denn funktionsfähige Städte und Gemeinden bedeuten Lebensqualität und Wohlstand für deren Einwohner. Funktionstüchtige Städte und Gemeinden sind in der Lage, eine gut ausgebaute kommunale Infrastruktur anzubieten. Das sind entscheidende Anreize, neue Gemeindebürger und neue Betriebe zu gewinnen. Eine finanziell gesunde Gemeinde ist daher auch ein wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor in der Frage der Unternehmensansiedlung, Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsplatzschaffung.

Zur Schaffung einer soliden und planungssicheren Finanzgrundlage für unsere Kommunen fordert die FDP eine Gemeindefinanzreform, bei der die konjunkturanfällige Gewerbesteuer langfristig durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer oder Einkommensteuer ersetzt werden soll. Das liberale Gemeindefinanzmodell schafft eine planbare Stabilität der Einnahmen und führt zudem zu einer größeren Sensibilität im Umgang mit den gemeindlichen Finanzen.

Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches wird ein Ausgleich für die unterschiedlichen sozialen Lasten angestrebt. Ebenso sollen Sonderbedarfszuweisungen zusätzlich zu den einwohnerbezogenen Schlüsselzuweisungen möglich sein. Hierbei ist zwingend eine Transparenz der Vergabe der Sonderbedarfszuweisungen herzustellen, um dem Eindruck spätfudaler Herrschaft entgegen zu wirken.

WIRTSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG DER KOMMUNEN

Alle staatlichen Aufgaben müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Soweit sich ungenutzte Effizienzpotenziale ergeben, müssen diese durch mehr Privatisierung ausgeschöpft werden. Der staatliche Bereich muss auf seine Kernaufgaben reduziert werden. Diese Aufgaben muss der Staat so bürgernah wie möglich erledigen.

Kommunen greifen über zahlreiche Beteiligungen oder eigene Unternehmen unmittelbar in den Wettbewerb ein. Häufig wird der Wettbewerb dadurch verzerrt. Eine wirksame Kontrolle dieser Unternehmen und ihrer Finanzrisiken ist für ehrenamtliche Gemeinde- und Stadträte kaum möglich. Wir wollen die Gemeindeordnung ändern, damit kommunale Unternehmen nur noch dann gehalten werden dürfen, wenn ein dringendes öffentliches Bedürfnis für sie besteht oder die Kommune nachweislich die Aufgabe besser erfüllen kann als ein privates Unternehmen.

MODERNE UND BÜRGERNAHE VERWALTUNG

Die FDP steht für den modernen und bürgernahen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. „Privat vor Staat“ muss auch in Mecklenburg-Vorpommern Grundsatz allen politischen Handelns sein. Statt alle Lebensbereiche individuell zu regeln, wollen wir den Menschen ihren Freiheitsraum lassen. Schritt für Schritt wollen wir deshalb das Ziel einer bürgernahen und zukunftsfähigen Verwaltung auf dem Stand der Zeit verwirklichen und die Bürokratie auf ein notwendiges Mindestmaß reduzieren.

Wir Liberale wollen leistungsfähige, effiziente und wohnortnahe Dienstleistungseinheiten für die Bürger. Wann immer es möglich und sinnvoll ist, sollen Aufgaben vor Ort, in den Gemeinden und Kreisen, wahrgenommen werden. Die Menschen sollen die Möglichkeit bekommen, möglichst alle Verwaltungsvorgänge konzentriert an einem Anlaufpunkt zu erledigen. Hierfür wollen wir verstärkt das erfolgreiche Modell der Bürgerbüros nutzen. Dafür ist eine vorbehaltlose und umfassende Aufgabenkritik auf Landes- und kommunaler Ebene erforderlich. Das bedeutet aber auch, dass wir permanent überprüfen, ob Aufgaben nicht ebenso gut oder besser durch private Anbieter erledigt werden können.

Wir Liberale setzen auf den immer weiter fortschreitenden Ausbau des rund um die Uhr verfügbaren E-Gouvernements. Vor allem in diesem Bereich sehen wir zukünftig große Dienstleistungspotentiale, die mittelfristig zu Einsparungen führen werden. So müssen beispielsweise Verwaltungsdienstleistungen wie Kfz-Zulassungen oder die Beantragung eines Personalausweises von zu Hause am Bildschirm erledigt werden können. Um den Bürgern den Zugang zu den Online-Verwaltungsangeboten zu erleichtern und auf allen Ebenen eine bessere Orientierung zu ermöglichen, benötigen wir einheitliche Zugangsportale der Verwaltungen. Diese müssen zukünftig verstärkt den Wünschen der Verwaltungskunden - nicht denen der Verwaltung - angepasst werden. Für diejenigen Bürger, die sich moderner Technologien nicht bedienen möchten oder können, wollen wir weiterhin den persönlichen Kontakt mit der Verwaltung gewährleisten.

Eine effiziente und qualitativ hochwertige Verwaltung benötigt qualifizierte und motivierte Mitarbeiter. Der Wettbewerb um Fachkräfte wird sich aufgrund des demographischen Wandels zukünftig schwieriger gestalten. Gerade Führungspersonal findet in der Privatwirtschaft oftmals bessere Konditionen und Zukunftschancen. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen für den öffentlichen Dienst als attraktiver Arbeitgeber weiterentwickeln. Um Durchlässigkeit zwischen öffentlichem Dienst und anderen Arbeitgebern zu voranzutreiben, muss auch die Entlohnung entsprechend fortentwickelt werden. Modernes Qualitätsmanagement sowie die Möglichkeit von leistungsorientierten Elementen in einem modernen Dienstrecht sollen die Leistungsbereitschaft und Leistungsqualität fördern. Weiterbildungsmöglichkeiten und Qualifikationsangebote der Beamten und Angestellten müssen verbessert werden. Wir setzen uns deshalb für verbindliche Fortbildungsstandards und eine ressortübergreifende Weiterbildungscoordination ein. Wir Liberale wollen zudem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, z. B. durch eine Ausweitung von familienfreundlichen Teilzeit- und Telearbeitsplätzen, stärken.

Die FDP setzt sich dafür ein, das Personalvertretungsgesetz den modernen Anforderungen entsprechend fortzuentwickeln und an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes anzupassen. Für uns Liberale steht aber das Beschäftigungsverhältnis an erster Stelle und nicht Berufspersonalräte.

BÜRGERNAHE POLITIK UND MEHR BÜRGERBETEILIGUNG

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Vor etwa 20 Jahren haben die Bürger für Demokratie und rechtsstaatliche Prinzipien in unserem Land gekämpft. Zu Recht können die Menschen stolz darauf sein. Wenn heute von Politikverdrossenheit die Rede ist, dürfen wir uns nicht damit abfinden. Die FDP setzt sich für mehr Transparenz in der politischen Arbeit ein. Dazu gehört die Öffentlichkeit der Arbeit in den Ausschüssen im Landtag sowie in den kommunalen Vertretungen. Dabei müssen die berechtigten Belange Dritter aber weiterhin berücksichtigt werden. Fachpolitiker sollen nicht hinter verschlossenen Türen sondern öffentlich beraten. So würden Entscheidungsfindungsprozesse auch verständlicher. Bisher tagen die Landtagsausschüsse nichtöffentlich. Nur in Ausnahmefällen ist die Öffentlichkeit dort zugelassen. Dieses Prinzip wollen wir umkehren. Nur ausnahmsweise - bei schutzwürdigen Interessen Dritter - sollen die Ausschüsse nichtöffentlich tagen.

Wer sich heute politisch engagiert, bringt viel ehrenamtliches Engagement ein. Auf Landesebene ist dieses aufgrund der Vielzahl und Bedeutung der Aufgaben nicht darstellbar. Daher haben Abgeordnete verfassungsrechtlich legitimiert Anspruch auf eine angemessene und ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung. Die FDP setzt sich für mehr Transparenz und mehr Akzeptanz bei der Abgeordnetenentschädigung ein. Dazu gehört auch, dass Abgeordnete zukünftig selbst für ihre Altersversorgung entsprechende Beiträge aufbringen. Die Grundlagen dazu sollen in einer unabhängigen Kommission erarbeitet werden.

Um den Landeshaushalt in den kommenden Jahren aufgrund weiterhin rückläufiger Finanzausstattung zu entlasten, halten wir es für erforderlich, die im Abgeordnetengesetz festgelegten Regelungen zum Übergangsgeld für Landtagsabgeordnete zu überarbeiten. Dieses sollte dem Stand anderer Bundesländer angepasst werden; hier sehen wir einen maximalen Zeitraum von 18 Monaten - und nicht wie jetzt von bis zu 36 Monaten - für völlig ausreichend an.

Die FDP setzt sich für die Verbesserung der politischen Partizipationsmöglichkeiten der Bürger ein. Wir wollen Anregungen, aber auch Ängste und Bedenken der Menschen, zum Beispiel bei komplexen Genehmigungsverfahren, ernst nehmen und in den Genehmigungsprozess einfließen lassen. Dafür wollen wir verstärkt auf die Möglichkeiten des Internets, z. B. durch Informationsangebote und Diskussionsforen, zurückgreifen.

In den Regelungen der Gemeindeordnung zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheid wollen wir insbesondere im Hinblick auf die Beteiligung an den Haushaltsberatungen die Bürger einbeziehen (Bürgerhaushalt).

Die Wahrung der Rechte der Bürger Mecklenburg-Vorpommerns gegenüber der Landesregierung und den Trägern der öffentlichen Verwaltung durch einen unabhängigen Bürgerbeauftragten wollen wir Liberale weiterhin gewährleisten. Die Rechte der Kinder wollen wir zukünftig durch einen Kinderschutzbeauftragten gewährleisten. Wir werden prüfen, ob diese Aufgabe beim Bürgerbeauftragten angesiedelt werden kann.

SPORT HÄLT JUNG UND MACHT FIT FÜR DIE ZUKUNFT

Sport ist für die FDP mehr als nur persönlich körperliche Aktivität. Aufgrund der gemeinsamen Betätigung von Menschen ist Sport das beste gesellschaftliche Integrationsprogramm und stärkt automatisch die sozialen Kompetenzen der Aktiven im Umgang miteinander. Unser aller Ziel muss es sein, die Vielfalt an Sportangeboten trotz der demographischen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern beizubehalten und weiterzuentwickeln.

Wir wollen den Breiten- wie auch den Leistungssport fördern, um Kindern und Jugendlichen frühzeitig eine gesunde Freizeitbeschäftigung zu ermöglichen und ihre sportlichen Talente fördern. Gerade dem Ehrenamt kommt hierbei als Indikator einer liberalen Bürgergesellschaft eine herausra-

gende Rolle zu. Dieses unbezahlte, aber unbezahlbare Engagement darf durch bürokratische Gängelung keinesfalls behindert werden. Deshalb setzen wir uns für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen ein. Die FDP fordert eine Haftungsbeschränkung ehrenamtlicher Vereinsvorstände sowohl in rechtlicher als auch in finanzieller Hinsicht.

Sport wirkt präventiv gegen Krankheiten und ist ein gutes Mittel der Rehabilitation. Dadurch hat er einen gewichtigen Anteil am Funktionieren unseres Gesundheitssystems. Gerade im Hinblick auf den demographischen Wandel und eine immer älter werdende Gesellschaft bekommt der Sport eine besondere Bedeutung. Menschen werden durch Sport gesünder alt und sind dadurch in der Lage, länger eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu leben.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass bereits in der Vorschulerziehung, in Kindergärten und Kindertagesstätten gezielte Bewegungsförderung stattfindet. Bewegung und Lernen ergänzen einander und haben eine hohe Wechselwirkung. Es ist erwiesen, dass Bewegung die Leistungsfähigkeit und geistige Aufnahmebereitschaft steigert und wie ein Motor für kindliche Entwicklung und lebenslanges Lernen wirkt.

Die Erfahrungen des Teamsports fördert bei Kindern und Jugendlichen zudem die Übernahme von Eigenverantwortung. Übergewicht, Trägheit und Müdigkeit wird durch regelmäßige Bewegung entgegen gewirkt. Wir Liberale wollen deshalb, dass sich Sportvereine und Schulen, vor allem Ganztagschulen, hinsichtlich ihrer Angebote zum Wohle der Kinder optimal abstimmen und diesen bessere Möglichkeiten für Sport am Nachmittag geben. Auch hier werden wir die Rahmenbedingungen entsprechend anpassen.

Um den Fairplay-Gedanken im Sport zu wahren, setzt sich die FDP gegen den Einsatz von Dopingmitteln ein. Da systematische Zwänge, kriminelle Beschaffung und Betrug gegenüber Kontrahenten, Zuschauern und Sportwettern Teile des Dopings sind, lehnen wir Liberale die Legalisierung leistungssteigernder Substanzen für Mensch und Tier konsequent ab. Deshalb setzt sich die FDP für eine Fortschreibung des Sportgesetzes ein. Der im Sportgesetz zu verankernde Festbetrag der jährlichen Sportförderung sichert den Sportvereinen einen wichtigen finanziellen Grundstock und stärkt damit die eigenverantwortliche Arbeit der Sportvereine.

Im Rahmen der Kreisgebietsreform wird die FDP den Zusammenschluss und die Weiterentwicklung der Kreissportbunde unterstützen. Die Arbeit des Landessportbundes ist dauerhaft und verlässlich über den Landeshaushalt zu finanzieren.

HAUSHALT UND FINANZEN

LIBERALE HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK.....	44
HAUSHALTSSANIERUNG	44
HAUSHALTS DURCHFÜHRUNG	44
SUBVENTIONSABBAU	45
STÄRKUNG DER FINANZKRAFT DES LANDES	45
BETEILIGUNGSVERWALTUNG UND LANDESEIGENE UNTERNEHMEN.....	46

LIBERALE HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK

Libérale Haushaltspolitik konzentriert sich auf Altschuldenabbau, auf eine stringente Aufgabenkritik und damit verbundene Ausgabenreduzierung sowie auf innovative Haushaltsführung mit zeitgemäßen Steuerungselementen. Mecklenburg-Vorpommern ist mit ca. 10 Mrd. Euro stark verschuldet - trotz eines zaghaften Konsolidierungskurses, der nicht recht greifen will. Durch den demographischen Wandel und den Bevölkerungsrückgang steigt die Pro-Kopf-Verschuldung stetig an. Immer weniger Einwohner müssen eine gleich bleibende Schuldensumme tragen. Deshalb fühlen wir Liberale uns der Haushaltssanierung und dem Schuldenabbau verpflichtet. Wir wollen keine kurzfristig wirkenden Wahlgeschenke zulasten nachfolgender Generationen. Wir setzen auf nachhaltige Investitionen, Selbsttragungseffekte und eine nachvollziehbare Finanz- und Haushaltspolitik des Landes. Die Transparenz der Haushaltsführung und Ehrlichkeit zur finanziellen Situation des Landes den Bürgern gegenüber ist Kernaufgabe liberaler Haushaltspolitik.

HAUSHALTSSANIERUNG

In der Haushaltsführung des Landes Mecklenburg-Vorpommern muss der Grundsatz gelten: Die Ausgaben sind den Einnahmen anzupassen, keinesfalls umgekehrt!

Es muss eine Definition der hoheitlichen Verantwortung unseres Bundeslandes in klarer Abgrenzung zu Aufgaben des Bundes und der Kommunen vorgenommen werden. Die Konzentration auf Kernaufgaben der Landesverwaltung ist ein erster wichtiger Schritt. Zu den Kernaufgaben gehören insbesondere:

- ▶ Bildung und Wissenschaft
- ▶ Innere Sicherheit und Sicherung des Rechtsstaates
- ▶ Wirtschaft, Technologie und Infrastruktur
- ▶ Folgen der demographischen Entwicklung

Der Abbau von Altschulden ist aus unserer Sicht vorrangig vor Einnahmensenkung oder Ausgabenreduzierung durchzuführen. Zinsbindungen sind zu optimieren und Zinslasten durch ein professionelles Zinsmanagement und Finanzinnovationen abzusenken.

Nicht zu vergessen ist, dass Mecklenburg-Vorpommern sich auf die Rückführung der Solidarpaktmittel und die Neuausrichtung der EU-Strukturfonds vorbereiten muss.

HAUSHALTS DURCHFÜHRUNG

Im Sinne der Generationengerechtigkeit, setzen wir Liberale uns für die Aufnahme einer Schuldenbremse in die Landesverfassung ein.

Für uns geht eine stringente Haushaltsdisziplin vor Haushaltsnachträgen.

Zur Haushaltsaufstellung ist eine Verpflichtung zu Tragfähigkeitsanalysen vorzunehmen, in der folgende Punkte auftauchen müssen:

- ▶ Darstellung der finanziellen Folgewirkungen bei allen Landesgesetzen und Landesverordnungen,

- ▶ Darstellung der Zahlungsverpflichtungen für gegenwärtige und künftige Generationen,
- ▶ Aufzeigen der durch die Generationenbilanz jahrgangsbezogene Darstellung der Differenz zwischen Ausgaben und der zur Deckung verfügbaren Mittel und Vermögenswerte.

Wir fordern die Umsetzung der Doppik (doppelte Buchführung in Konten) in der Finanzrechnung des Landes. Dies führt zu:

- ▶ einer Erhöhung der Transparenz im Landeshaushalt und in den Nebenhaushalten,
- ▶ einer besseren Darstellung des Ressourcenverbrauchs, des Vermögens, der Schulden und der unverbrieften Schulden und Bürgschaften,
- ▶ der Möglichkeit eines Konzernabschlusses unter Einbezug der Landesbeteiligungen und wirtschaftlichen Unternehmungen,
- ▶ einer Erleichterung der Beteiligungsverwaltung,
- ▶ einer Ersetzung komplizierter Nebenrechnungen und Herleitungsrechnungen durch Auszug betriebs- und volkswirtschaftlicher Kennzahlen aus der doppelischen Finanzrechnung
- ▶ Ermöglichung verbesserter Steuerungsinstrumente, z. B. leistungsfähige Kosten- und Leistungsrechnung, wirkungsorientiertes Controlling und
- ▶ zu einer Gleichbehandlung mit den Kommunen im Lande, die Argumentation zur Einführung der Doppik in den Kommunen in MECKLENBURG-VORPOMMERN bis 2012 gilt gleichermaßen für die Landesebene.

SUBVENTIONSABBAU

Die Bindung von Haushaltsmitteln zugunsten Weniger sollte stärker eingeschränkt werden, da diese knappen Mittel für die verbleibenden Kernaufgaben der öffentlichen Hand dringend benötigt werden. Fehlanreize und Mitnahmeeffekte müssen daher vermieden werden. Wir wollen deshalb Wirksamkeits- und Wirtschaftlichkeitsanalysen eigener Förderprogramme, aber auch aller Bundes-/ EU-Programme, die vom Land kofinanziert werden, vornehmen.

Laufende Programme, deren Wirksamkeit oder Wirtschaftlichkeit nicht nachgewiesen wird, müssen auslaufen und beendet werden. Wir wollen ausschließlich eine Förderung, die zu nachhaltiger Entlastung der Allgemeinheit führt. Damit ist eine ständige Überprüfung und Überwachung des Förderungsziels verbunden. Weiterhin wollen wir eine kompetente Förderung aus einer Hand, indem ein Kompetenzzentrum geschaffen wird.

Bei Fehlförderungen müssen konsequent und umgehend Rückforderungen ausgesprochen und Haftungsansprüche durchgesetzt werden.

Weiterhin wollen wir Liberale einen aussagekräftigen Subventionsbericht veröffentlichen, in dem wir die Empfänger, die Zielsetzung und das Ergebnis der Förderung transparent machen.

STÄRKUNG DER FINANZKRAFT DES LANDES

Mecklenburg-Vorpommern muss seine Zuständigkeiten im Bereich der Landessteuern stärken. Das Land sollte mit einer eigenen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt ausgestattet werden. Damit können die Möglichkeiten des fairen Steuerwettbewerbs der Bundesländer untereinander bei Beibehaltung eines fairen solidarischen Finanzausgleiches genutzt werden.

Im Bereich der Steuern, die im Bereich der Wirtschaft erhoben werden, muss der Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung gelten. Eine Steuergerechtigkeit muss unabhängig von Einkunftsarten und Branchen gelten, denn ein Besteuerungsverfahren ist kein Subventionierungsinstrument.

Im Bereich der Verwaltungsebene soll das Dienstleistungskonzept der Finanzverwaltung des Landes weiter umgesetzt und fortgeschrieben werden. Darunter fällt auch die Entwicklung eines modernen, flexiblen und leistungsorientierten Dienstrechtes aufgrund der durch die Föderalismusreform I auf die Länder übergegangenen Gesetzgebungskompetenz im Besoldungs-, Laufbahn- und Versorgungsrecht.

BETEILIGUNGSVERWALTUNG UND LANDESEIGENE UNTERNEHMEN

Wir Liberale werden uns konsequent für einen Rückbau staatlicher wirtschaftlicher Betätigung einsetzen, wenn diese wettbewerbsverzerrende Wirkungen gegenüber privaten Unternehmen entfalten. Oberstes Ziel ist die Vermeidung der Bildung von Staatsmonopolen. Die Umwandlung von öffentlich-rechtlichen Unternehmensformen in vergleichbare privatrechtliche Rechtsformen nach dem Prinzip der Transparenz und Vergleichbarkeit ist prioritär vorzunehmen. Die Besetzung von Aufsichtsgremien staatlicher Unternehmen und Beteiligungen muss unter Beachtung der Qualifikation (Leute vom Fach an Stelle von Politikern und Ministerialbeamten) sowie des Überlastungsverbotes vorgenommen werden. Die Ausschöpfung von Beteiligungsmodellen und Partnerschaftsmodellen mit der Privatwirtschaft, Förderung von Public-Private-Partnerships (PPP) und Öffnung für Privatbeteiligungen an staatlichen Gesellschaften ist voranzutreiben.

STEUERSYSTEME VEREINFACHEN UND GERECHT GESTALTEN

Steuerreformen brauchen finanzpolitischen Handlungsspielraum. Daher hält die FDP vorbehaltlich der dazu notwendigen Entspannung der Haushaltssituation an einer Reformierung des Einkommensteuerrechts fest. Dabei sollen die Tarife vereinfacht und gesenkt werden bei gleichzeitiger Rückführung steuerlicher Ausnahmetatbestände, Familien durch Familienfreibeträge stärker entlastet und die Steuerbürokratie durch vereinfachte Formulare und vermehrt pauschalierende und abgeltende Instrumente abgebaut werden.

Die Gemeindefinanzen sind durch einen Wechsel zu stabilen konjunkturunabhängigen Steuern und Abgaben zu sanieren, um den Gemeinden wieder eine zuverlässige Finanzplanung zu ermöglichen. Gleichzeitig ist die Belastung einiger Weniger mit Gemeindesteuern durch eine Verbreiterung der Besteuerungspotenziale bei niedrigeren Tarifen zu ersetzen.

Im Bereich der Umsatzsteuer setzt sich die FDP mittelfristig für eine Reform des Umsatzsteuersystems hinsichtlich der Ermäßigungs- und Befreiungstatbestände ein. Dabei ist lediglich der existenzielle Bedarf freizustellen oder zu ermäßigen, für alle anderen Leistungen ist der Steuersatz zu vereinheitlichen. Die FDP sieht den Systemwechsel von der Soll- zur Ist-Besteuerung als geeignetes Mittel zur Beseitigung der Betrugsanfälligkeit der Umsatzsteuer an. Damit hätten Unternehmer zudem nicht die Umsatzsteuer für den Staat zu verauslagen, bis die Zahlung des Kunden eingeht, sondern erst bei Zahlung wäre der Umsatz zu besteuern.

EUROPA

Mecklenburg-Vorpommern liegt geographisch im Herzen Europas. Die FDP setzt sich dafür ein, dass unser Land in Brüssel auch politisch mehr in den Mittelpunkt rückt. Bereits heute werden mehr als ein Drittel aller deutschen Gesetze maßgeblich von der Europäischen Union bestimmt. Wir wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern seine Stimme und seine Interessen in der Europäischen Union stärker zur Geltung bringt. Wir wollen deshalb das Informationsbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Brüssel zu einer Ständigen Vertretung aufwerten.

Mecklenburg-Vorpommern muss aufgrund seiner zentralen Lage im Ostseeraum im transeuropäischen Verkehrsnetz berücksichtigt werden. Die FDP arbeitet daran, dass die Verkehrsströme der Zukunft nicht links und rechts an unserem Land vorbei fließen, sondern auch unsere Unternehmen, Arbeitnehmer und Kommunen davon profitieren können.

Um die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns zu sichern, werden wir bundes- und europarechtliche Vorgaben nicht einseitig verschärfen, sondern 1:1 umsetzen. Das Subsidiaritätsprinzip muss Grundsatz allen europäischen Handelns bleiben. „Nicht jedes Problem in Europa ist auch ein Problem für Europa!“

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist für das von uns angestrebte lebendige, dezentrale und bürgernahe Europa von elementarer Bedeutung. Ein solcher Austausch auf regionaler und kommunaler Ebene, z. B. zwischen Polen und Mecklenburg-Vorpommern, hat jedoch bisher noch nicht den erwünschten Erfolg gebracht. Aber gerade eine intensive, unbürokratische und auf allen Ebenen stattfindende Zusammenarbeit wirkt Kosten sparend und schafft neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Impulse.

Wir Liberale wollen, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit deshalb in allen sich bietenden Bereichen mit unseren Nachbarn beschleunigt wird. Momentan sind solche grenzüberschreitenden kommunalen Vorhaben aufgrund einer zu komplizierten und zeitraubenden Bürokratie über die Schreibtische zweier Hauptstädte meist zum Scheitern verurteilt. Deshalb ist es dringend notwendig, ein Rahmenabkommen zwischen den souveränen Staaten (wie z. B. das Karlsruher Übereinkommen von 1996) zu verabschieden, damit die Kommunen auf der Basis völkerrechtlicher Vereinbarungen einen größeren Handlungsspielraum vor Ort erhalten. Dadurch sollen die Kommunen ohne die Umwege über Berlin und Warschau direkt mit ihren Partnern jenseits der Grenze zum Wohle ihrer Bürger handeln können.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, vor allem in den Euregios, steht für das lebendige, bürgernahe und dezentrale Europa der Regionen, das die FDP anstrebt. Die FDP setzt sich für die Möglichkeit zur Errichtung grenzüberschreitender Zweckverbände, z. B. für die Müll- und Abwasserentsorgung ein. Zu denken ist auch an Schulen und Kindergärten in kommunaler Trägerschaft sowie an gemeinsame Tourismus- und Naturschutzprojekte. Gerade mit Blick auf das Elbe- und Oderhochwasser wäre ein grenzüberschreitender Katastrophenschutz sinnvoll.

Um den Bürgern die Vorzüge des europäischen Zusammenwachsens noch begreifbarer und erlebbarer zu machen, möchten wir Liberale europäische Austauschprogramme weiter fördern. Insbesondere Jugendaustauschprogramme können jungen Menschen Ängste und Sorgen nehmen sowie Sprach- und Sozialkompetenzen ausbauen.

Im Studium ist eine internationale Ausrichtung heute normal, bei der Berufsausbildung oft noch nicht. Die FDP plädiert für eine freiwillige Ergänzung der Berufsausbildung durch eine fachbezogene Auslandsausbildung von mindestens einem Jahr in möglichst allen Berufsbildern als Aus-

tauschprogramm mit anderen Ländern des Ostseeraumes. Das Erlernen der Sprache unserer Nachbarn, das Erfahren der kulturellen Besonderheiten und der Austausch von Personen, Ideen, Können und Wissen eröffnet Chancen sowohl für bessere Berufsperspektiven für den Einzelnen als auch für die Gewinnung von Fachkräften aus dem ganzen Ostseeraum. Eine solche Zusatzausbildung fördert Offenheit und Toleranz und eröffnet eine bessere Verflechtung mit den Märkten unserer Nachbarn. Der Ostseeraum ist für die FDP der Wirtschaftsraum der Zukunft. Ihn weiterzuentwickeln stärkt die Wirtschaftskraft unseres Landes.

UMWELT

Wir wollen den nachfolgenden Generationen die seit Jahrhunderten gewachsene Kulturlandschaft in einer lebenswerten Natur hinterlassen. Umweltschutz, Ressourcenschonung und Energiesparmaßnahmen sind lebensnotwendige Aufgaben, die ihren Wert bereits in sich selber haben. Die FDP setzt sich deshalb für die Verbesserung der Umweltqualität, insbesondere der schonenden Nutzung von nicht erneuerbaren Rohstoffen, dem Einsatz erneuerbarer Energien und die Wiederverwendung von Rohstoffen ein. Moderne Umweltpolitik bietet zudem die Chance, die Wirtschaft für den europäischen Wettbewerb zu stärken.

Wirtschaft und Umwelt sind keine Gegensätze. Wir setzen auf eine rational begründete Umweltpolitik. Wirtschaft wie Staat sind gleichermaßen gefordert, frühzeitig, sachgerecht und allgemein verständlich zu informieren, denn nur der informierte Bürger ist ein mündiger Bürger. Wir wollen keine Politik mit der Angst der Menschen.

Wir setzen auf eine moderne Wirtschaft, deren Produkte, insbesondere wegen ihrer ökologischen Modernität, gefragt sind. Neue Techniken können helfen, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz miteinander zu vereinen. Technologischer Fortschritt ist nicht das Problem, sondern Teil der Problemlösung. Forschung ist der Schlüssel zur Zukunft. Das gilt auch oder gerade für Umwelttechniken. Große Potenziale sehen wir vor allem in der grauen Biotechnologie zur Aufbereitung von Trinkwasser, Reinigung von Abwasser, Sanierung kontaminierter Böden, zum Müllrecycling oder zur Abluft- bzw. Abgasreinigung.

Nahezu 80% der Umweltgesetze werden in Brüssel und Berlin gemacht. Deshalb wollen wir schon frühzeitig unseren Einfluss auf die Gesetzgebung der EU und des Bundes geltend machen, um uns für eine Vereinfachung und Entbürokratisierung der Rechtsetzung einzusetzen. Wir wollen keinen M-V-Sonderweg, wie das Backhaus'sche Aalfangverbot an der Elbe, sondern Vorgaben der EU und des Bundes 1:1 umsetzen. Damit schützen wir die Umwelt und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.

Wir Liberale wollen sachgerechte und pragmatische Lösungen im Dialog mit den Betroffenen erarbeiten, damit klare Verträge abgeschlossen werden können, wie was auf welchem Weg und mit welchem Aufwand zum Schutz der Umwelt bewirkt werden kann. Solches Zusammenwirken im Dialog ist wirksamer als bevormundende Verbote von oben.

Die FDP steht für mehr Wettbewerb in der Abfallwirtschaft, um die Gebühren der Bürger gering zu halten. Ein kommunales Monopol auf die Abfallentsorgung lehnen wir ab.

Im Bereich Naturschutz stehen wir für den Erhalt der Artenvielfalt in unserem Land. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die geplante Richtlinie der EU zum Erhalt der Biodiversität dem Pragmatismus unserer Umweltpolitik entspricht und nicht zum Wettbewerbsnachteil für Mecklenburg-

Vorpommern wird. Deshalb sollen das bereits Erreichte und die Bezahlbarkeit im Vergleich mit anderen EU-Staaten Berücksichtigung finden. Die FDP setzt sich dafür ein, das ehrenamtliche Engagement der Bürger beim Schutz unserer Heimat und der Entwicklung der Natur zu fördern.

Statt der Ausweisung neuer Naturschutzflächen wollen wir vermehrt eine ökologische Aufwertung bestehender Gebiete. Die Einrichtung weiterer Nationalparks wollen wir dann ermöglichen, wenn die betroffene Region dies ausdrücklich wünscht. Auch eine Herausnahme von Flächen aus dem Naturschutz wollen wir bei negativem Flächenbeitrag oder bei vertraglicher Vereinbarung mit dem Landwirt ermöglichen.

VERBRAUCHERSCHUTZ

Für die FDP ist Verbraucherpolitik Wirtschaftspolitik für Konsumenten. Liberale Verbraucherpolitik setzt auf eine Stärkung der Verbraucher im Markt und nicht auf Schutz vor dem Markt. Moderne Verbraucher wollen nicht vom Staat bevormundet werden, sondern wollen bessere Informationen, mehr Wissen über die Märkte und wirksame Verbraucherrechte. Unser Leitbild ist der mündige, informierte und interessierte Verbraucher. Die FDP will deshalb eine umfassende Verbraucherbildung und -aufklärung sowie freien Zugang zu allen für die Verbraucher wichtigen Informationen. Eine liberale Bürgergesellschaft lebt wesentlich vom freien und allgemeinen Zugang zu Informationen, denn nur so sind fundierte Entscheidungen der Bürger ohne staatlichen Filter möglich.

Wir wollen eine sachliche und informative Nährwertkennzeichnung der Lebensmittel. Liberale sind aber gegen eine politische Steuerung des Konsums und gegen eine Verbots- und Bevormundungspolitik der Verbraucher. Werbeverbote für vermeintlich ungesunde Lebensmittel und ein Ampelsystem zur Lebensmittelkennzeichnung lehnen wir daher ab. Demgegenüber stehen wir einer Qualitätskennzeichnung aufgeschlossen gegenüber. Wir wollen die Lebensmittelkontrolle weiter verbessern.

Die Verbraucher haben Anspruch auf eine vollständige Information über Inhaltsstoffe der von ihnen gekauften Lebensmittel. Die Kennzeichnungspflicht und die Vorschriften über die Rückverfolgbarkeit dienen der Verbraucherinformation und tragen dazu bei, die Wahlfreiheit zu verwirklichen. Wir Liberale setzen uns deshalb für eine klare Kennzeichnung von Produkten ein, die mithilfe gentechnisch veränderter Organismen hergestellt werden.

Die FDP wird den Ausbau des Verbraucherschutzes in Mecklenburg-Vorpommern vorantreiben, worunter insbesondere eine ausreichende, qualifizierte, personelle und materielle Ausstattung der staatlichen Untersuchungs- und Vollzugseinrichtungen zu verstehen ist. Die Schlagkraft der Lebensmittelkontrollen in Mecklenburg-Vorpommern sollte auch dadurch verbessert werden, dass vermehrt Analysetätigkeiten an private Labore vergeben werden können.

Die Finanzkrise hat gezeigt: Der Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen muss dringend verbessert werden. Der Verbraucher muss Chancen und Risiken allgemein verständlich erkennen können. Klarheit ist Wahrheit. Wir brauchen in der Beratung klare Produktinformation und Transparenz über Risiken für bei der Geldanlage und im Geldverkehr. Banken und Finanzvermittler müssen für die Beratung ihrer Kunden zur Risikoeinstufung und für ihre Produkte einstehen. Schadenersatzansprüche bei Fehlberatungen müssen schneller und effektiver geltend gemacht werden können.

Die FDP setzt sich für die Schaffung eines privat öffentlichen „Netzwerkes für Finanzkompetenz“ wie in Nordrhein-Westfalen ein, um bereits an den Kindertagesstätten, Schulen oder Familienzentren das wichtige Feld der persönlichen Finanzen näher an die Jugendlichen zu bringen.

KULTUR UND MEDIEN

LIBERALE KULTURPOLITIK.....	50
MEDIEN	51

LIBERALE KULTURPOLITIK

Der Stellenwert der Kultur ist in Mecklenburg-Vorpommern von besonderer Bedeutung. Kultur ist nicht nur Teil des Fundamentes einer zukunftsorientierten gesellschaftlichen Entwicklung. In unserem Land, das sein Profil als Tourismus- und Bildungsland stärken will, spielt das kulturelle Angebot eine zentrale Rolle. Die Kulturpflege findet neben dem öffentlichen Engagement in vielen Vereinen und privaten Initiativen im gesamten Land statt. Zukünftig wird es noch mehr auf privates Engagement in diesem Bereich ankommen, um die kulturelle Vielfalt im Land zu fördern. Eine besondere Aufmerksamkeit wird die FDP hierbei auch der Unterstützung und Weiterentwicklung der Kunst- und Musikschulen zukommen lassen. Kunst- und Musikschulen sind für uns fester Bestandteil der Kulturförderung im Land.

Für die FDP bedeutet nachhaltige Kulturpolitik die Stärkung der Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben, die Förderung aller kreativen Kräfte sowie die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements. Wir verstehen dabei Kreativität als Produkt von Bildung und Kultur. Die Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft nimmt stetig zu. Diese Branche ist mehr als nur ein Imagefaktor. Sie wird als ein eigenständiges kulturelles Wirtschaftsfeld begriffen, welches dauerhaft als Wachstumsbranche zu verstehen ist. In diesem Sinne setzen wir Liberale auf eine breite, vielfältige, hochwertige und langfristig angelegte Kulturpolitik. Kulturinvestitionen sind für uns nachhaltige Investitionen mit dem Ziel, das lebenslange Lernen zu unterstützen und dabei generationsübergreifend zu verbinden. Insbesondere gilt es dabei die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen zu stärken und damit die soziale Kompetenz und Kreativität bereits im Vorschulalter zu fördern, z. B. durch Schultheater.

"Kultur für alle" bedeutet nicht "alle in die Oper". Die enorme Steigerung der Wahlmöglichkeiten im Kulturangebot erfordert ein Umdenken im Kulturverständnis und bietet Chancen für neue Ideen und Entwicklungen. Dabei müssen auf der einen Seite die kulturellen Leuchttürme weiterhin weit über die Landesgrenzen hinaus strahlen können. Freie Kulturschaffende, Laienkultur und insbesondere ehrenamtliches Engagement, z. B. in Form von privaten Museen, bilden in Mecklenburg-Vorpommern bereits ein Fundament, welches es zu stärken gilt, denn kulturelles Leben lebt vor allem vom bürgerlich-privaten Engagement. Das Land kann unterstützend eingreifen, um die Grundversorgung für ein kulturell vielfältiges Leben auch in der Fläche zu ermöglichen.

Die FDP wird passgenaue Instrumente für eine Unterstützung der Kreativwirtschaft entwickeln, die den Einstieg und die Professionalisierung in das Berufsleben erleichtern. Dazu könnte es neben virtueller Hilfe im Internet Ansprechpartner auf kommunaler und Landesebene sowie ein größeres Angebot an kultur- und kreativwirtschaftlichen Studiengängen geben.

Wir wollen helfen, die Rahmenbedingungen für private Kulturförderung unter anderem durch Stiftungen, Mäzenatentum und Sponsoring weiter zu verbessern und bürokratische Hürden abbauen. Dazu gehören auch die Vereinfachung von Antragsverfahren und Verwendungsnachweisen für Fördermittel sowie eine Festbetragsfinanzierung bei öffentlichen Zuwendungen mit bedarfsorientierten Leistungs- und Zielvereinbarungen.

Vor dem Hintergrund der demographischen und gesellschaftlichen Veränderungen setzen wir weniger auf Wachstum als auf Optimierung, Konzentration und Synergien. Dass heißt, innerhalb langfristig gesicherter Budgets im Kulturhaushalt müssen intelligente Kooperationsformen und die kulturelle Basis, z. B. bei Vereinen und im Ehrenamt, unterstützt werden. Dieser Umbau ist als Chance zu verstehen, indem das Kulturangebot und die demographische Entwicklung besser aufeinander abgestimmt werden.

Die flächendeckende Präsenz historischer Gutsanlagen, Herrenhäuser und Parkanlagen prägt die Kulturlandschaft Mecklenburg-Vorpommerns in besonderem Maße und ist ein Alleinstellungsmerkmal für unser Bundesland. Dieses wertvolle Kulturgut zu erhalten, zu pflegen und für kommende Generationen erlebbar zu machen, ist ein besonderes Anliegen der FDP. Wer seine Geschichte nicht kennt, kann seine Zukunft nicht gestalten. Viele Anlagen, Häuser und Parks sind von kulturhistorisch herausragender Bedeutung und stehen deshalb unter Denkmalschutz. Trotzdem befinden sie sich häufig in einem bedauernswerten Zustand. Allein durch Privatisierung kann der Verfall der Anlagen nicht aufgehalten werden. Hier bedarf es besonderer Festlegungen und Förderungen durch das Land, um die Zerstörung kostbaren, einmaligen Kulturguts zu verhindern. Deshalb setzt sich die FDP bei kulturhistorisch wertvollen Objekten für Sofortmaßnahmen des Landes im Rahmen eines zu erarbeitenden Notsicherungskonzeptes ein.

Die FDP setzt sich für die Umnutzung (Konversion) von Orten ein, die ihre eigentliche Funktion verloren haben bzw. ungenutzt sind, wie z. B. Bahnhöfe, Guts- und Herrenhäuser. Dort könnten neue Wachstumskerne entstehen. Ein gelebter, aber nicht dogmatisch verfolgter Denkmalschutz ist für eine Kulturregion wie Mecklenburg-Vorpommern von besonderer Wichtigkeit. Geschichte muss geschützt und für die nächsten Generationen erlebbar gemacht werden, darf sich aber nicht vor modernen Notwendigkeiten verschließen.

MEDIEN

Zum Grundverständnis liberaler Politik gehört die Förderung von Medienvielfalt, denn eine Vielfalt an Informationsmedien garantiert Meinungspluralismus, den Zugriff auf Wissen, kulturelle Angebote, Arbeitsplätze sowie Wirtschafts- und Innovationskraft. Wir unterstützen deshalb in gleicher Weise den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, private Anbieter und Bürgermedien, wie offene Kanäle, nicht kommerzielle Anbieter und freie Radios.

Wir wollen den Menschen mehr Vielfalt im landesweiten, regionalen und lokalen Hörfunk sowie Fernsehen ermöglichen. Dazu bedarf es den weiteren Ausbau des digitalen Frequenznetzes. Der digitale terrestrische Hörfunk und neu entstehende Internetradios erweitern die mediale Vielfalt. Das duale Rundfunksystem trägt in entscheidendem Maße zu einer vielfältigen Medienlandschaft bei. Die FDP will einen regionalen, hochwertigen und auf seine Kernaufgaben konzentrierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Die FDP hält die Stärkung von Medienkompetenz für Kinder und Erwachsene für ein entscheidendes Arbeitsfeld in den kommenden Jahren. In Mecklenburg-Vorpommern tragen nicht zuletzt auch die Bürgermedien durch ihre vernetzte Arbeit und die freien Träger mit ihren eigenen Projekten und Initiativen zu mehr Medienkompetenz im Land bei. Dennoch gibt es großen Nachholbedarf insbesondere im Bereich der schulischen Bildung. Neben dem präventiven Jugendmedienschutz dient die

Förderung der Medienkompetenz dazu, vielen Menschen die Vorteile und Chancen der neuen Kommunikationswege, aber auch deren Risiken zu vermitteln. Entsprechend unserem liberalen Wertebild soll Medienkompetenz dazu beitragen, jeden zur eigenständigen selbst verantwortlichen Mediennutzung und -gestaltung zu befähigen.

„Freiheit im Internet“ ist für die FDP ein sehr wichtiges Anliegen. Eine Zensur von Kommunikationswegen und -inhalten lehnen wir ab. Das Internet ist jedoch kein rechtsfreier Raum. Kinderpornografie, Kriminalität, Extremismus, Gewaltverherrlichung und Urheberrechtsverletzungen im Internet müssen mit rechtsstaatlichen Mitteln konsequent an der Quelle bekämpft werden. Dabei ist eine Haftung des Anbieters der Kommunikationsplattformen zu prüfen. Ein praxistauglicher Jugendschutz im Internet muss dem besonderen Charakter eines globalen, freien und partizipativen Netzwerkes, das sich in seinen technischen und sozialen Strukturen rasant wandelt, gerecht werden.

SOZIALES

GRUNDSÄTZE EINER LIBERALEN SOZIALPOLITIK.....	52
KINDER- UND JUGENDPOLITIK.....	52
<i>ARBEIT MIT FAMILIEN-, KINDER- UND JUGENDHILFE</i>	52
<i>PRÄVENTION UND KINDERSCHUTZ</i>	53
<i>HILFE UND INTERVENTION</i>	53
ÄLTER WERDEN IN MECKLENBURG-VORPOMMERN	54
<i>GENERATIONSGERECHTER INTERESSENAUSGLEICH</i>	55
GLEICHSTELLUNG.....	55
BEHINDERTENPOLITIK	56
GLEICHGESCHLECHTLICHE LEBENSWEISEN UND TRANSGENDER	56

GRUNDSÄTZE EINER LIBERALEN SOZIALPOLITIK

Liberaler Sozialpolitik möchte die Rahmenbedingungen so gestalten, dass den Menschen ein selbstbestimmtes Leben und Spielräume für individuelle Lebensentwürfe ermöglicht werden. Die Freiheit des einzelnen Menschen steht im Fokus einer liberalen Gesellschaft. Die FDP will eine faire Gesellschaft, die private Bindungen wie die Familie und insbesondere Kinder schützt, die Solidarität mit Schwächeren fördert und Menschen mit Behinderungen in ihren Entfaltungsmöglichkeiten stärkt. Einen Wohlfahrtsstaat, der an alle ein paar Sozialleistungen zugunsten einflussreicher Interessengruppen verteilt, lehnen wir Liberale ab. Unsere Sozialpolitik konzentriert sich auf wirksame Hilfe für die wirklich Bedürftigen und orientiert sich dabei an den Grundsätzen „Hilfe zur Selbsthilfe“, „Fördern und Fordern“ und „ambulant vor stationär“. Menschen, die durch Schicksalsschläge oder Krankheit in Notlagen geraten, wollen wir – wo immer möglich – dabei helfen, schnellstmöglich wieder für sich selbst und auch für andere, insbesondere die eigene Familie, sorgen zu können. Eine dauerhafte Existenz von staatlichen Transferleistungen ist für uns Liberale kein Lebensmodell für arbeitsfähige Menschen.

KINDER- UND JUGENDPOLITIK

ARBEIT MIT FAMILIEN-, KINDER- UND JUGENDHILFE

Die Mitarbeiter in den Jugend- und Sozialämtern sollten für die Bürger erster Ansprechpartner bei sozialen Problemlagen sein und staatliche Leistungs- und Förderangebote vermitteln. Gerade hier wurde in den letzten Jahren überproportional gespart mit der Folge, dass gesetzlich mögliche Leistungen nicht oder nicht in vollem Umfang erbracht worden sind. Wir brauchen daher keine neuen Gesetze, sondern eine entsprechende Ausstattung der Jugend- und Sozialämter mit qualifiziertem Personal und finanziellen Mitteln. Dezentrale bürgernahe Strukturen und Beratungsangebote in den Landkreisen sind wichtige Instrumente.

Die Beteiligung und Förderung Jugendlicher in ihren Heimatkommunen muss immanenter Bestandteil der Landespolitik sein. Eine durch Planungs- und Trägerverbände realisierbare Infrastruktur für Jugendliche muss gerade im ländlichen Raum aufrechterhalten bzw. wieder hergestellt werden. Eine echte Jugendbeteiligung muss kontrollierbare Voraussetzung für die Förderfähigkeit Freier Träger der offenen Jugendarbeit im Land Mecklenburg-Vorpommern sein. Aufsuchende Jugendarbeit und innovative Konzepte müssen klare Aufgabenschwerpunkte und ebenfalls Voraussetzung der Förderung Freier Träger der offenen Jugendarbeit sein.

PRÄVENTION UND KINDERSCHUTZ

Die Erziehung und Betreuung von Kindern sind zugleich Recht und Pflicht der Eltern. Diese müssen aus liberaler Sicht die Betreuung und Erziehung ihres Kindes eigenverantwortlich organisieren und leisten. Dort, wo Eltern ihrer Pflicht nicht gerecht werden bzw. nicht gerecht werden können, muss der Staat durch sein Eingreifen das Wohlergehen des Kindes schützen können.

Hilfe und Unterstützung für die Eltern während der Schwangerschaft und in den ersten Lebensjahren des Kindes können frühzeitig verhindern, dass sie durch sich verfestigende Unsicherheiten und Überforderung Gefahr laufen, dem Wohl ihres Kindes nicht gerecht zu werden und es gefährden. Daher möchte die FDP Hebammen und deren Ausbildung zur Familienhebamme verstärkt fördern sowie Konzepte früher Hilfen stärken, die das Angebot der Familienhebammen fachlich und strukturell ergänzen. Zudem soll Elternbildung als festes Angebot in Kindertageseinrichtungen die Elternkompetenzen stärken und den Austausch zwischen Erzieher und Eltern unterstützen.

Um Kinder zu schützen, die trotzdem von Vernachlässigung, Misshandlung oder Missbrauch bedroht bzw. betroffen sind, treten wir für ein dichtes Netzwerk zur Früherkennung von Kinderwohlgefährdung ein. Fachkräfte aus dem Gesundheitswesen, der Kinder- und Jugendhilfe, dem Bildungswesen und der Justiz müssen eng miteinander vernetzt werden, um frühzeitig erkennen und reagieren zu können. Notwendig ist hier zudem eine verbindliche Durchsetzung landesweit einheitlicher Kommunikations- und Dokumentationsstandards bei der Risikoabschätzung von Kinderwohlgefährdung gemäß § 8a SGB VIII.

Die Kinderschutz-Hotline wollen wir weiterhin gewährleisten. Die Rechte der Kinder wollen wir zukünftig durch einen Kinderschutzbeauftragten gewährleisten. Wir werden prüfen, ob diese anspruchsvolle Aufgabe beim Bürgerbeauftragten angesiedelt werden kann.

Die rechtlichen Möglichkeiten zur anonymen Geburt müssen auch in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen werden. Deshalb setzen wir Liberale uns für eine gesetzliche Grundlage zur flächendeckenden Einrichtung von Babyklappen ein.

HILFE UND INTERVENTION

Unser Ziel ist die Schaffung landesweit einheitlicher Standards im Hilfeplanverfahren als Grundlage, um Jugendhilfe nachvollziehbarer und wirkungsorientierter gestalten zu können.

Die Möglichkeit der Unterbringung vernachlässigter und misshandelter Kinder in Pflegefamilien soll stets einer besonderen Prüfung unterzogen werden. Eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit zur Gewinnung geeigneter Pflegeeltern muss deshalb intensiviert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Pflegeeltern fachliche Beratung und professionelle Begleitung verbindlich in Anspruch nehmen können.

ÄLTER WERDEN IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern wird immer älter. Dies sollten wir als Chance begreifen und durch den Umbau von Institutionen und Infrastruktur die Potentiale der älteren Generation zu nutzen wissen. Im Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern sehen wir es als unsere Pflichtaufgabe an, die Lebensqualität für ältere Menschen wesentlich zu erhöhen. Wir setzen uns deshalb für den Ausbau seniorenfreundlicher Dienstleistungen ein. Ältere Menschen sind heute mobiler und zunehmend einem komplexeren Lebensumfeld ausgesetzt. Bei abnehmendem Hör-, Seh- und Tastvermögen müssen autozentrierte Bauten oder Zonen, Leiteinrichtungen im öffentlichen Leben und die Barrierefreiheit im Lebensumfeld älterer Mitbürger hinsichtlich des Bedürfnisses nach Mobilität und Sicherheit kritischer beurteilt werden. Barrierefreiheit muss auch für Senioren gelten. Einen wichtigen Beitrag würde zudem das Programm der Landesregierung „Älter werden in M-V“ leisten, welches wir Liberale daher fortschreiben wollen.

Wir benötigen im Bereich der Seniorenpflege und -betreuung eine Versorgungsoptimierung. Dafür müssen die ambulanten Dienstleistungen, die Angebote bedarfsorientierter Selbstzahlerdienstleistungen und zielgruppenorientierte Wohnformen noch weiter ausgebaut werden.

Immer mehr Menschen brauchen im Alter Pflegeleistungen. Pflegebedürftige brauchen schnell erreichbare, unabhängige und passgenaue Beratung über Leistungsangebote, Leistungsansprüche und Pflegeanbieter. Pflegestützpunkte, die oftmals nur mit langen Anfahrtswegen erreicht werden können und wegen fehlender Zuständigkeiten keine Entscheidungskompetenz haben, werden diesen Anforderungen nicht gerecht. Die Entwicklung vielfältiger Therapieoptionen und eine zunehmende Spezialisierung haben zur Folge, dass das Leistungsangebot für den Betroffenen unüberschaubar wird. Um den Betroffenen unkompliziert mehr Aufklärung und Beratung bieten zu können, wollen wir eine Pflege-Hotline einrichten. Eine höhere Transparenz der Angebote kann durch eine aufgliederte Darstellung der Angebote erreicht werden. Dazu gehören unterschiedliche Versorgungsmaßnahmen, wie ambulante, teilstationäre oder stationäre Versorgung, unterschiedliche Versorgungsstufen und die Versorgungsbereiche, wie Prävention, Kuration, Rehabilitation und Sterbebegleitung. Aber auch Kosten- und Leistungsträger müssen ihre Leistungen transparenter machen.

Zunehmend sind Pflegebedürftige auf die Betreuung in einem Heim angewiesen. Die FDP sieht den Staat in der Pflicht, in einem Wettbewerb der Anbieter durch Rahmenvorgaben und deren Überwachung die Heimbewohner vor schlechter Versorgung zu schützen. Wir setzen uns dafür ein, dass das bestehende Bewertungssystem zur Einschätzung von stationären Pflegeeinrichtungen überarbeitet wird, um die Ergebnisse für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen transparenter zu machen.

Wir unterstützen daher den Aufbau eines Kooperationsverbundes sozialpsychiatrischer Einrichtungen. Aufgrund der Altersstruktur in unserem Land wird die Zahl der demenzkranken Menschen stark zunehmen. Um die Betroffenen und Angehörigen zu entlasten, gilt es ein Netzwerk zur Versorgung der von der Demenzkrankheit Betroffenen aufzubauen. Ein solches Netzwerk hat das Ziel, die Versorgung der Erkrankten bürgernah durch die Entwicklung dezentraler, stadtteil- bzw. stadtbezogener Beratungs- und Unterstützungsangebote zu entwickeln.

GENERATIONSGERECHTER INTERESSENAUSGLEICH

In einer Gesellschaft des langen Lebens ist die Entwicklung und Entfaltung von Potenzialen des Alters eine der zentralen Aufgaben. Viele ältere Menschen wollen auch nach Beendigung ihrer beruflichen Lebensphase weiterhin aktiv sein. Deshalb unterstützen wir den Ausbau der „Freiwilligendienste aller Generationen“. Das Miteinander von Alt und Jung bringt beiden Seiten einen großen Nutzen.

Für eine umfassende Unterstützung hilfebedürftiger Familien ist es unabdingbar, dass Eltern schon vor der Geburt auf Hilfsangebote durch Gynäkologen, Hebammen und Kliniken hingewiesen werden. Die FDP möchte, dass die Gewährleistung der Säuglingspflege durch freiwillige Helfer - so genannte Familienpaten – erfolgt. Diese sollen Eltern und Kinder bereits vor der Geburt und bis zum vollendeten dritten Lebensjahr begleiten. Sie sind direkte Ansprechpartner für die Familien, beraten, entlasten, stärken und schaffen Freiräume. Wir setzen uns dafür ein, dass diese ehrenamtlichen Familienpaten fachlich geschult werden. Die Paten können die Eltern anschließend über professionelle Angebote in der näheren Umgebung informieren und beraten, Hilfestellungen bei Behördengängen leisten sowie Rat und Anleitung bei Fragen zur Pflege und Erziehung geben.

GLEICHSTELLUNG

Die FDP steht für die Gleichberechtigung der Geschlechter sowie für Toleranz gegenüber jeder selbstbestimmten Lebensführung.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass mehr Frauen in Führungspositionen gelangen können. Liberale Frauenpolitik setzt dabei auf die Qualifikation, die Stärken und die Leistungsbereitschaft von Frauen. Frauen sind besser qualifiziert als jemals zuvor. Eine echte Chancengleichheit für Frauen und Männer bei der Besetzung von Entscheidungs- und Führungspositionen ist unser zentrales Anliegen. Die Beseitigung von Barrieren und die Herstellung faktischer Gleichberechtigung bedürfen vielfältiger Ansätze und Maßnahmen. Um die Chancen von Frauen in der Arbeitswelt zu verbessern, wollen wir Frauenpolitik als politische Querschnittsaufgabe betreiben. Dies beinhaltet sowohl, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern als auch die Förderung von Frauen in Wirtschaft und Wissenschaft. Gesetzliche Frauenquoten als Instrument der Gleichstellungspolitik lehnen wir Liberale aber ab.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen ist eine langfristige Investition in die Zukunft. Im Mittelpunkt liberaler Politik steht die Freiheit, nicht der Zwang. Deshalb favorisieren wir Anreize zur Veränderung. Wir setzen uns dafür ein, dass alle staatlichen Fördermittel, Steuererleichterungen, Subventionen an das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern gebunden werden. Wir unterstützen ein konsequentes „gender budgeting“ (geschlechtergerechte Haushaltsführung) als verbindliche Vorgabe für die Haushaltsaufstellung des Landes, um den bisherigen ungerechten Verteilungseffekten, die die gesellschaftlichen Unterschiede noch verstärkt haben, entgegen zu wirken. Wir wollen innovative Beschäftigungsmodelle fördern, um Erziehung und Karriere zeitgleich miteinander zu verbinden.

Wir setzen uns für eine moderne Frauen- und Familienpolitik ein, die die Männer nicht länger außen vorlässt, sondern sie aktiv mit einbezieht. Männern, die Elternzeit nehmen wollen oder Teilzeit für Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen, fehlt es in der Gesellschaft teilweise noch an Akzeptanz. Das wollen wir Liberale ändern. Frühkindliche Erziehung und Bildung durch mehr Erzieher in den Kita's, mehr Lehrer in den Grundschulen, aber auch auf den weiterführenden Schulen können dazu ein Beitrag sein. Die Kinder lernen von Anfang an, dass Betreuung und Erziehung von Kindern nicht nur „Frauensache“ ist.

Wir unterstützen eine gleichberechtigte und partnerschaftliche Verteilung und Anerkennung von beruflicher Arbeit, Familienarbeit und ehrenamtlicher Tätigkeit. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass nicht nur werdenden Müttern, sondern auch werdenden Vätern ganz selbstverständlich Beratung über die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie angeboten wird.

BEHINDERTENPOLITIK

Menschen mit Behinderung sind vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft. Ziel muss deshalb eine echte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sein. Deshalb macht sich die FDP für die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention im Landesrecht Mecklenburg-Vorpommern stark. Bei der Umsetzung geht es u. a. um die Weiterentwicklung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes, die Stärkung der Hilfe zur Selbsthilfe, barrierefreie Wahllokale und die Umsetzung inklusiver Konzepte. Noch deutlicher Nachholbedarf besteht bei der Umsetzung des persönlichen Budgets, um Menschen mit Behinderung mehr Teilhabe gewähren zu können.

Wir setzen uns für eine interdisziplinäre Frühförderung bei Kindern mit Behinderung ein, die die Familien mit einbezieht.

Im touristischen Bereich ist darauf zu achten, dass Urlaub für Menschen mit Behinderung zu einer Selbstverständlichkeit werden kann. Ziel ist es, Mecklenburg-Vorpommern zu einer barrierefreien Urlaubsregion mit Vorbildfunktion zu machen. Barrierefreie Zugänge zu allen touristischen Angeboten sind dabei nur eine von vielen Grundvoraussetzungen, die künftig für ein attraktives Urlaubs- und Besuchsprogramm erarbeitet und vermarktet werden müssen.

Wir haben in der Vergangenheit immer wieder feststellen müssen, dass Menschen mit Behinderung und ihre Verbände und Vertretungen im Vorfeld zu wenig gefragt werden, was ihre Bedürfnisse angeht. Deshalb möchten wir, dass Menschen mit Behinderungen und ihre Verbände als „Experten in eigener Sache“ noch frühzeitiger und umfassender in die gemeindlichen Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Menschen mit Behinderung berühren, einbezogen werden.

GLEICHGESCHLECHTLICHE LEBENSWEISEN UND TRANSGENDER

Die FDP unterstützt aktiv die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften. Wir Liberale kämpfen gegen die Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und gegen homophobe Gewalt gegen Lesben, Schwule sowie gegen transsexuelle Mitmenschen. Projekte zur Toleranzförderung und Gewaltprävention an Schulen und in Jugendeinrichtungen wollen wir fördern.

Lebenspartner haben dieselben Pflichten wie Eheleute – aber nicht dieselben Rechte. Die Liberalen werden die noch vorhandenen Benachteiligungen im Landesrecht beseitigen und unter anderem die im Beamtenrecht Verpartnerten mit Verheirateten gleichstellen.

Die FDP fordert, dass die Gleichstellungsbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern sich zukünftig auch für die Rechte der Schwulen, Lesben und Transgender einsetzt.

Die im Bundesrat eingebrachten Gesetzesvorlagen zu einem umfassenden Antidiskriminierungsgesetz von Lesben, Schwulen und Transgendern sowie das gemeinsame Adoptionsrecht für Lebenspartner und den freien Zugang von Spenderbanken für lesbische Frauen werden von der FDP Mecklenburg-Vorpommern unterstützt. Das Gleiche gilt für im Bundesrat eingebrachte Gesetzesvorlagen

zu einer umfassenden Gleichstellung in allen Fragen des Steuerrechts für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften.

GESUNDHEIT

GRUNDSÄTZE EINER LIBERALEN GESUNDHEITSPOLITIK.....	57
PRÄVENTION	57
<i>FAMILIENSPEZIFISCHE SCHWERPUNKTE</i>	57
AMBULANT	58
STATIONÄR	59
AUSBILDUNG IM MEDIZINISCHEN BEREICH.....	59
ORGANSPENDE.....	60

GRUNDSÄTZE EINER LIBERALEN GESUNDHEITSPOLITIK

Die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe und Eigenverantwortung aller Menschen steht im Mittelpunkt liberaler Gesundheitspolitik. Diese Ziele sind nur erreichbar, wenn die Menschen gesundheitlich dazu in der Lage sind. Wir wollen deshalb in Mecklenburg-Vorpommern die Voraussetzungen für die Gesundheitsversorgung verbessern. Die größten Herausforderungen in unserem Land sind dabei der demographische Wandel und der sich abzeichnende fortsetzende Ärztemangel im ländlichen Raum. Zudem wollen wir eine Wende der Gesundheitspolitik von einem kurativen hin zu einem präventiven Ansatz.

PRÄVENTION

Zur Stärkung der ganzheitlichen Präventionsarbeit müssen die bestehenden Kleinstrukturen unter dem Dach der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung zusammengeführt werden. Zudem muss Präventionsarbeit generationsspezifisch sein, da die Anforderungen bei Alt und Jung unterschiedlich sind.

Der zunehmende Alkoholkonsum unter Kindern und Jugendlichen ist Besorgnis erregend. Immer mehr junge Menschen sind regelmäßig volltrunken und müssen anschließend stationär behandelt werden, weil der Trend zum exzessiven Trinken zunimmt. Diesem Trend werden wir mit verstärkter Präventionsarbeit entgegenwirken. Anhand einer regelmäßigen und umfänglichen Evaluation der Maßnahmen sollen die Wirksamkeit vorhandener Instrumente stetig überprüft und Möglichkeiten für neue Präventionsangebote untersucht werden.

Eine weitere Verschärfung der Jugendschutzbestimmung lehnen wir ab. Wir fordern aber die Durchsetzung der bestehenden Jugendschutzbestimmungen durch mehr Kontrolle.

Wir fordern die Einrichtung eines bedarfsgerechten AIDS-Beratungsnetzwerkes in Mecklenburg-Vorpommern.

FAMILIENSPEZIFISCHE SCHWERPUNKTE

Familienplanung betrifft beide Geschlechter. Immer mehr Frauen werden ungewollt schwanger, weil sie sich Verhütungsmittel, wie etwa die Antibabypille, nicht leisten können. Wir fordern deshalb die landesweite Umsetzung des Modellprojektes „Verhütungsmittel für finanzschwache Frauen“. Es ist zu regeln, dass die Kosten für die Verhütung bei Frauen mit geringem Einkommen (Empfängerinnen von Sozialgeld, Studentinnen oder Auszubildende) übernommen werden. Die Folgen einer Abtreibung aufgrund einer ungewollten Schwangerschaft, sind für die Frauen und die Gesellschaft erheblich größer, als die Kostenübernahme für die Antibabypille.

Paare die ungewollt kinderlos sind, sollen die Möglichkeit einer künstlichen Befruchtung wahrnehmen können, ohne finanziell belastet zu werden. Die Kostenübernahme soll durch ein von der FDP initiiertes „Landesprogramm künstliche Befruchtung“ erfolgen.

AMBULANT

„Ambulant vor stationär“ ist die Leitlinie liberaler Sozialpolitik. Dabei ist das Ziel, allen Menschen individuell abgestimmte Hilfen anzubieten, die eine möglichst umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Um dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ gerecht zu werden, setzen wir uns für eine grundlegende Novellierung des Sozialhilfefinanzierungsgesetzes M-V ein. Diese ist dringend notwendig, damit u. a. die Verteilung der Mittel zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten geklärt ist und die ambulanten Angebote endlich Berücksichtigung finden. Die Mittelfortschreibung im Gesetz muss endlich den gestiegenen Bedürfnissen in der Praxis angepasst werden.

Zur langfristigen Stärkung und Sicherung der wohnortnahen ambulanten Versorgung entwickelt die FDP ein Konzept zur Erleichterung von Praxisgründungen. Zudem muss das Zulassungssystem für die Niederlassung von Haus- und Fachärzten vereinfacht werden. Zusammen mit allen Akteuren des Gesundheitswesens muss der Masterplan „Ärzteversorgung“ fortgeschrieben werden. Wir müssen die Mediziner von unnötiger Bürokratie entlasten, damit sie mehr Zeit für die Patienten haben.

Wirksame Maßnahmen zur Sicherung der medizinischen Versorgung sind bisher nicht ergriffen worden. Wir wollen langfristig dafür sorgen, dass überall in Mecklenburg-Vorpommern eine gute medizinische Versorgung für alle Bürger verfügbar ist. Die Bekämpfung des Ärztemangels im ländlichen Raum ist für uns eine der Hauptaufgaben der Gesundheitspolitik. Wir wollen die freiberufliche Tätigkeit von niedergelassenen Ärzten stärken sowie den Erhalt und die Neueröffnung von Arztpraxen in unterversorgten Regionen fördern. Die Übergabe einer Arztpraxis an junge Berufskollegen kann durch Bürgerschaftsprogramme unterstützt werden.

Wir benötigen flexible, unbürokratische Maßnahmen zur Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung. Dazu ist eine neue, flexiblere Bedarfsplanung mit einfachen Entscheidungsprozessen zu entwickeln, die alle medizinischen Ressourcen in definierten Räumen berücksichtigt. Das können Praxen, die in Trägerschaft der kassenärztlichen Vereinigungen betrieben werden, und/oder innovative und mobile Praxismodelle sein. Den Arzt entlastende Schwesternmodelle zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung auf dem Land sollten fortentwickelt werden. Um ausreichend Krankenschwestern in dieses Projekt einzubinden, muss die finanzielle Versorgung geregelt sein.

Gerade für den ambulanten Sektor, insbesondere in der hausärztlichen Versorgung, sind Anreize unabdingbar, um die sich abzeichnende Unterversorgung abzuwenden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die Rahmenbedingungen der ärztlichen Tätigkeit auf den Prüfstand zu stellen und eine grundlegende Veränderung des Honorarsystems herbeizuführen.

Ein weiterer Ansatz, um dem Ärztemangel entgegenzuwirken, ist die Ausarbeitung eines Konzeptes zur Rückholung von Medizinern. Viele Ärzte würden nach Mecklenburg-Vorpommern zurück-

kommen, wenn sie hier ein gut ausgestattetes soziales Umfeld vorfinden und ihre Arbeitsleistung finanziell gewürdigt werden würde.

STATIONÄR

Die Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern leisten einen maßgeblichen Beitrag zur flächendeckenden Versorgung der Patienten in Mecklenburg-Vorpommern. Wir fordern eine Reform der Krankenhausfinanzierung und Planung mit Umstellung auf eine Rahmenplanung sowie den Ausbau individueller Vertragsgestaltung der Krankenhäuser. Zur Bündelung finanzieller Ressourcen müssen Spezialisierungen der einzelnen Standorte erfolgen.

Um im stationären Krankenhausbereich den Besonderheiten älterer Menschen gerecht zu werden, ist die Einrichtung von geriatrischen Abteilungen notwendig, wobei insbesondere der Rehabilitation eine große Bedeutung zukommt. Nach der Entlassung aus dem Krankenhaus ist es enorm wichtig, dass eine ambulante Nachsorge sichergestellt ist.

Die FDP wird unter Berücksichtigung der unterschiedlichen regionalen Versorgungsstrukturen für die Weiterentwicklung einer palliativmedizinischen Versorgungsstruktur durch die Einrichtung von speziellen Palliativstationen in Krankenhäusern und die Förderung weiterer ambulanter und stationärer Hospizangebote eintreten. Dabei soll eine Verzahnung von ambulanten und stationären Einrichtungen im Bereich der palliativmedizinischen Pflege und Schmerztherapie gefördert werden. Die Diagnose einer unheilbaren Krankheit des Kindes ist für Eltern und Geschwister eine unvorstellbare emotionale Belastung. Oft zieht sich die Phase von der Diagnose bis zum Tod des Kindes über Jahre hin. Damit Familien auf diesem schweren Weg nicht auf sich allein gestellt sind, setzen wir uns für die Gründung eines Kinder- und Jugendhospizdienstes in unserem Land ein.

Nach dem Prinzip der medizinischen Notwendigkeit sind frei-gemeinnützige und private Träger bei der Vergabe von staatlichen Krankenhausinvestitionsmitteln gleich zu behandeln.

AUSBILDUNG IM MEDIZINISCHEN BEREICH

Die Universitätskliniken nehmen durch die Verknüpfung von Gesundheitswirtschaft, Wissenschaft und Versorgung in der zukünftigen Entwicklung eine Schlüsselposition ein, die durch die Landespolitik zu fördern und mitzugestalten sein wird.

Universitäten sollten sich neben dem wissenschaftlichen Forschen auch auf ein praxisbezogenes Forschen konzentrieren. Dabei sollten sie besonderen Wert darauf legen, die Forschungsergebnisse schnellstmöglich in der Praxis zu verbreiten und umzusetzen.

Um dem Ärztemangel im ländlichen Raum entgegenzuwirken, wollen wir speziell Landeskinder beim Medizinstudium und der Facharztausbildung fördern. Wir favorisieren den Aufbau eines Stipendiensystems unter Beteiligung des Landes mit zeitlich begrenzter Niederlassungspflicht, um die jungen Absolventen der medizinischen Fakultät im Land zu halten.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Arztberuf wieder an Attraktivität gewinnt und den nichtärztlichen Gesundheitsberufen eine höhere Wertschätzung in unserem Gemeinwesen entgegengebracht wird. Das Gesundheitssystem wird auch durch Angehörige nichtärztlicher Berufe getragen. Für diese Gesundheitsfachberufe ist eine Neuorientierung geboten. Der Arbeitsmarkt hält für diese Berufe sichere Beschäftigungsperspektiven bereit. Ausbildungsstrukturen und Berufsqualifikationen müssen aber in ihrer Entwicklung diesen Anforderungen angepasst werden.

Die Aus- und Weiterbildung im geriatrischen, geronto-psychiatrischen und palliativmedizinischen Bereich ist durch das Land zu fördern, um den Ausbau von Einrichtungen in diesen Fachrichtungen zu unterstützen.

ORGANSPENDE

Die Zahl der Organspender geht immer weiter zurück, dabei warten in Deutschland rund 12000 Menschen auf ein Spenderorgan. Um die gesellschaftliche Akzeptanz der Organ- und Gewebespende zu erhöhen und damit die Spendenbereitschaft zu fördern, setzen wir uns für mehr Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Organ- und Gewebespende ein. Das Thema Organ- und Gewebespende muss fester Bestandteil des Lehrplans an den Schulen sein, damit gerade junge Menschen differenzierter an das Thema herangeführt werden. Mit einer Kampagne an den Schulen möchte die FDP die positiven Erfolge der Transplantationsmedizin und der Organspende zum Gesprächsthema werden lassen, um so Vorurteilen zu begegnen. Weiterhin würde eine Kampagne zur Enttabuisierung der Organspende beitragen mit dem Ziel, dass in der Familie und/oder im Freundeskreis über dieses wichtige Thema gesprochen wird und die persönliche Haltung zum Thema Organspende den Familienmitgliedern untereinander bekannt ist.

In der Fahrschul Ausbildung ist eine Aufklärung über die Möglichkeiten der Organspende zu integrieren und ein Organspendeausweis an jeden Teilnehmer auszugeben. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass die neue elektronische Gesundheitskarte als Träger der Informationen über eine Organbereitschaft genutzt wird. Zur besseren Betreuung der Angehörigen von Organspendern fordern wir ein Fortbildungsprogramm für die betreuenden Ärzte.

Die FDP setzt sich für die Förderung Mecklenburg-Vorpommerns als Modellregion für neue Konzepte der Hirntoddiagnostik, der Entnahme und des Einwilligungsverfahrens ein.